

Die Politische Meinung

NETZKULTUR

—
Leben in der digitalen Gesellschaft

ZUM SCHWERPUNKT Vera King, Neue Matrix des Zusammenlebens; Adrian Daub, Das Silicon Valley und wir; Wolfgang Ullrich, Bildmacht im öffentlichen digitalen Raum; Payal Arora, Digital global; Helen Knauf, Instamoms und Instadads; Dilan Canan Çakir, Sandra Richter, Erzählen per Computerspiel

KOMMENTIERT Tamina Kutscher, Ingo Petz, Zum Schweigen gebracht. Unabhängige Medien in Russland und Belarus

KRIEG IN DER UKRAINE Nils Wörmer, Philipp Dienstbier, Putins Bluff. Russlands Angriff auf die Ukraine und die deutsche Sicherheitspolitik

ZWISCHENRUF Hans Maier, Zur Bedeutung des „C“ im Parteinamen von CDU und CSU

GESEHEN Thomas Scholz, Das Digitale im Film

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur



Foto: © picture alliance / dpa | Yuri Kochetkov

Vorwärts in die Vergangenheit? Mit dem Überfall von Putins Armeen auf die Ukraine ist die alte Schimäre vom Ende der Geschichte unwiderruflich dahingegangen. Und es wächst die Befürchtung, dass der unvorstellbare Gewaltakt gegen ein Vierzig-Millionen-Volk das Ende der Zukunft einläuten könnte, wie wir sie uns ausgemalt hatten. Statt schmiegsamer Visionen von Netzwelten, die sich nebulös in Clouds verflüchtigen, stehen Panzer und Kanonen im Mittelpunkt unserer Wahrnehmung. Ein noch prädigitaler Kriegsherr schickt sich an, inmitten Europas stahlharte Fakten zu schaffen – und es fragt sich, ob nicht nur er Schnittstellen zur Realität gekappt hat.

Der 24. Februar 2022 markiert auch einen mentalen Backlash. Bis zu diesem Tag galt als ausgemacht, dass es die Entwickler digitaler Technologien sein würden, die künftig das Leben der Menschen bestimmen und größten Einfluss darauf haben würden, wie man Macht erringt und verteidigt. Offenbar ist auch der hiesige politische Raum den Verlockungen solcher Zukunftsbilder erlegen, in denen die Wirklichkeit nach der Logik der neuen Technologiekultur gestalt- und optimierbar erschien. Ihre erdfernen Parolen vom „Accelerating Change“ oder „Moonshot Thinking“, die die immensen Möglichkeiten der Digitalisierung mehr verbrämen als klären, verfangen in einem Maße, dass sie Wahrnehmungslücken hinterließen und zu wiederkehrenden Beschwichtigungen führten, auch noch, als sich an den ukrainischen Grenzen die ausgeklügelte Konfliktsteuerung als illusionär erwies.

Die bunte Tech-Party ist gecrasht, und das Schwelgen in technokratischer Selbstevidenz hat sich entlarvt. Nach dem „Realitätsschock“ (Friedrich Merz) geht es darum, wieder Zugriff auf eine Welt zu bekommen, die chaotisch und bedrohlich ist und sich eben nicht allein durch durchtoolisierte Prozesse ordnen lässt.

Eine technokratische Sicht ist selten darauf gerichtet, dass Menschen etwas Besonderes sind. Doch genau daraus speist sich christlich-demokratisches Denken. Es muss darum ringen, Nähe zum Alltag zu gewinnen – mit seinen Erfahrungen und Nöten. Wenn die vorliegende Ausgabe der *Politischen Meinung*, die vor dem Kriegsausbruch konzipiert worden ist, sich dem Thema Netzkultur widmet, dann geht es ihr weniger um technische Fragen oder die kommunikativen Defizite von Politik-Accounts, sondern vielmehr um ein vertieftes Verständnis der sich verändernden Lebenswelt.

Die Vitalität der Netzkultur besitzt in ihrer Faszination wie in ihren Gefährdungen enorme Energien. Sie kann durchaus zu gemeinsamen Wegen nach vorn mobilisieren. Trotz Putin darf diese Zukunft nicht zu Ende sein.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Netzkultur – Leben in der digitalen Gesellschaft

16 NEUE MATRIX DES ZUSAMMENLEBENS

Vera King

Die Folgen der Digitalisierung für
Kultur und Psyche

21 EIN ORT UND UNSER ALLER ZUKUNFT?

Adrian Daub

Das Valley und wir

26 ICONIC TURN

Wolfgang Ullrich

Bildmacht im öffentlichen digitalen
Raum

35 INTERVIEW: „IN YOUR FACE“

Tobias Jost, Social Media Creator und
CEO von „Karriereguru“, über Recruiting,
TikTok und die Generation Z

42 DIGITAL GLOBAL

Payal Arora

Medienkulturen jenseits des Westens

48 WIE GEHT DIGITALISIERUNG?

Tim Weitzel

Was wir über den Wandel wissen
und besser machen können

58 ZEICHEN DER ZEIT 🐱 ODER FROHE BOTSCHAFTER 😊 ?

Gala Rebane

Emojis im Drei-Generationen-Gespräch

63 INSTAMOMS UND INSTADADS

Helen Knauf

Was Eltern auf Instagram und in der
Blogosphäre suchen und finden

69 DAZUGELERNT?

Felise Maennig-Fortmann

Digitale Bildung in Deutschland im
internationalen Vergleich

80 GAMES-GESCHICHTEN

Dilan Canan Çakir, Sandra Richter

Erzählen per Computerspiel

85 INTERVIEW: ZUM PROBLEM DER ALGORITHMISCHEN VERSTÄRKUNG

Datenaktivist Johnny Ryan über
die jüngsten Gesetzesvorhaben der
Europäischen Kommission

91 MEHR ALS TECHNIK

Sebastian Weise, Leonie Mader

Ein Plädoyer für die digitale
Transformation von Parteien

Netzphänomene

30 HILFSBEDÜRFTIGE MITTEILUNGEN

Johannes Paßmann

Beachtungsmacht des Einzelnen und
wie sie eingesetzt wird

53 NEOROMANTISCH

Kai Dröge

Begegnung und Liebe über das Internet

Zwischenruf

96 CHRISTLICHE SÄKULARITÄT

Hans Maier

Zur Bedeutung des „C“ im Parteinamen
von CDU und CSU

Kommentiert

107 ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT

Tamina Kutscher, Ingo Petz

Unabhängige Medien in Russland
und Belarus

Krieg in der Ukraine

100 PUTINS BLUFF

Nils Wörmer, Philipp Dienstbier

Russlands Angriff auf die Ukraine und
die deutsche Sicherheitspolitik

113 SCHMERZHAFTE LEHREN

Andreas Heinemann-Grüder

Zur Systemauseinandersetzung mit
Russland

Gesehen und Gelesen

74 MATRIX UND MEHR

Thomas Scholz

Das Digitale im Film

116 1922

Michael Braun

Ein Schlüsseljahr europäischen Erzählens

121 NATÜRLICHE TODE?

Jan Philipp Wölbern

Zur Frage verdeckter Morde und
Mordversuche der DDR-Staatssicherheit

126 AUS DER STIFTUNG



Zauberwesen?

„Däumelinchen“ und „Däumlinge“ nannte der im kalifornischen Stanford lehrende Philosoph Michel Serres die unbekümmerten Träger digitaler Revolutionen, denen die überkommene Schrittlänge des Fortschritts viel zu kurz erschien.

Seine spöttelnde Betrachtung nahm die bis heute verbreitete Anschauung insoweit vorweg, als man allgemein davon ausgeht, dass es sich bei den Software-Entwicklern im Silicon Valley um eine neue Art von Zauberwesen handeln müsse, die die Welt nunmehr per Mausklick verwandeln.

Die Fotografin Laura Morton setzt dem Mythos Ausschnitte aus dem täglichen Leben in der Tech-Branche von San Francisco und im Silicon Valley entgegen. Ironisch spielt sie im Titel ihres fortlaufenden Projekts „Wild West Tech“ zwar auf einen großen Mythos an, doch wirklich „wild“ erscheint auf ihren Fotos kaum etwas.

Exzessiv wird nur gearbeitet und zum Ausgleich überdreht gefeiert. Stundenlang werden Codes eingetippt – auch in hippen Co-Working-Spaces kann Langweile herrschen. Durchschnittlich, teils weltfern, sogar isoliert erscheinen diese inneren Welten des Fortschritts, die gleichwohl die äußere Welt in kaum gekanntem Maßstab verändern.

© Laura Morton

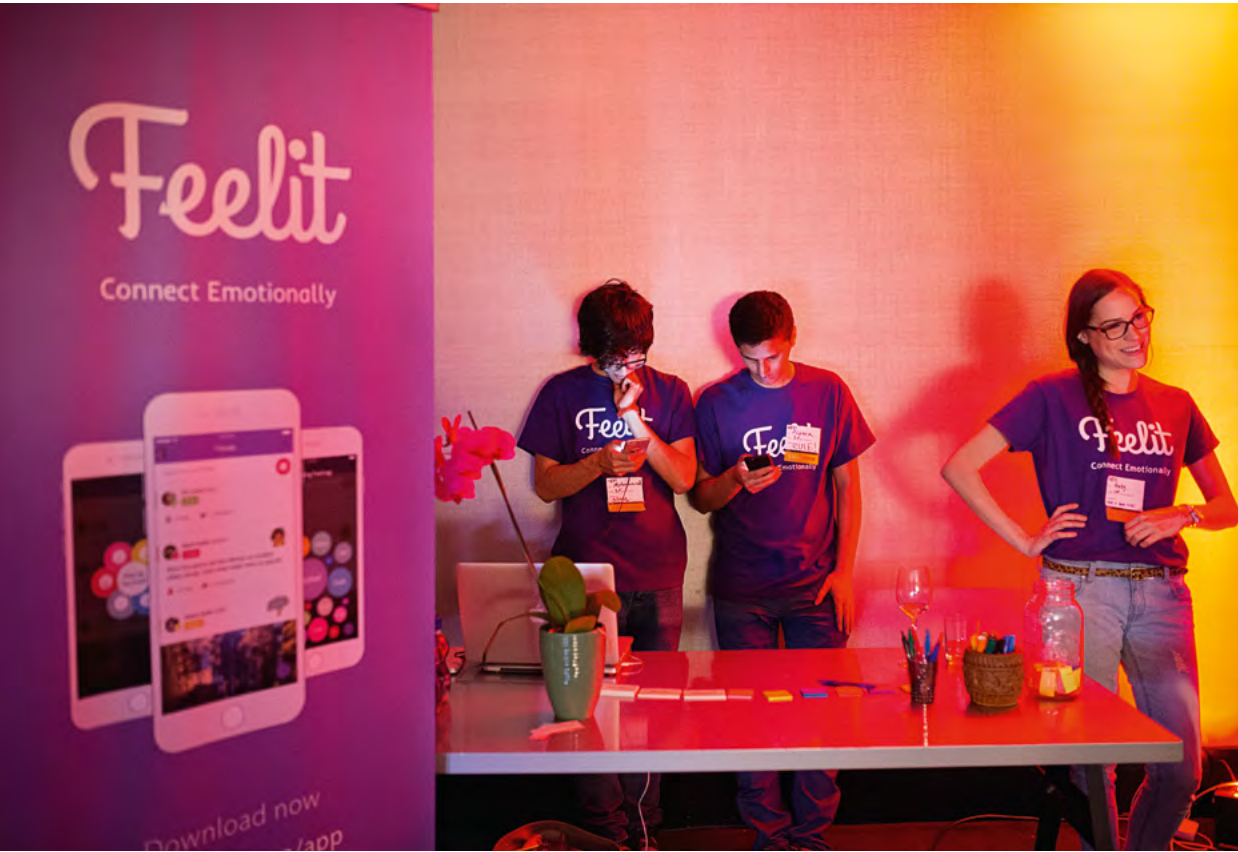
Netzkultur

—

Leben in der digitalen Gesellschaft











Neue Matrix des Zusammenlebens

Die Folgen der Digitalisierung für Kultur und Psyche

VERA KING

Geboren 1960 in Schramberg, Professorin für Soziologie und Sozialpsychologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführende Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts Frankfurt am Main, Mitherausgeberin der Zeitschriften „Psyche“ und „Psychosozial“.

Digitalisierung bezeichnet nicht nur eine technologische Veränderung, sondern auch folgenreiche kulturelle Transformationen, die als grundlegende gesellschaftliche Zäsur verstanden werden können. Diese Wandlungen sind außerordentlich schnell, vielgestaltig und in ihren Konsequenzen erst in Teilen absehbar. Sie verändern Produktion und Konsum, Arbeit und Freizeit, Beziehungen und individuelle Entwicklungen. In Deutschland

gibt es zwar in einigen Bereichen infrastrukturellen Nachholbedarf; gleichwohl ist die Mehrheit der Bevölkerung digital vernetzt. Der Trend der hohen Zuwachsraten beim mobilen Internet setzt sich fort. Und nicht nur für viele Heranwachsende gilt, dass sie mehr oder minder permanent potenziell online verbunden sind.

Digitale Praktiken relativieren daher zwangsläufig in Teilen das Primat der nicht digitalen sozialen Welt. Entferntes rückt näher, wird medial erlebbar, während das Nahe an Bedeutung verlieren kann, wenn Kommunikation und leibliche Präsenz auseinanderstreben. Die Digitalisierung der Gesellschaft bildet insofern auch durch die Überlagerungen, Parallelisierungen und Fragmentierungen von Online- und Offline-Kommunikation eine neue kulturelle Matrix des Zusammenlebens und Aufwachsens von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und somit neue Bedingungen für Kultur und Psyche.

GRUNDLEGENDE TRANSFORMATION DES SOZIALEN

Digitale Medien sind für Information und die Optimierung von Abläufen durch schnelle und einfache Zugänge zu Wissen unverzichtbar geworden. Sie bieten zudem Optionen, sich scheinbar unbegrenzt zu verbinden oder das Eigene zu vervielfältigen: potenziell überall mit anderen in Kontakt und im Geschehen involviert zu sein. Entsprechend ist auch der Griff zum Smartphone selbstverständlich in viele Abläufe mit ganz unterschiedlichen Bedeutungen eingebaut: Eben kurz etwas nachzuschauen oder etwas zu bestellen, kann Teil des Wartens auf die Antwort eines Kollegen sein; private Botschaften zu verschicken, kann damit verknüpft sein, sich in Social Media umzusehen oder „Breaking News“ zu lesen. Immer wieder rasch zwischendurch Benachrichtigungen zu prüfen in der Hoffnung auf gute Neuigkeiten, kann zum Mittel gegen Unruhe werden, diese aber auch erst recht hervorrufen. Ängste sollen in Schach gehalten werden durch stetes In-Kontakt-Bleiben, werden jedoch zugleich wachgehalten. Ärger kann im Netz Ventile finden und stößt dabei auf immer neue mediale Auslöser. Über digitale Medien verändern sich zudem die Formen der Regulation von Beziehungen und Affekten: Nicht nur die kommunikative und informative Funktion der digitalen Verbindungen ist relevant, sondern auch die leiblich-affektive Nähe des Mediums – der Hardware, der Apps oder Nachrichten – ist von besonderer Bedeutung. In diesem Sinne sind neue Verflechtungen und Verschiebungen zwischen leiblich-affektiven und kognitiv-rationalen Facetten psychischer und mentaler Verarbeitung zu beobachten, die auch neue Herausforderungen schaffen für gesellschaftliche Verständigung und politische Diskurse.

Digitale Medien binden ihre Nutzer. Möglichst unwiderstehlich zu sein, ist Produktziel jeder Marketing-Kampagne und Ziel algorithmischer Optimierungen, um möglichst viele Daten zu erlangen. Und kein Unternehmen, keine

Organisation, keine Akteure, die auf Resonanz angewiesen sind, können es sich erlauben, nicht online am Wettbewerb um Aufmerksamkeit teilzuhaben. Diese Bindekraft der digitalen Praktiken und Verheißungen hat zudem eine hochgradig folgenreiche Kehrseite, insofern sie komplementär dem Offline-Geschehen Aufmerksamkeit entzieht. Im Zuge dessen verändern Beziehungen ihre Gestalt und Dynamik, die Formen des Zusammen- und Getrenntseins, des Da- oder Dort-Seins, Kontakt und Abschied, Intimität und Distanz.

Interviews mit Jugendlichen zeigen beispielsweise, dass Tagesabläufe auf typische Weise gerahmt sind: morgens einschalten und dann den Tag über bis zum Einschlafen irgendwie dranbleiben. Dass die Aufmerksamkeit für Online-Bezüge vielfach dominiert, zeigt sich indes nicht nur in der Dauer, sondern auch in Relevanzverschiebungen. Offline-Geschehen wirkt oft auch emotional eher sekundär, mit Effekten für das, was als Innen- und Außenwelt empfunden wird. Die leib- und gefühlshen Online-Bezüge werden oft wie ein Teil der Innenwelt erlebt, die Offline-Außenwelt teils eher als Material für die Online-Innenwelt. Wie es eine Jugendliche beschrieb: Im Blick auf eine intensive Online-Phase gehe es mitunter nur noch darum, „dass ich irgendwie irgendwas poste und unbedingt Kommentare haben will – und dass ich da irgendwie das Leben nicht mehr so gelebt habe“.

BESTÄTIGUNG UND SCHAM

Im Zuge dieser Verschiebungen können sich die inneren Bilder vom Selbst und von anderen wandeln. Auch Affektregulation verändert sich: Auge, Finger und Medium sind ganz nah affektiv verbunden und involviert, wenn zum Beispiel Selbstwertempfinden über das Posten in der Hoffnung auf Likes oder Follower zu regulieren versucht wird. Durch die enge Verschmelzung von Sehen, Fühlen, Klicken entsteht eine neue Art von Binnenraum, als intimer Kern des Eigenen oder naher Beziehungen erlebbar. Zugleich sind die Praktiken vielfach digital öffentlich. Jugendliche bringen überdies die sozialen Zwänge zum Ausdruck: dabeizubleiben, Aufmerksamkeit zu erzeugen, sich gut darzustellen im steten Vergleich.

Die Wünsche, gesehen zu werden, gut anzukommen, sind zentrale Motive der Bindung an digitale Medien und der Verschiebung von Aufmerksamkeiten. Dies gilt nicht nur für Heranwachsende, auch wenn diese besonders empfänglich dafür sind und ihre Entwicklungen dadurch geprägt werden. Bei Erwachsenen geht es um andere Inhalte, andere Vergleichshorizonte; aber auch sie sind affiziert, Akteure und Betroffene des kulturell-psychischen digitalen Wandels in der ambivalent erlebten Vergleichs- und Optimierungskultur.

Die Formate der sozialen Medien verstärken Optimierungsdruck und den Wettbewerb um Status, Aufmerksamkeit und Bestätigung. Indem digital Quoten oder Likes, Absatz- oder Followerzahlen gemessen und für andere

transparent werden, entsteht eine neue kulturelle Praxis des permanenten Abgleichs. Das Zahlenranking ist für viele eine Basis der Bestimmung des eigenen sozialen Standorts, obwohl der Vergleichshorizont unüberschaubar ist. Viele beschreiben, wie sie leiden, wenn sie in Relation zu ausgewählten anderen schlecht dastehen. Und doch oder auch gerade deshalb üben die Social-Media-Vergleiche, die immer weiter ausgedehnt werden können, vielfach einen unwiderstehlichen Sog aus.

In diesem Sinne begünstigen die Möglichkeiten der sozialen Medien auch Zirkel aus Wunsch und Enttäuschung, bei denen die Selbstwertempfindungen abhängig werden von den externen Signalen wie Likes und Followern. Sie werden durch das Medium verstärkt, da es Erfüllung verspricht – das Richtige, Optimale zu finden oder gefunden zu werden –, aber zugleich permanent frustriert. Auch daraus kann eine Art doppelter Scham resultieren: einmal, wenn die Werte schlecht sind, wenn die eigene Ersetzbarkeit hervortritt, aber auch Scham über die ausgeprägte Selbstwertabhängigkeit von diesen Praktiken. Zumal, wenn es noch dazu um die von Jugendlichen und Erwachsenen oftmals geschilderte Produktion von Schein in Social Media geht – um geschönte Selbstdarstellung der anderen, aber auch der eigenen Präsentation. Aus damit verknüpfter Selbstentfremdung und Scham erwachsen neue Bedürftigkeiten und neuer Druck. Parallel zur vielfach ansteigenden Nutzungsintensität nehmen auch Ambivalenzen und Unbehagen zu.

KULTUR UND PSYCHE IM DIGITALEN WANDEL

Der Nutzen der Digitalisierung muss kaum betont werden. Nicht nur die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie sehr die soziale Welt von den digitalen Möglichkeiten profitiert. Technisch gibt es zudem unausgeschöpfte produktive Potenziale. Zugleich gilt es, die neuen Herausforderungen und Konstellationen in ihren Auswirkungen genau zu analysieren.

Kulturell und psychisch auf besondere Weisen folgenreich sind die gewandelten Bedeutungen von Raum und Zeit, An- und Abwesenheit, Nähe und Distanz in Verbindung mit einer Omnipräsenz der digitalen Kommunikationsweisen, die jederzeit in die Intimität hineinreichen können. Digitale Formate verändern dadurch Beziehungsgestaltungen mit produktiven und unproduktiven Potenzialen. Intrapsychisch verschieben sich durch digitale Formate auch Wahrnehmungen der Innen- und Außenwelt. Diese Verschiebungen werden teils erzeugt, teils intensiviert durch die enorme Bindekraft der digitalen Medien. Die digital verstärkte Optimierungslogik erzeugt Abhängigkeiten von der Bewertung der anderen im Netz. Der immens vergrößerte Horizont des für alle sichtbaren Vergleichs wirkt sich aus auf die Selbstwertregulation.

Aber auch für Getrenntheit und Bezogenheit gibt es neue Bedingungen und Herausforderungen. Nicht nur die Überlappungen von Familien- und Arbeitszeiten haben durch Digitalisierung zugenommen, wodurch immer wieder ausgehandelt werden muss, was wo hingehört, wann abzuschalten ist. Darüber hinaus können es digitale Medien zum einen teils ermöglichen, teils auch suggerieren, jederzeit Getrenntheit überbrücken zu können – und zum andern, jederzeit die jeweiligen Beziehungskontexte wechseln zu können. Dies sind Vorteile, die die meisten Menschen ständig nutzen, und viele Jugendliche sind besonders virtuose Meister im Registerwechsel. Die digitalen Möglichkeiten bedienen aber auch defensive Mechanismen: Trennungsvermeidung durch stetes Online-Sein oder, komplementär, Abwehr von Bindung und Begegnung etwa durch Hin- und Herswitchen zwischen on- und offline ist Teil einer normalen, von allen geteilten Praxis. Und je mehr digitale Welten geradezu omnipräsent den Alltag bestimmen, desto stärker wirken die damit verknüpften Mechanismen und Sogkräfte – wodurch sich kulturell und individuell-psychisch auch neue Bedeutungen von Normalität und Pathologie ergeben.

Zum Thema

King, Vera / Gerisch, Benigna (Hrsg.): Digitalisierung. Folgen für Kultur und Psyche, Doppelheft der Zeitschrift PSYCHE 73, Heft 9/10, September 2019.

King, Vera / Gerisch, Benigna / Rosa, Hartmut (Hrsg.): Lost in Perfection. Zur Optimierung von Gesellschaft und Psyche, Suhrkamp Verlag, Berlin 2021.

Ein Ort und unser aller Zukunft?

—
Das Valley und wir

ADRIAN DAUB

Geboren 1980 in Köln, Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft, Leiter Clayman Institute for Gender Research, Stanford University (USA).

„Safaris“ nennen deutsche Unternehmen jene Reisen in den Norden Kaliforniens, bei denen Gesandtschaften die großen Firmencampusse in den Niederungen zwischen San Francisco und San José abklappern, um ... ja, um irgendetwas zu lernen. Ein Irgendetwas, das – zu-

mindest in den Beschreibungen, die man mir liefert, wenn ich nachfrage – einigermaßen nebulös bleibt. Denn: Neue Technologien gibt es bei diesen Reisen wahrscheinlich nur selten zu sehen – viel zu geheimniskrämerisch gehen die Konzerne mit ihrer „intellectual property“ um. Aber vermutlich geht es primär gar nicht um die Technologien selbst – sondern um die kulturellen Rahmenbedingungen, die diese eröffnen.

Was die „Safaris“ zeigen: Silicon Valley exportiert längst weitaus mehr als nur Hochtechnologien. Schon seit den 1960er-Jahren besteht ein Hauptexport Silicon Valleys schlicht aus Zukunftsvisionen. Manche dieser Visionen hängen mit den hier geschaffenen Technologien zusammen, andere gehen weit über sie hinaus. Fast alle sind sie im Grunde genommen das, was sich im Englischen ein „Pitch“ nennt: Sie verkaufen alle neben jeder Menge vollmundiger Versprechen vor allem ein Produkt, in diesem Fall das Produkt Silicon Valley selbst.

In einem auf Spekulation aufgebauten Wirtschaftszweig wie der Tech-Industrie könnte es naturgemäß kaum anders sein. Und gerade weil andere Wirtschaftszweige kaum mehr große Visionen liefern, schaut man, wenn es um die Zukunft des Kapitalismus, der Arbeit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht, gern nach Nordkalifornien. Das ist nicht unbedingt falsch, jedoch geht bei diesem Blick auf das Valley oftmals verloren, dass etwa die Frage, welche Technologie bei Investoren oder Kunden demnächst reüssieren könnte, eine ganz andere ist als die nach der Zukunft der Demokratie oder dem Wesen der Kommunikation. Der „Pitch“ einer auf Profit ausgerichteten Industrie wird als objektive Voraussage einer neutral analysierten Zukunft missverstanden.

In den letzten 25 Jahren, und insbesondere seit der weltweiten Finanzkrise 2008, ist Silicon Valley längst nicht mehr nur ein zentraler Lieferant für atemberaubende technologische Entwicklungen, sondern ein Hotspot globaler Kulturveränderungen. Und weil Silicon Valley es blendend verstanden hat, die spezifische Zukunft, die es sich vorstellt, als die einzig mögliche, ja die eigentlich unausweichliche zu verkaufen, werden diese kulturellen Veränderungen ebenfalls gern als Fatum dargestellt oder wahrgenommen. Das ist ein Fehler, denn an dem, was man von Silicon Valley lernen möchte, wird langsam das Tal der Seligen selbst irre.

DAS ENDE DER VOLLMUNDIGKEIT

Viele Aspekte unseres Zusammenlebens mit Technologien haben im Silicon Valley ihren Anfang genommen. Die Arbeitswelt der Tech-Unternehmen – ob es sich um die bunten, offenen Büros der schicken Konzerne handelt oder um die digital vermittelten Kurzarbeiten der *Gig Worker* – ist längst im Begriff, global vorherrschend zu werden. Der Wert, der im Valley der „Disruption“, dem Aufmischen gewachsener Strukturen, beigemessen wird, wird auch im fernen Europa als nachahmenswert betrachtet. Was es bedeutet, eine Meinung zu haben und diese vorzutragen, wie die adäquate Reaktion auf diese aussieht, all das hat die hier geschaffene Technologie neu geordnet. Das wird in Deutschland längst reflektiert: Features über die wichtigen Gründer haben gefühlt immer Hochkonjunktur. Investoren werden als Intellektuelle hofiert, vermögende Valley-Größen gewinnen schon mal Literaturpreise.

Jedoch führt die Vorstellung, dass das, was hier passiert, unausweichlich nach Deutschland schwappen muss, wie eigentlich fast immer in die Irre. Was aber noch schwerer wiegt, ist die verkrümmte Sicht auf das Sehnsuchts- oder Hassobjekt Silicon Valley. Denn die Kultur im Silicon Valley könnte sehr wohl im Begriff sein, sich zu verändern. Die COVID-19-Krise war für die hier ansässigen Firmen zwar größtenteils profitabel, aber dennoch wohl eher ernüchternd. Zum einen ruht in den *Office Parks* entlang des Highway 101 noch größtenteils die Arbeit, während Belegschaften im Homeoffice, manchmal im weit entlegenen, schaffen. Die inspirierende, knisternde Nähe, mit der im Silicon Valley die genialen Schöpfer aufeinandersaßen – man hat sie in der Pandemie nicht neu erfunden, sondern einfach aufgegeben.

Überhaupt beschleicht einen das Gefühl, dass die Vollmundigkeit, mit der Silicon Valley routinemäßig das Blaue vom Himmel versprach, mit dem Coronavirus an eine Grenze stieß. So selbstverständlich diverse Apps und Informationstechnologien auch im März 2020 als vielversprechende Lösungen der Herausforderungen der Coronakrise gehandelt wurden: Am Ende waren es die Unternehmen der Pharmaindustrie und die mehr oder minder kompetenten Impfkampagnen der Regierungen, die die Pandemie zumindest in ihren schlimmsten Aspekten eindämmten. Ich kann gar nicht zählen, wie viele Corona-Apps ich in den letzten 24 Monaten auf mein Smartphone geladen habe. Gebracht hat gefühlt keine einzige etwas.

KOMPLEXE UND WIDERSPRÜCHLICHE LEKTIONEN

Aber auch die Trump-Jahre sind nicht spurlos an Silicon Valley und seinem Selbstverständnis vorübergegangen: Erschrocken mussten viele der Technologen erst 2016 erkennen, dass ihre Technologien einem amerikanischen Faschismus die Steigbügel zu halten drohten. Und sie mussten erkennen, dass, ihrem liberalen Selbstverständnis entgegen, einige in den Chefetagen der Unternehmen das billigend in Kauf nahmen oder sogar gut fanden.

Generell scheinen die Unternehmen kaum noch Interesse an jenen Utopien zu haben, die sie oftmals erst den Konsumenten schmackhaft machten. Uber und Lyft sind mit vollmundigen Versprechen von Flexibilität für Fahrer und Kunden, von Klimaschutz und gesteigerter Effizienz zu Quasi-Monopolisten aufgestiegen. Als beide Plattformbetreiber 2020 für ihre PR-Kampagne im Zuge einer Volksabstimmung in Kalifornien mehr als 200 Millionen Dollar ausgegeben haben sollen, um sich von der Zumutung freizukaufen, für ihre Fahrer zumindest als Teilzeitbelegschaft vorsorgen zu müssen, war das einzig effektive Argument das aller alteingesessenen Konzerne: Ganz zynisch argumentierten sie, dass sie, wenn sie ihre Fahrer fair bezahlen müssten, dann wohl aus Kalifornien wegziehen müssten und dass die Nutzung

vermutlich auch für die Fahrgäste teurer werden würde. Das Bürgerbegehren hatte für die Tech-Konzerne zwar trotzdem Erfolg; allerdings kam der nackte Zynismus anstelle des alten, verlogenen Utopismus doch einer Selbstentlarvung gleich.

Aber auf der anderen Seite stehen die Belegschaften dieser Unternehmen den messianisch angehauchten Führerfiguren nicht länger willfährig gegenüber. Ob Facebook-Leaks oder *#MeToo*-Revolten bei den großen Risikoinvestoren, ob Whistleblower beim ehemaligen Super-Start-up *Theranos* oder die berühmte Kontroverse um das Google-Memo: Noch vor wenigen Jahren behauptete gefühlt jede größere oder kleinere Firma zwischen San Francisco und San José, dass sie eigentlich „eine Familie“ und keine herkömmliche Firma sei, dass sie eine „Mission“ habe und nichts Geringeres plane, als „die Welt zu verändern“. Diese Rhetorik scheint mehr und mehr der Vergangenheit anzugehören.

Der Punkt ist bei alledem nicht, dass es mit dem Silicon Valley vorbei wäre. Es wird weiterhin Interessantes und Wichtiges dort geschehen und die Welt verändern – zum Guten wie zum Schlechten. Was allerdings mittlerweile ein Verfallsdatum haben dürfte, ist die spezifische Symbolfunktion, die dieser Region lange Zeit im globalen Diskurs zukam. „Von Silicon Valley lernen“ schien vor fünf Jahren etwas sehr viel Eindeutigeres zu meinen als heute, da die Lektionen komplex und widersprüchlich sind. Diese Eindeutigkeit in der Wahrnehmung jedoch wird die Veränderungen im wahrgenommenen Objekt leider noch lange ignorieren.

Um es klar zu sagen: Das Problem ist, dass ein gewisser Stil des Denkens und der Selbstvergewisserung längst vom Valley auf Wirtschaft, Medien und Politik weit entfernt von der Bucht von San Francisco übergesprungen ist. Und weil dieses Denken und diese Selbstvergewisserung oftmals auf oder zumindest mittels Plattformen stattfinden, die im Silicon Valley entstanden sind, wird ihnen mit demselben Fatalismus begegnet wie den Gadgets, die plötzlich in allen Händen sind, oder den Apps, die unsere Freizeit monopolisieren.

„KALIFORNISCHE IDEOLOGIE“

Wenn sich Zeitungsredaktionen knechtisch dem Gesetz der Algorithmen beugen und genüsslich Aufregertexte schalten, wenn Menschen, die versuchen, in der schönen neuen Onlinewelt ihr adäquate Höflichkeitsformen und Diskursregeln zu etablieren, sich mit Totschlagargumenten über Meinungsfreiheit konfrontiert sehen, dann spukt im Hintergrund die Mär vom Fatum Silicon Valley. Silicon Valley sagt: Zukunft geht nur mit uns, nur mit dieser bestimmten Fassung der „kalifornischen Ideologie“. Aber es ist unser gesellschaftlicher Diskurs, der diese Behauptung in zwischenmenschlichen Umgang ummünzt.

Silicon Valley nimmt gern für sich in Anspruch, „die“ Zukunft gepachtet zu haben, weigert sich jedoch generell, für seine Pacht Verantwortung übernehmen zu müssen. Darin ist es mittlerweile alles andere als allein: Zwischenrufer in sozialen Netzwerken, die „nur mal Fragen aufwerfen wollen“; Innovatoren, die sich um die von ihren Innovationen ausgelösten Verwerfungen nicht scheeren. Ein Pochen auf ein Recht auf Disruption, kombiniert mit einem Unwillen, sich den Konsequenzen dieser Disruptionen zu stellen, gehört heute leider zum Zeitgeist.

Tatsächlich hat Silicon Valley jahrelang wahrscheinlich genau vor allem eines vorgemacht: Von Silicon Valley kann man sich einen Diskursstil, einen Politikstil abschauen, der für sich in Anspruch nimmt, Zukunft gestalten zu wollen, ohne die damit einhergehende Verantwortung auch ernst zu nehmen.

Literaturempfehlung

Daub, Adrian: *Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche*, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020.

Iconic Turn

Bildmacht im öffentlichen digitalen Raum

WOLFGANG ULLRICH

Geboren 1967 in München, Kunsthistoriker und Kulturwissenschaftler, unter anderem 2006 bis 2015 Professor für Kunstwissenschaft und Medientheorie, Staatliche Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, seither freiberuflich in Leipzig als Autor, Kulturwissenschaftler und Berater tätig.

Bilder zu produzieren und sichtbar zu machen, war fast immer stark an ökonomische und technische Bedingungen geknüpft; die Existenz von Bildern stand in besonderer Weise unter dem Vorzeichen von Knappheit. Selbst für die einfachsten Bilder brauchte es Materialien wie Pigmente und Bindemittel, Träger wie Stein, Holz, Keramik oder Textilien und Werkzeuge wie Pinsel, Griffel oder Stichel, die nicht allgemein verfügbar waren. Die Her-

stellung verlangte handwerkliche Fertigkeiten und Kenntnisse. Oft war der Produktionsprozess zudem zeitaufwendig. Und was nützte das dauerhafteste und schönste Bild, solange nur wenige Menschen an den Ort kommen konnten, an dem es sich befand?

In der Kulturgeschichte unterlagen Bilder also den Vorgaben derer, die die finanziellen und technischen Hürden der Bildproduktion zu überwinden vermochten. Das waren in vielen Fällen nicht dieselben, die die handwerklichen und kreativen Fähigkeiten der Bildfindung hatten. Die Geschichte der Bilder ist deshalb auch eine Geschichte von Aufträgen und Kooperationen: In der politischen Propaganda, auf Briefmarken oder in der Werbung stellte jemand mit institutioneller oder finanzieller Macht anderen die Mittel bereit, um Bilder zu produzieren und zu vertreiben, nahm aber auch Einfluss auf das, was diese zeigen sollten. Von den meisten Ereignissen, Personen und selbst von großen gesellschaftlichen Gruppen sind jedoch gar keine Bilder überliefert. Erst nachdem es zugänglichere Techniken gab, Bilder zu produzieren und in Umlauf zu bringen, war es auch weniger Mächtigen und Wohlhabenden möglich, ihre Sicht auf die Welt zu manifestieren sowie Bilder in größerem Umfang zu sehen.

Aber erst dank der Digitalisierung, durch das Internet, durch Smartphones sowie die Etablierung der Sozialen Medien sind die limitierenden Faktoren von Bildern weitgehend überwunden. Erstmals wächst eine Generation heran, für die der Austausch von Bildern fast genauso ungehindert stattfindet und selbstverständlich ist wie der Austausch von Worten. Es ist deshalb berechtigt, einen „Iconic Turn“ zu diagnostizieren – ein Begriff, der bereits in den 1990er-Jahren aufkam und mit dem zuerst die Behauptung, mittlerweile jedoch bereits die Erfahrung verbunden ist, dass Erkenntnisse und Weltanschauungen vermehrt über Bilder erzeugt, gefasst und mitgeteilt werden, der lange Zeit herrschende Logozentrismus also relativiert und Evidenz ebenso durch Bilder wie durch sprachliches Argumentieren erzeugt wird.¹

SICHTBARKEIT ALS MACHTFAKTOR

Besonders folgenreich ist, dass in den Sozialen Medien ein eigener öffentlicher Raum entstanden ist, der sich von analogen Formen von Öffentlichkeit zum Teil stark unterscheidet. Im digitalen Raum hinterlässt fast alles Spuren, wird gespeichert und kann noch nach Jahren Folgen haben. Ist der digitale öffentliche Raum damit einerseits riskanter als der analoge, so erscheint er andererseits sicherer und freier, da er keine physische Präsenz der Akteure verlangt und es ihnen erlaubt, sich hinter Inszenierungen zu verstecken.

In den Sozialen Medien werden Bilder jedoch nicht nur passiv rezipiert, sondern aktiv weiterverwendet, adaptiert und variiert. Sie sind hochmobil und, wie alle digitalen Dateien, sehr fluide, lassen sich durch Apps und Filter sekundenschnell und tausendfach verändern und von unüberschaubar vielen verschiedenen Akteuren neuen Kontexten anpassen, wie etwa der Erfolg von Internet-Memes belegt. Da man sich mit ihnen vergleichbar

schnell, vielfältig und geschmeidig artikulieren kann wie mit Sprache, werden ihnen auch viele – meist kommunikative – Funktionen übertragen, die bisher nur mit Worten – gesprochen oder geschrieben – zu erfüllen waren.

Obwohl von ökonomischen Interessen motivierte Algorithmen der Plattformbetreiber dazu führen, dass nicht jede Aktivität in einem Sozialen Netzwerk dieselbe Chance auf Sichtbarkeit erhält, hatten noch nie auch nur halbwegs so viele Menschen die Chance auf visuelle Selbstbestimmung wie heute. Und das betrifft gerade auch Menschen aus bisher eher „unsichtbaren“ Schichten: aus Minderheiten und sozial schwachen Milieus. So erfährt die Öffentlichkeit heute unmittelbar, wie es in einem Flüchtlingslager aussieht oder wo gerade demonstriert wird. Bilder und Videos staatlicher oder anderer Gewaltausübung können im Nu viral gehen – mit Folgen wie 2020 nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd, durch den die *Black Lives Matter*-Bewegung eine ungeahnte Dynamik erfahren hat. Sichtbarkeit ist somit mehr denn je ein entscheidender Machtfaktor – und erstmals sind Bilder nicht nur Medien mächtiger Eliten, eingesetzt als Propaganda gegen die Mehrheit, sondern sie sind Medien bisher Ohnmächtiger, die sich mittels ihrer gegen Hierarchien auflehnen können. Jede Art von Protest und Revolution ist mittlerweile vor allem bildgetrieben.

KONKURRENZ UM AUFMERKSAMKEIT

Angehörige von Minderheiten müssen dennoch oft erst dafür kämpfen, dass ihre Abweichung von bisherigen Normen anerkannt wird und sie sich mit den Bildern, die sie von sich posten, nicht selbst an den Pranger stellen. Insbesondere der Feminismus hat diesbezüglich viel erreicht; er ist heute weniger mit Theorien und Manifesten als mit Hashtags und – vor allem – mit einer offensiven Bildpolitik erfolgreich. Dass Frauen erstmals selbst darüber entscheiden können, wie sie abgebildet werden wollen, bringt nicht zuletzt eine Pluralisierung von Körperbildern mit sich, fungiert aber ebenso als Strategie des *Empowerment*: Mehr Sichtbarkeit führt zu mehr Gerechtigkeit.²

Je mehr Menschen die Chance auf Sichtbarkeit haben, desto größer wird jedoch auch die Konkurrenz um Aufmerksamkeit. Denn so sehr die Möglichkeiten, sich und die eigenen Anliegen publik zu machen, gestiegen sind, so wenig ist die Menge an Zeit gestiegen, die zur Verfügung steht, um all das, was gepostet wird, wahrzunehmen. Es herrscht deshalb ein lebhafter Wettbewerb um kreative und immer wieder neue Formate, der auch die Tendenz begünstigt, einzelne ästhetische Eigenschaften zu steigern, um die erwünschte Aufmerksamkeit zu erzielen.

Viele Filter und Masken sorgen für Verfremdungen, die krass oder bizarr, besonders lustig oder niedlich sind, auf jeden Fall aber eine Übertreibung bieten. Dabei ist denjenigen, die diese Bilder sehen, bewusst, dass es sich

um Manipulationen handelt – dennoch ziehen sie diese den nicht bearbeiteten Bildern oftmals vor: aus Lust an Unterhaltung und Abwechslung, aber auch, um ein Thema oder eine Aussage prägnanter und zugespitzter vermittelt zu bekommen. Manipulierte Bilder werden deshalb kaum als Lüge oder Fälschung kritisiert. Vielmehr fungieren Bildbearbeitungen und die daraus resultierende, für die Sozialen Medien mittlerweile konstitutive „Mischwirklichkeit“ als rhetorische Mittel, die emotionalisieren, stimulieren, polarisieren oder vor Missverständnissen schützen sollen.³

ANSTRENGENDE NEUE DIVERSITÄT

Es führt allerdings auch zu neuen Konflikten, wenn viel mehr und viel unterschiedlichere Menschen als früher eine aktive Rolle im öffentlichen Raum der Sozialen Medien einnehmen. Diese neue Diversität ist – auch unabhängig von jenen bildrhetorischen Übertreibungen – für alle Beteiligten anstrengend. Für diejenigen, die bisher den öffentlichen Raum beherrschten, bedeutet es, einen Teil ihrer Macht und ein Stück ihrer Sichtbarkeit abgeben zu müssen. Sie müssen teilen lernen und häufiger Rücksicht nehmen als früher.

Anstrengend ist der öffentliche Raum der Sozialen Medien aber auch, weil man jederzeit mitbekommen kann, wie in anderen Kreisen über einen oder über das eigene Milieu gedacht wird. Zwar wird oft gesagt, jeder bleibe am liebsten in seiner Filterblase und bekomme daher nur mit, was Leute mit ähnlichen Meinungen von sich geben; das ist allerdings nur die halbe Wahrheit, denn es gibt immer User, die kolportieren, was in anderen Filterblasen abläuft, und das findet dort genauso öffentlich statt wie das, was in der eigenen Filterblase über andere geäußert wird. Alle herabsetzenden Witze, Karikaturen und Bilder, die früher in *einem* Teilnehmerkreis blieben, werden heute auch von denen wahrgenommen, die selbst davon betroffen sind. Das schürt wechselseitig negative Gefühle, vergiftet das gesellschaftliche Klima und erfordert neue soziale Standards.

Es ist damit zu rechnen, dass Menschen künftig noch empfindlicher auf alles reagieren, was sie als Verletzung ihrer visuellen Selbstbestimmung ansehen; dass sie jedoch auch zunehmend über Techniken verfügen, sich dagegen zu wehren. Vor allem aber werden sie öfter und stärker als bisher versuchen, selbst Einfluss zu nehmen auf das öffentliche Bild von allem, was sie direkt oder auch nur indirekt betrifft. Follower ihrer Accounts werden sie noch stärker als eine Macht begreifen, die sich einsetzen lässt, um Druck zu machen oder um Aktionen zu starten. Der „Iconic Turn“ hat gerade erst begonnen.

¹ Vgl. Christa Maar / Hubert Burda (Hrsg.): *Iconic Turn. Die neue Macht der Bilder*, Köln 2005.

² Vgl. Annekathrin Kohout: *Netzfeminismus. Strategien weiblicher Bildpolitik*, Berlin 2019.

³ Moritz Baßler / Heinz Drügh: *Gegenwartsästhetik*, Göttingen 2021, S. 272.

Hilfsbedürftige Mitteilungen

Beachtungsmacht des Einzelnen und wie sie eingesetzt wird

JOHANNES PASSMANN

Geboren 1984 in Düren, Junior-Professor für Geschichte und Theorie sozialer Medien und Plattformen, Institut für Medienwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum.

Was ist der Unterschied zwischen dem sogenannten alten Mediensystem, das von wenigen großen Medienorganisationen wie Fernsehsendern oder Verlagshäusern dominiert wurde, und dem *neuen*? Diese Frage wurde bereits oftmals diskutiert.

Dabei wurde allerdings ein Aspekt bislang nur selten berücksichtigt: Die Mitteilungen, die auf Social-Media-Plattformen zirkulieren, benötigen die Hilfe vieler Einzelner. Ein wichtiger Treiber für Popularisierung unter den Bedingungen digitaler Plattformen ist deshalb, dass Mitteilungen sichtbar machen, wie sehr sie diese Hilfe der vielen benötigen.

Die bislang validesten Antworten auf die Frage nach dem Wandel der Öffentlichkeit betreffen die Art und Weise, in der

Information unter den Bedingungen des Internets anders *fließt*. Die bisherigen *Gatekeeper* in den Redaktionen der Medienorganisationen etwa hätten *erstens* nicht mehr den Einfluss, den sie früher hatten. Zwar könnten sie ihre Tore weiterhin öffnen, und das durchaus mit weitreichenden Folgen. Sie hätten aber ihre Exklusionsmacht verloren. So versuchten jüngst auch Whitney Phillips und Ryan Milner in ihrem Buch *You Are Here*¹ die Konjunktur sogenannter Verschwörungstheorien wie die um *QAnon* unter anderem dadurch zu erklären, dass Erzählungen der *Satanic Panic* in den frühen 1980er-Jahren, als sich in den USA unbegründete Verschwörungstheorien über satanische Sekten verbreiteten,² noch in vom Mainstream abgetrennten Kanälen geflossen seien, während sie heute unkontrolliert Plattformen wie YouTube mit „toxischen“ Inhalten überfluten.

Zweitens wird oftmals Algorithmisierung als neue Form des *Gatekeeping* genannt. Hier bestehe der Wandel nicht in einem entgrenzten Fließen von Kommunikation, sondern in deren neuartiger Steuerung. Und *drittens* wird eine folgenreiche Änderung der Größenverhältnisse diagnostiziert. Das Internet und seine Plattformen hätten stets skalenfreie Netze ausgebildet, also Netze, zwischen deren Knoten es gleichsam unbegrenzt viele Verknüpfungen geben könne. Deshalb entstünden *Power Law-Distributions*³, extrem ungleich verteilte Häufigkeiten. Deren Ergebnis sei eine Tendenz zum Quasi-Monopol: Immer weniger Akteure fällen immer weitreichendere Konsequenzen für den globalen Informationsfluss, während sich gleichzeitig ein „Long Tail“ der extrem vielen kleinen Akteure mit begrenzter Reichweite bildet.

Die Diagnose dieser drei Transformatoren der Gegenwart scheint mir plausibel. Dennoch ist damit bei Weitem nicht alles über den mediengeschichtlichen Wandel der Gegenwart gesagt. Während der Feldforschung für mein Buch *Die soziale Logik des Likes*, eine Ethnographie über eine Gruppe deutschsprachiger Twitter-User von 2011 bis 2015, fiel mir einerseits eine Spezifik plattformisierter öffentlicher Kommunikation auf. Es gab eine ganze Menge von Mitteilungen, etwa Tweets prominenter Politikerinnen und Politiker oder von Medienorganisationen, die es ohne Weiteres durch die Schleusen der Redaktionen schaffen würden oder eben schon geschafft haben, die aber auf Twitter erstaunlich selten geteilt wurden.

#YASMIN AUF RANG EINS

Daran hat sich bis heute wenig geändert. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Unter den aktuell (13. Januar 2022, 13.30 Uhr) zehn jüngsten Tweets von *@FAZ_NET*, dem ressortübergreifenden Account der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), sind acht Tweets null Mal retweetet, null Mal gelikt und null Mal kommentiert worden. Lediglich ein Tweet sticht mit sieben Retweets, neun Likes und null Kommentaren heraus – immer noch bemerkenswert niedrige Werte dafür, dass der Account fast 70.000 Follower hat.

Andererseits ließen sich während meiner Feldforschung sehr viele sehr häufig geteilte Tweets beobachten, deren Inhalte *gerade nicht* – oder noch nicht – in den Publikationen solcher Medienorganisationen auftauchen. Bewegungen wie *#Aufschrei* oder *#MeToo* entwickelten auf

diesem Wege eine enorme Kraft, auf die die Redaktionen reagieren mussten. Auch hierfür lassen sich vergleichbare Beispiele nennen, etwa zum Zeitpunkt der Niederschrift des vorliegenden Textes ein Tweet der Heinrich-Heine-Realschule Hagen,⁴ der einen Artikel in der *Westfalenpost* verlinkt: „Unsere Schülerin Yasmin ist ein sehr reflektierter junger Mensch und möchte auf Missstände rund um die schulischen Corona-Maßnahmen hinweisen. Das Jugendamt der Stadt @Hagen_Westfalen⁵ möchte das verhindern und spricht von Inobhutnahme. #twlz“.⁶ In den deutschsprachigen Twitter-Trends rangiert deshalb #Yasmin zur Stunde auf Rang 1; der zitierte Tweet hat mehr als 2.000 Retweets, 5.500 Likes und 600 Kommentare.

ES KOMMT AUF DIE HILFE EINZELNER AN

Der Unterschied zwischen all den ungelikten und ungeteilten *FAZ*-Artikeln und der massiven Reichweite des Posts der Heinrich-Heine-Realschule ist, dass Letztere ein Thema aufgreift, das der Hilfe gegenüber einer Institution bedarf: dem Jugendamt Hagen, das offenbar eine Schülerin an ihrem Protest gegen die nach ihrer Sicht zu lockeren Corona-Maßnahmen hindern möchte. Die *FAZ*-Artikel hingegen brauchen niemandes Hilfe, denn sie stehen bereits in der Zeitung.

Viele Mitteilungen werden mit anderen Worten insbesondere auch deshalb online populär, weil vielen Usern unmittelbar klar wird, dass sich niemand ausreichend um sie kümmern wird, wenn sie es nicht selbst tun. Die so häufig geteilten

Tweets kommunizieren – und das in der Regel, ohne es explizit zu erwähnen –, dass es auf die Hilfe der Einzelnen ankommt, oder mit anderen Worten: dass es sich um *hilfsbedürftige Mitteilungen* handelt.

Dieses Prinzip der hilfsbedürftigen Mitteilung ist nicht grundsätzlich neu. Der Dokumentarfilm, der ein vergessenes Thema erforscht, die Zeitung, die eine unterrepräsentierte politische Strömung abbildet – es lassen sich leicht historische Vorläufer finden. Allerdings ist das Indienst-Stellen der eigenen kommunikativen Macht durch die Plattformen zu einem Alltagsphänomen der vielen geworden.

Die allen Social-Media-Plattformen eingeschriebene Aufforderung des Teilens impliziert die – oftmals moralische – Entscheidung, sich einer Sache anzunehmen oder es zu lassen. In aller Regel entscheidet man sich für Letzteres. Man kann gar nicht anders, als die Macht der eigenen Follower- oder Abonnentenzahl nur sehr selektiv einzusetzen; allein schon deshalb, weil jene, die zu sorglos kuratieren, ihren Followercount schnell wieder verkleinert oder unwirksam gemacht haben.

SINGULARITÄT UND GEMEINSCHAFTLICHKEIT

Diese Plattformen bilden deshalb nicht bloß eine Ökonomie der eigenen Beachtung aus. Die Münze, die in dieser Ökonomie gewissermaßen gegeben und empfangen wird, ist immer auch die Beachtung Dritter (zum Beispiel die der eigenen Follower, in deren Timelines man retweetet) für eine Sache, die es wert ist. Die Anlässe für dieses Urteil können vielfältig sein – auch Kuriositäten oder Humoristisches

können als beachtenswert gelten. Die Hilfsbedürftigkeit einer Mitteilung darf allerdings als einer der häufigeren Gründe für die Gabe der eigenen Beachtungsmacht gelten.

Doch was macht eine Mitteilung hilfsbedürftig? Digitale Kulturen funktionieren, wie etwa Felix Stalder beobachtet,⁷ auf Grundlage des Ideals der gleichzeitigen Konstitution von „Singularität und Gemeinschaftlichkeit“. Das heißt, es gibt einen sanften Zwang für *eigene* Bewertungspraktiken, also solche, die sich von etablierten unterscheiden. Wird die Eigenheit zur Maxime, folgt eine Vielzahl oft gegensätzlicher Bewertungen der scheinbar gleichen Information. Die Alltagspraxis der Plattformen zeichnet sich deshalb gerade dadurch aus, nicht bloß eindeutige Informationsflüsse zu empfangen, sondern sie aktiv und oft konträr zu bewerten, um Singularität und Gemeinschaftlichkeit zu konstituieren.

ABERWITZIG KONTRÄRE BEWERTUNGSGEMEINSCHAFTEN

Auch deshalb bilden sich auf Social-Media-Plattformen sehr diverse Bewertungsgemeinschaften. In politisch extremen Kreisen kann eine Mitteilung etwa deshalb als hilfsbedürftig gelten, weil die „Mainstream-Medien“ sie „totzuschweigen“ scheinen. Den Eindruck der Hilfsbedürftigkeit erhalten Mitteilungen deshalb mitunter gerade dadurch, dass Redaktionen sie aus guten Gründen ausschließen. „Alte“ und „neue“ Medien entwickeln so teils ein paradoxes Verhältnis zueinander: Nicht *obwohl*, sondern *weil* etwas so abwe-

gig ist, dass sich Redaktionen gegen eine Thematisierung entscheiden, entsteht der Eindruck, jemand müsse sich der Sache annehmen, weil es sonst offenbar niemand tut. Denn gerade das macht diese Mitteilungen hilfsbedürftig – dass sich beobachten lässt, dass andere diese Hilfe unterlassen.

Dass auf den Plattformen eine Vielzahl divergierender, oft aberwitzig konträrer Bewertungsgemeinschaften entsteht, lässt sich freilich weder nur auf eine Konjunktur von Singularitäten noch auf die Ökonomie der Beachtungsgabe reduzieren. Beide Faktoren treiben diesen Prozess allerdings derart stark an, dass die Negation etablierter Deutung selbst zum Popularisierungsprinzip wird. Selbst die leicht falsifizierbaren Verschwörungserzählungen der *Satanic Panic* werden so auf eine Weise aus den Tiefen der 1980er-Jahre wieder hochgespült, die demokratische Systeme vor grundlegende Probleme stellen kann, wie etwa die Stürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 demonstriert hat.

Es ist aber durchaus ein Unterschied, ob man dies als eine Folge der Öffnung von Schleusen eines mit toxischen Substanzen gefüllten Reservoirs betrachtet oder als einen paradoxalen Effekt gegenwärtiger Mediensysteme. Denn der Eindruck der Hilfsbedürftigkeit ist auch Ergebnis eines kollektiven Lernprozesses, der sich wandeln lässt und möglicherweise bereits im Wandel begriffen ist.

Die Bewertungsgemeinschaften der frühen 2020er-Jahre mögen sich noch in großen Teilen in Opposition zu einem „alten“ Mediensystem konstituieren. Hilfe kann jedoch gegenüber allen möglichen Akteurinnen und Akteuren notwendig erscheinen. Im Fall der bereits erwähnten Hagener Realschülerin gab es etwa

unterstützende Beiträge vom Westdeutschen Rundfunk und der *Westfalenpost*; das Unverständnis der Twitter-User richtete sich gegen das Jugendamt, nachdem die *Westfalenpost* darüber berichtet hatte. Wo die Oppositionslinien heute und in Zukunft verlaufen, ist insofern nicht festgelegt – wohl aber, dass Userinnen und User der Social Media sich weiterhin zu der Frage stellen müssen, welchen Mitteilungen sie ihre Hilfe zuteilwerden lassen.

¹ Whitney Philipps / Ryan M. Milner: You Are Here. A Field Guide for Navigating Polarized Speech, Conspiracy Theories, and Our Polluted Media Landscape, MIT Press, Cambridge/Massachusetts 2022.

² Siehe auch Alan Yuhas: „It's Time to Revisit the Satanic Panic“, in: New York Times, 31.03.2021, www.nytimes.com/2021/03/31/us/satanic-panic.html [letzter Zugriff: 18.01.2022].

³ Clay Shirky: „Power Laws, Weblogs and Inequality“, in: Extreme Democracy, 10.08.2004, S. 46–52, <https://extremedemocracy.com/chapters/Chapter%20Three-Shirky.pdf> [letzter Zugriff: 18.01.2022].

⁴ Siehe Heinrich-Heine-Realschule (@heinereal), <https://twitter.com/heinereal/status/1481353860149088259?s=20> [letzter Zugriff: 18.01.2022].

⁵ Siehe Twitter-Account der Stadt Hagen, https://twitter.com/Hagen_Westfalen [letzter Zugriff: 18.01.2022].

⁶ Siehe Twitter-Account Netzlehrer, https://twitter.com/hashtag/twlz?src=hashtag_click [letzter Zugriff: 18.01.2022].

⁷ Felix Stalder: Kultur der Digitalität, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 (Ersterscheinung).

„In your face“

Ein Social Media Creator über Recruiting, TikTok und die Generation Z

TOBIAS JOST

Geboren 1989 in München, Gründer und CEO von „Karriereguru“, ist der reichweitenstärkste und bekannteste Social Media Creator im deutschsprachigen Raum zu Themen rund um Beruf und Karriere. Seine Videos werden von Schülern, Studenten und Jobsuchenden monatlich mehr als sechzehn Millionen Mal angesehen. Er ist Gewinner des Deutschen Preises für Onlinekommunikation 2021 in der Kategorie „Recruiting“.

Lieber Herr Jost, Sie informieren tagtäglich Ihre über 500.000 Follower auf TikTok mit Videos rund um das Thema „Beruf und Karriere“. Wie würden Sie darüber hinaus beschreiben, was Sie beruflich tun?

Tobias Jost: Ich habe das Glück, der zu sein, der ich in meiner Schulzeit, meiner Uni-Zeit und in den Anfängen meines Berufslebens werden wollte, jemand, den ich auch gebraucht hätte. Jemand, der aus



Foto: © Karriereguru, München

dem ganzen Berufs-, Arbeits- und Karriere-thema die Komplexität herausnimmt und Orientierung gibt. Für junge Leute ist dieses Thema unüberschaubar, und ich versuche, es ihnen in ihrer Sprache einfach und verständlich zu vermitteln – und zwar dort, wo sie sich zu Hause fühlen: auf Social Media. Meine Vision ist, dem Arbeiten die Schwere zu nehmen: von „Ach, ich muss arbeiten, arbeiten ist Mittel zum Zweck“ hin zu: „Ich möchte arbeiten, ich darf arbeiten“. Denn das ist der Anspruch der jungen Generation.

Wieso vertrauen junge Menschen Ihrem virtuellen Rat?

Tobias Jost: Seit 2004, als Facebook groß wurde, und verstärkt in den letzten zehn Jahren hat sich das Kommunikationsverhalten rasant geändert. Beobachtet man heute Jugendliche in der Öffentlichkeit, dann sieht man sie fast immer mit gesenktem Kopf auf ihr Handy schauend. Im Durchschnitt verbringen sie mehr als dreizehn Stunden am Tag an Bildschirmen. Dann kam die Pandemie: Alle waren isoliert. Und junge Menschen flüchten dorthin, wo sie das Gefühl haben: „Hier geht es mir besser.“ Social Media erzählen Geschichten, wecken Emotionen, Dopamin wird ausgeschüttet. Es wird geweint, gelacht, aber eben auch gelernt.

Hat der analoge Berufsberater beim Arbeitsamt ausgedient?

Tobias Jost: Seit etwa zwei Jahren drängen sogenannte „Educative Creators“ – also Leute wie ich –, aber auch Steuerberater, Ärzte, Sexualtherapeuten, Psychologen auf die Plattformen. Ich vermittele das, was die Schule nicht hinbekommt – auf den Punkt und in der Sprache von Jugendlichen. Ob unsere Arbeit die Berufsberatung überflüssig macht? Ich glaube, ja, wenn sich in ihrer Ansprache junger Menschen nichts ändert. Sie brauchen einen anderen Zugang, einen viel emotionaleren, sie brauchen Geschichten. Man muss sie fragen „Wer bist du, wo siehst du dich einmal?“. Während Schule und Eltern fragen „Was möchtest du werden?“. Die Antwort wird im Äußerlichen gesucht. Was es braucht, sind aber Vertrauen und Aufmerksamkeit – die wichtigsten Währungen in der Generation Z. Das wird in Behörden nicht gelebt.

Sie sind auf dem „jüngsten“ Netzwerk TikTok zu finden und haben mehr als 500.000 Follower. Gab es auch Überlegungen, andere Plattformen zu nutzen?

Tobias Jost: Auf TikTok habe ich meine größte Präsenz, bin aber auch auf YouTube und Instagram. Jedes dieser Medien spricht eine andere Altersgruppe an, erfordert eine andere Art und Weise der Kommunikation. Gestartet bin ich auf YouTube, habe aber schnell gemerkt, dass die, die ich erreichen wollte, die Jungen, auf TikTok unterwegs waren.

Haben Sie TikTok sofort verstanden? Das ist ja nicht so einfach, wenn man nicht damit aufgewachsen ist.

Tobias Jost: So ging es mir bei Snapchat [kostenloser Sofortnachrichtendienst für Smartphones und Tablet-PCs zur Weitergabe von Fotos und Videoclips]. Da habe ich mich ein bisschen abgehängt gefühlt. Jede neue Plattform erfordert aufrichtiges Interesse und Neugier. Sonst wird es schwer. Und ja, ich habe TikTok auch nicht sofort verstanden, aber ich wusste, ich muss unvoreingenommen und neutral sein, um meine Zielgruppe zu erreichen.

TikTok hat den Ruf, es ginge nur um Lip-Sync (Lippensynchronisation) und Tanzen. Und Sie setzen dort auf Inhalte.

Tobias Jost: Bis 2016 war das heutige TikTok noch als „musical.ly“ bekannt. Es wurde von 12- bis 13-Jährigen genutzt, die dort getanzt und Karaoke gesungen haben. Facebook ist als Uni-Netzwerk gestartet, Instagram als Foto-Nerd-Plattform, Twitch als „Gaming-Nerd-Dienst“.

Jedes große soziale Netzwerk, jede Plattform startet in einer Nische. Sobald sie sich aber dem Mainstream öffnen, gibt es auch Raum für andere Themen. Diese Schwelle hat TikTok vor zwei, drei Jahren überschritten. Die, die 2016 zwölf oder dreizehn Jahre alt gewesen sind, sind heute siebzehn, achtzehn, neunzehn.

TikTok ist immer noch eine Entertainment-Plattform. Wenn man die App öffnet, möchte man unterhalten werden, lustige Sachen sehen, eine gute Zeit haben. Und dann komme ich, der „Karriereguru“, sage etwas Schlaues, man bleibt hängen und denkt sich, wieder etwas gelernt. Ich bin quasi das schlechte Gewissen im Newsfeed der Leute.

Was macht TikTok für die jüngste Generation so attraktiv?

Tobias Jost: Es ist ein sehr ausgeklügelter Algorithmus: Sie sind neu auf der Plattform und innerhalb kürzester Zeit, nach fünf Minuten, bekommen Sie nur noch das ausgespielt, was Sie sehen möchten. Man wird regelrecht reingezogen. TikTok hat eine ganz eigene „User Experience“, immer im Fullscreen, immer Video – man kommt kaum dazu, Luft zu holen. Bei Instagram kann man sich mal auf den Thread konzentrieren, man bestimmt sein Tempo selbst. YouTube ist eine Suchmaschine. Aber TikTok ist immer – immer! – sozusagen „in your face“. Es gibt keine Pausen. Es hat eine unheimliche Dynamik; ununterbrochen werden Reize gesetzt, und Dopamin wird ausgeschüttet. Das ist das Erfolgsrezept.

Hinzu kommt, dass TikTok im Vergleich zu Instagram oder Facebook kein klassisches Social Medium ist, sondern einen „Social Content“-Plattform. Was ist der Unterschied? Auf Instagram steht der „Creator“ im Mittelpunkt, das heißt: Der Nutzer kreiert Inhalte, indem er etwa ein Auto fotografiert oder was auch immer. Auf TikTok ist das Ganze umgekehrt. Der Inhalt steht im Mittelpunkt: Auf einen Hashtag, auf eine Challenge produziert die gesamte Welt ihre Interpretation. So, als würde man sich immer wieder denselben Film ansehen – nur mit anderen Schauspielern. Das erzeugt ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, wie in einer großen Familie.

Auf TikTok herrscht unheimlich gute Stimmung. Auf Facebook oder Instagram findet viel Hetze oder negative Kritik statt. Das gibt es auf TikTok so nicht. Klar wurden dort auch schon Leute diskriminiert und gemobbt. TikTok ist eine chinesische Plattform, und hier setzt meist die Kritik an. Ich als Creator kann

aber sagen: TikTok ist wie eine große Party.

Was hat es mit #LernenMitTikTok auf sich?

Tobias Jost: #LernenMitTikTok ist ein Programm, fast schon eine Art Bildungsauftrag, den TikTok selbst ins Leben gerufen hat: nachdem sie gemerkt haben, dass sich immer mehr „Educative Creators“ auf ihrer Plattform tummeln. Damit üben sie eine gewisse Kontrolle aus und geben ihnen eine bessere Bühne. Sie unterstützen uns, unsere Inhalte zu verbessern; wir finden besser statt, vernetzen uns untereinander und lernen voneinander.

TikTok zwingt Sie, die Beiträge sehr kurz zu halten. Limitiert Sie das nicht?

Tobias Jost: Im Gegenteil. In der Kürze liegt die Würze. Und die Zielgruppe zwingt uns auch dazu. Genau hier liegt die Kunst: vierhundertseitige Bücher in sechzig Sekunden zusammenzufassen. Aber Sie haben recht: Es ist eine Herausforderung.

Wie vermitteln Sie vierhundert Seiten in sechzig Sekunden?

Tobias Jost: Ganz so einfach ist es nicht: Wir produzieren zehn, zwanzig Videos, alle mit einem in sich geschlossenen Bezugsrahmen. Und die Videos sind dreißig bis sechzig Sekunden lang. Deshalb folgen uns die jungen Leute. Sie möchten wissen, wie es weitergeht. Die Frequenz, in der wir Inhalte ausspielen, ist dem Kommunikationsverhalten der Jugendlichen angepasst.

TikTok ist eine chinesische App. Haben Sie deshalb jemals Bedenken?

Tobias Jost: Ich hatte, noch bevor TikTok zu „meiner“ Plattform wurde, ein Ziel vor Augen: Ich wollte meiner Zielgruppe die Berufsfindung erleichtern. Selbst wenn ich private Bedenken hätte, diese App zu nutzen, hätte mich das nicht zurückgehalten. Heutzutage nutzt jeder Google Maps. Trotz der Bedenken. Bei TikTok ist es dasselbe: Die Vorteile überwiegen.

Bevor ich der „Karriereguru“ wurde, habe ich 2016 den Schritt ins Silicon Valley gewagt. Wir hatten zu dritt eine Firma und haben Software gebaut. Dreieinhalb Jahre hatten wir Standorte in Singapur, in Palo Alto im Valley und in Berlin. Ich war sehr tief in dieser Szene drin. Ob Airbnb, Uber oder wer auch immer, ich wusste, was im Hintergrund passiert. Mir war klar, worauf ich mich einlasse. Und am Ende kochen die Chinesen auch nur mit Wasser. Ich für meinen Teil bin transparent und nehme, auch wenn wir hier gerade über Microsoft Teams sprechen, etwaige Nachteile in Kauf.

Sie sind älter als der durchschnittliche TikTok-User. Was lernen Sie von den jungen Menschen auf TikTok?

Tobias Jost: Stimmt, noch bin ich ein bisschen älter als der Durchschnitt. Aber auch hier hat sich viel getan. Vor der Corona-Pandemie hatte TikTok in Deutschland drei Millionen Nutzer. Heute sind es dreizehn bis fünfzehn Millionen. Ganz genau weiß man das nicht. Nicht mehr die 16- bis 20-Jährigen sind in der Mehrzahl, sondern die 25- bis 40-Jährigen.

Was kann ich von den jungen Leuten lernen? Ich betreibe keine Einbahnstra-

ßen-Kommunikation, also schicke nicht nur etwas raus. Das Schöne an Social Media ist ja, dass man Rückkopplung hat: Kommentare, Nachrichten, Tag für Tag viele Reaktionen. So lerne ich, wie die junge Zielgruppe tickt, was sie beschäftigt, wie gewisse Dinge ankommen, welche Inhalte für Gesprächsstoff sorgen, wo Meinungen aufeinanderprallen. Diese Interaktionen sind ein bisschen wie Marktforschung. Und so gehen mir auch nie die Themen aus. Was ich auch poste, es kommt immer etwas zurück.

Was bewegt heute 16-jährige Schülerinnen und Schüler? Oder was einen 18-jährigen Azubi?

Tobias Jost: Zuallererst geht es um Sinnhaftigkeit. Ihre Eltern haben viel geleistet, und in unserer Gesellschaft ist der Wohlstand gewachsen. Es gibt mehr Stellen als Bewerber. Und das ist ihnen auch sehr wohl bewusst. Sie könnten sich also zurücklehnen. Aber sie suchen nach dem richtigen Job, bei dem sie sagen können: „Ich habe Bock, in der Früh aufzustehen.“ Als Schüler, Schulabgänger oder Absolvent ist man natürlich darauf aus, schnellstmöglich Fuß zu fassen. Aber sie wollen nicht irgendeinen Job, so, wie das bei uns vielleicht noch war, die wir schnell Geld verdienen wollten und froh waren, wenn wir irgendwo gelandet sind.

Sie möchten etwas finden, worauf sie richtig Lust haben. Und weil unser Bildungssystem hier wenig Orientierung gibt, sind sie oft überfordert. Junge Menschen kollabieren fast unter dieser Last. Sie machen ihre Abschlüsse, haben eigentlich alle Möglichkeiten und kommen trotzdem auf keinen grünen Zweig. Ihnen hat niemand beigebracht, die richtigen Fragen zu

stellen. Die Eltern nicht, die Freunde nicht, die Schule nicht, die Uni nicht. Und hier komme ich ins Spiel. Ich versuche, ihnen Tools an die Hand zu geben. Was sind meine Werte und Überzeugungen? Was bedeutet das im beruflichen Kontext? Was für ein Lerntyp bin ich, und was hat das für Konsequenzen? Was für eine Persönlichkeit habe ich, und inwiefern ist das für den Beruf wichtig? Wie erzähle ich meine Geschichte so, dass sie mit der Firma, für die ich mich interessiere, matcht?

Kann man über soziale Netzwerke einen perfekten Arbeitnehmer beziehungsweise perfekten Arbeitgeber finden?

Tobias Jost: Auf jeden Fall! Ich behaupte sogar: wesentlich besser als etwa über Stellenanzeigen. Als Arbeitgeber muss mir zunächst einmal klar sein, dass Social Media keine kurzfristigen Lösungen bieten. Man muss einen langen Atem haben. Angenommen, ich will zehn Stellen besetzen, dann funktioniert das nicht, wenn ich auf Social Media rausschreie: „Hallo, ich zahle gut. Fang bei mir an!“ Ich muss mich als Arbeitgeber öffnen, muss zeigen, wer ich bin, meine eigene Geschichte erzählen. So, wie der Bewerber seine Geschichte erzählt. Und im besten Fall passt es.

Stellenanzeigen listen oft vergleichbare Kriterien auf: Wir zahlen gut, du kannst dich bei uns weiterentwickeln und so weiter. Die sind austauschbar, und wenn man dann wegen solcher extrinsischer Motive in einem Unternehmen landet, merkt man schnell, ob man dort richtig ist oder ob man nicht lieber wechselt. Und die Fluktuation steigt und steigt: Die Arbeitgeber berichten, dass sie Probleme haben, junge Leute zu halten. Weil man von Be-

ginn an falsch kommuniziert hat. Auf Social Media würde eine so unpersönliche Art zu kommunizieren abgestraft werden. Da steht der Mensch im Vordergrund. Man hat zwar weniger Bewerber, aber die sind deutlich qualifizierter.

Mit TikTok erreicht man junge Leute. Das wollen auch Unternehmen und Organisationen. Warum gelingt ihnen das oft eher schlecht?

Tobias Jost: Social Media sind noch kein zentraler Bestandteil von Unternehmensstrategien. Die Budgets sind klein, und man experimentiert so vor sich hin: mal eine coole Pressemitteilung intern, im Intranet oder in der Regionalzeitung: „Hey, wir sind auch auf TikTok, wir haben es mal probiert.“

Es ist noch ein weiter Weg, und die Unternehmen müssen sich Expertise reinholen. Die, die es machen, beauftragen Agenturen. Doch im Moment spiegeln die nicht die „Intellectual Property“ des Unternehmens wider, sondern die Expertise der Agentur. Es fehlt inhouse einfach an Ressourcen und Expertise.

Was müssen Organisationen, Firmen, Vereine besser machen, um glaubhaft wahrgenommen zu werden?

Tobias Jost: Sie sollten das Thema erst einmal ernst nehmen. Es reicht nicht, die Azubis vor eine Kamera zu stellen – nach dem Motto: Die sind ja auch Zielgruppe, die schaffen das schon. Es braucht aufrichtiges Interesse und Neugier, sonst wird man abgehängt. Es gibt unzählige Auftritte auf Social Media, die nach dem Jugendwort des Jahres „cringe“, das heißt zum Fremdschämen, sind: weil sich die

Leute vor der Kamera maximal unwohl fühlen. Man sollte erst mal ein halbes Jahr Medien nur konsumieren, um dann eine eigene Strategie zu entwickeln. Vor allem muss das Thema oben in der Unternehmensstruktur verankert sein. Wenn man es nach unten durchstellt und nur sagt: „Am Sonntag war die Freundin der Tochter vom Geschäftsführer bei ihm zu Besuch und hat gesagt: ‚TikTok ist cool‘“, dann wird daraus nichts. Wenn man Neues etablieren möchte, muss es vorgelebt werden.

Haben klassische Medien Einfluss auf die Inhalte bei TikTok?

Tobias Jost: Die klassischen Medien, etwa eine Zeitung, haben auf TikTok vermutlich weniger Einfluss. Wer sich auf TikTok bewegt, liest nicht die FAZ. Wenn die FAZ es allerdings schaffen würde, sich auf TikTok charmant zu präsentieren, dann schon.

Also ist nicht die Wichtigkeit eines Themas entscheidend?

Tobias Jost: Ja, genau. Es funktioniert zuallererst über eine clevere Präsenz. Und wenn dann aber – und das passiert auch häufig – ein Meinungsbildner oder Crea-

tor ein Thema aufgreift, es auf TikTok verwertet und es zu seinem eigenen macht, dann kocht das Ganze hoch und gewinnt an Dynamik. Das kommt aber nicht von ganz unten. Es braucht den Meinungsbildner.

Wird ein Netzwerk uncool, wenn man seine Eltern dort findet?

Tobias Jost: Bei uns war das noch so. Es war uncool, man hat sich für die Eltern geschämt. In der Generation Z sind die Eltern die besten Freunde, und es ist cool, wenn die Eltern dort abhängen.

Was kommt nach TikTok?

Tobias Jost: Definitiv die nächste Plattform. Ich bin gespannt, ob es noch mal ein Social Network sein wird. Mit den Entwicklungen des „Metaversums“ erreichen wir die nächste Ebene der Kommunikation. Ich behaupte einfach mal, dass wir künftig nicht mehr auf unsere Bildschirme schauen, sondern mittendrin sind.

Das Gespräch führte Konstantin Otto, Geschäftsführer der Zeitschrift Die Politische Meinung, am 15. Februar 2022.

Digital global

—
Medienkulturen jenseits des Westens

PAYAL ARORA

Geboren 1975 in Bengaluru (Indien), Digitalanthropologin, Professorin am Lehrstuhl für Technologie, Werte und Medienkulturen, Erasmus-Universität Rotterdam, Autorin und Beraterin.

„Sogar wenn ich schlafe, bin ich verbunden. Ich bin jeden Tag, jede Stunde online“, sagt Pablo, ein junger Mann, der als Hilfsmechaniker in einer Favela arbeitet, einer informellen Siedlung für Menschen mit geringem Einkommen im brasilianischen Belo Horizonte. Seinen Facebook- und WhatsApp-Account checkt er stän-

dig, um nur ja nichts zu verpassen. Mit seiner Leidenschaft für Digitales steht er bei Weitem nicht allein.

Krista, eine junge Frau aus dem Dorf Onamafila in Namibia, ist fest entschlossen, sich ihre „Dosis Digitales“ zu sichern, selbst wenn es für sie aufwendig ist. Weil das Netz in ihrem Dorf tagsüber nur sehr schwach zu empfangen ist, muss sie mehrere Standorte testen und nachts sogar auf Bäume klettern, um guten Empfang zu erhalten. „Selbst wenn man ein Handy hat, kann

es passieren, dass man es eine oder zwei Wochen nicht benutzen kann, weil es kein Netz gibt [...] Manchmal haben wir Netzempfang an einer bestimmten Stelle auf dem Acker eines Nachbarn, aber man muss etwa um Mitternacht dort sein, was sehr riskant ist, weil es hier in der Gegend wilde Tiere gibt.“

Das Risiko ist es ihr allerdings wert, weil sie so kostenlos Talkshows auf ihren Lieblingssendern, wie beispielsweise *NBC Oshiwambo* und *Omulunga Radio*, hören kann. Um auf diese Angebote zugreifen zu können, benötigt man nur ein Signal, denn die Handys sind in der Basisversion mit Radioempfängern ausgerüstet. Diese Unterhaltungsmöglichkeit kostet also nur die verpasste Nachtruhe.

Ich selbst bin Digitalanthropologin und habe etwa zwei Jahrzehnte mit der Erforschung verbracht, wie junge Leute, die in prekären Umständen auf der Südhalbkugel der Erde leben, digitale Medien nutzen. Dabei hat sich im Lauf der Jahre klar herausgestellt, dass diese jungen Leute alle von ihrem Streben nach digitaler Freizeitgestaltung, nach Unterhaltung, nach sozialen Kontakten, nach Liebe und Romantik angetrieben werden – ob sie nun aus einer brasilianischen Favela stammen oder aus einem Dorf in Namibia.

SCHNEEGESTÖBER AUS TIKTOK-VIDEOS

Diese jungen Leute sind zunächst einmal wie alle Teenies – mit entsprechenden Wünschen, trotz aller sozioökonomischen Zwänge. In dieser Hinsicht haben sie mehr mit einem Teenager in einer Bostoner Vorstadt oder einer Stadt in Deutschland gemeinsam als mit Erwachsenen im eigenen Umfeld. Ihr Ziel ist es, sich online zu verwirklichen und Inhalte sowie eine Gemeinschaft zu finden, die sie ansprechen. Rodrigues, ein junger Mann aus einer Favela in Rio de Janeiro, fühlt sich zu Hause, wenn er online ist.

„Viele würden mich als einen Verbrecher bezeichnen [...] für diejenigen, die wissen, wie man das soziale Netzwerk nutzt, für diejenigen, die die virtuelle Welt im Allgemeinen nutzen, um über diese Dinge [über die systematische Diskriminierung] zu sprechen, ist es [das Netzwerk] also gut. Denn an vielen Orten, zu denen wir gehen, um über diese Dinge zu sprechen, klopfen wir an die Tür, und man schlägt uns die Tür vor der Nase zu. Wir können dann nicht miteinander darüber reden. Aber das soziale Netzwerk ist [für uns] da, und man kann sagen, was man will.“

Die Belesenheit der jungen Menschen mag zwangsläufig begrenzt sein; die Auswahl an Online-Tools ist es dagegen nicht. Bei ihrer Auseinandersetzung mit der Welt nutzen sie *Voice Features*, Google Translate, Emojis und Memes. Facebook ist so etwas wie ihr internationaler Reisepass, obwohl es vielen dieser neuen digitalen Nutzer vermutlich nie möglich sein wird, ihr Dorf oder ihre Region zu verlassen. Ihre Phantasie wird durch ein mächtiges Gemisch aus Medienwelten befeuert, das ihnen von Facebook, WhatsApp

und YouTube in mundgerechten Häppchen serviert wird: Ihr täglicher Medien-Speiseplan besteht beispielsweise aus einer kräftigen Dosis aus Bollywood- oder Nollywood-Filmen (aus Indien beziehungsweise Nigeria), einem Schuss K-Pop, wie die aus Südkorea stammende *Korean Popular Music* genannt wird, und einem medialen Schneegestöber aus TikTok-Videos, das alles gewürzt mit Witzen oder ermunternden Sprüchen von Facebook oder WhatsApp.

Das globale Eintauchen in die Medien mag jedem, der diese Gebiete bereist hat, als eine Selbstverständlichkeit erscheinen. Für die meisten anderen ist es eher schwer zu verstehen. Schließlich verbreiten Mainstream-Nachrichtenagenturen, Hilfsorganisationen und internationale Thinktanks schon seit Jahrzehnten die Mär vom nationalen wirtschaftlichen Wohlstand und der digitalen Kluft – wie die weltweite Ungleichheit durch den unterschiedlichen Zugang zu Technologien und die Nutzung des Internets angetrieben wird. Ganze Institutionen wurden geschaffen, um diese Trennung zwischen den *Haves* und *Havenots* der Welt zu überbrücken.

FRIEDHOF DER „ZOMBIE-APPS“

Um die weniger reichen Nationen mit ins Boot zu holen, versprechen ihnen die Hilfsorganisationen das Heil der digitalen Inklusion. Das heißt, sie vermitteln die Illusion, dass sich die Menschen wie einst in der Glanzzeit des Computers heute in der mobilen Internet-Phase mit einem Mausclick durch das Herunterladen einer App mit einem Sprung aus der Armut befreien können. Die Welt der Apps ist gut gerüstet; tausendfach produziert sie Apps, um Bauern, Kindern oder Frauen zu zeigen, wie man Felder besser bestellen, schneller lernen oder gesünder leben kann. Dabei erscheint es den Herstellern unerheblich, dass bereits ein ganzer Friedhof solcher „Zombie-Apps“ existiert, die digitales Terrain besetzen.

Vor dem Hintergrund dieser angebotsdominierten medialen Überschwemmung ereignete sich Unerwartetes: Die Nutzer entwickelten sich zu Königen des Internets. In dem Maße, wie in den letzten Jahren auf der gesamten Südhalbkugel des Planeten Mobiltelefone und Datentarife billiger wurden, bevölkerten jedes Jahr immer mehr junge Leute aus dem globalen Süden die sozialen Medien. Laut Facebook lagen die Länder mit den meisten Nutzern bereits 2021 zumeist außerhalb des Westens; Indien, Brasilien, Indonesien und Mexiko stehen an der Spitze. Laut dem KPMG-Report *Media and Entertainment* von 2019 kommen die Nutzer mit dem höchsten Verbrauch an audiovisuellen Produkten aus der sozioökonomisch am stärksten benachteiligten Gruppe.

Der indische Telekomriese *Reliance Jio* beeilte sich, viele dieser einkommensschwachen Nutzer „abzugreifen“ und sich mit ihren Datenverbrauchsgewohnheiten zu befassen. Schon frühzeitig war man sich darüber im Klaren,

dass diese jungen Leute zwar knapp bei Kasse, allerdings freigebiger bei der Nutzung von Datenvolumen zur digitalen Freizeitgestaltung waren. *Jio* stürzte sich auf diese Erkenntnis und trieb seine Mitarbeiter dazu an, innerhalb dieser Nutzerbasis die Reichweite nach dem ABCD-Marketingprinzip zu vergrößern, das besagt, dass die Hauptinteressen dieser jungen Menschen in den Bereichen A=Astrologie, B=Bollywood, C=Cricket und D=Devotion liegen.

SUCHE NACH PRIVATHEIT

Wir haben es hier mit einer Freizeit-Wasserscheide zu tun. Die Zukunft des Internets wird bestimmt durch die Herausbildung neuer Bruchlinien, die eventuell nicht in die traditionelle Unterscheidung von Nord- und Südhalbkugel passen (der Westen einerseits und alles andere andererseits). Stattdessen gelten möglicherweise Trennlinien, die auf Alter, Geschlecht, Herkunft oder anderen bereichsübergreifenden Identitäten basieren und von denen es abhängt, wem welche digitalen Freizeitaktivitäten offenstehen.

Auf der Südhalbkugel leben viele Jugendliche in Großfamilien, in denen oftmals mehrere Generationen in einem Raum zusammenleben. Wenn sie zu Hause sind, stehen sie unter der Beobachtung ihrer Familien; halten sie sich woanders auf, werden sie von den Nachbarn beobachtet, denn sie leben dicht gedrängt in Vierteln mit wenig öffentlichem Raum. Oft haben sie keine Möglichkeit, für sich zu sein. Kein Wunder also, dass sie versuchen, online zu „entfliehen“ und sich in der vermeintlich privaten Umgebung von Instagram, Facebook Messenger oder WhatsApp zu verwirklichen.

In einem politischen Klima, in dem Medienplattformen wegen möglicher Datenschutzverletzungen kritisch beurteilt werden, ist der Gedanke, dass sie dennoch *mehr* Privatsphäre gewähren können, außergewöhnlich. Tatsächlich aber ist Privatsphäre ein relativer Begriff. Darüber hinaus ist sie ein Luxus, den sich nur sehr wenige Jugendliche in ihrer prekären Lage leisten können. In Wahrheit verhalten sie sich trotz der permanenten sozialen Beobachtung außerordentlich ungezwungen in der Öffentlichkeit. Warum gehen sie dieses Risiko ein? Der Grund liegt in einem Wort: Liebe.

Jungsein bedeutet, sich verlieben zu wollen. Das gilt noch viel mehr in Kulturen wie Südasien oder Afrika südlich der Sahara, wo Ehen normalerweise arrangiert werden. Viele junge Leute haben sich damit abgefunden, möchten aber dennoch eigene Erfahrungen mit Beziehungen sammeln. In Regionen wie zum Beispiel dem Nahen Osten oder Südasien kann sich ein junger Mann normalerweise nur schwer mit einem Mädchen unterhalten, das nicht zur Familie gehört. Beispielsweise Surain, ein junger Mann aus Isnapur, einer kleinen Stadt in Indien: Er arbeitet in Teilzeit im Handyladen seines Onkels. Früher war er sehr schüchtern, wenn es darum ging, sich mit einem Mädchen zu unterhalten. Nicht einmal „Guten Tag“ konnte er ihr sagen.

Facebook hat das verändert, es hat sein Leben umgekrempelt. Er lernte dort ein Mädchen kennen, und sie verliebten sich. Weil sie nicht denselben Glauben hatten, mussten sie weglaufen, um zu heiraten. Die Ehe war für die jungen Leute – Mitte zwanzig – nicht einfach: „Wenn mich jetzt jemand (online) um Hilfe bittet, frage ich als Erstes, handelt es sich um ein Beziehungsproblem? Falls ja, gehe ich nach Hause [bin ich raus]. Facebook hat viel Schlimmes angeordnet, aber wir mögen es trotzdem [lacht].“ Facebook ist ihr Tinder, Grindr und Bumble in einem.

DIGITALE ROMANTIKWIRTSCHAFT

Surain hatte allerdings noch Glück. Viele junge Männer wie er geben perfekte Zielscheiben für Liebesbetrüger im Internet ab. Jedes Jahr sind diese Schwindler fleißig dabei, solche digitalen Neulinge um ihr Geld zu erleichtern. Mithilfe gefälschter Facebook-Profile von hübschen Mädchen freunden sie sich mit ihnen an, und wenn sie erst einmal ihre „Freundin“ geworden sind, bitten sie um mobile Zahlungen. Bots schicken ihnen im Chat Nachrichten mit sexuellem Inhalt und lenken sie auf Porno-Seiten, damit sie „männlicher“ werden. Apps wie *L'Amour* versprechen ihnen, dass sie „eine Freundin innerhalb einer Woche“ finden und so der „nächtlichen Einsamkeit“ entrinnen können. Sind sie erst einmal am Haken, steigen die Kosten aufgrund weiterer Features. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass es in Indien und China jeweils siebzig Millionen mehr Männer gibt als Frauen. Einerseits besteht in diesen Ländern aufgrund tief verwurzelter Vorurteile in den jeweiligen Gesellschaften ein großer Frauenmangel; andererseits gibt es ein starkes Bedürfnis, zu lieben und geliebt zu werden.

Bei Mädchen ist das Privacy-Risiko noch weitaus höher, weil durch jeden kleinen Ausrutscher im Internet, sei es ein „freizügiges“ Selfie, ein „allzu sozialer“ Kommentar oder einfach die Tatsache, dass man in einem sozialen Netzwerk vertreten ist, ihr Ruf oder sogar ihre Heiratsaussichten gefährdet werden könnten. Ihr Privatleben gehört nicht ihnen, sondern ihren Familien, deren Ehre mit dem Verhalten ihrer Töchter verknüpft ist. Viele dieser Mädchen betrachten den Umgang mit sozialen Medien als etwas für „reiche junge Frauen“, der mit moralischer Schwäche einhergeht. Rizwana, ein Teenager aus einem Slum in Delhi, erklärt die Logik ihres Wunsches, gleichzeitig anwesend und abwesend sein zu wollen, so: „In einer reichen Umgebung dürfen Mädchen alles, und niemand wirft ihnen etwas vor. Für jemanden, der aus meiner Gesellschaftsschicht stammt, gelten solche Mädchen als charakterschwach. Ich will nicht sein wie sie. Ich will das Telefon benutzen, aber nur, um zu sehen, was die anderen machen, und vielleicht ihre Fotos zu liken, damit sie wissen, dass ich auch in den sozialen Medien präsent bin.“

Dies erklärt den stetigen Rückgang der Nutzung sozialer Medien durch Mädchen und Frauen trotz verbesserter Zugangsmöglichkeiten. Wie dem auch sei – wenn man wirklich verstehen will, was Privatheit außerhalb des Westens bedeutet, darf man die digitale Romantikwirtschaft nicht außer Acht lassen.

NÄCHSTER MEDIENTREND NICHT AUS DEM WESTEN

Laut dem *Digital 2021 Global Overview Report* zu globalen Medientrends wird „der nächste große Trend im digitalen Bereich nicht aus einem westlichen Markt kommen“. Selbst die Medienfreaks aus dem Silicon Valley empfehlen einen Blick über den eigenen Tellerrand, wenn man das künftige Verhalten des Publikums verstehen will. Auch Risikokapital-Investoren schauen nicht mehr allein auf den Westen. Für sie liegt China im Handel mit FinTech-Startups um etwa ein Jahrzehnt in Führung. Wo westliche Medien noch zögern, ihre Zehen ins Wasser zu stecken, sind Länder wie Indien oder China bereits im Kopfsprung eingetaucht und kümmern sich um „die nächste Milliarde Nutzer“, die zwar mit ihren begrenzten Ressourcen wirtschaftlich am Rand stehen, aber hoch motiviert sind – eine aufstrebende Klasse.

Etablierte Technologietitanen wie Microsoft, Amazon, Facebook, Google und Apple haben ihre Plattformstrukturen für ihre Nutzer weltweit mithilfe geringfügiger Änderungen vervielfacht. Von Tech-Start-ups jedoch, insbesondere denen auf der Südhalbkugel, können wir radikale Umbrüche erwarten. Mit dem Ohr am Puls der lange ruhig gebliebenen Märkte könnten sie dem Begriff „Co-Design“ eine Bedeutung jenseits des Schlagworts verleihen. Der Gedanke einer Kultur – in vollem Umfang ihrer soziolinguistischen und kontextuellen Vielfalt – könnte endlich zu seinem Recht kommen.

Literatur

Payal Arora: *The next billion users: digital life beyond the West*, Harvard University Press, Cambridge/Massachusetts 2019.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

Wie geht Digitalisierung?

Was wir über den Wandel wissen und besser machen können

TIM WEITZEL

Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik, insbesondere Informationssysteme in Dienstleistungsbereichen, Forschungsverbund „ForDigitHealth – Gesunder Umgang mit Digitalen Technologien und Medien“, Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Der Wunsch nach Digitalisierung ist allgegenwärtig und prägt die Strategiediskussion in Unternehmen und Verwaltung. Dabei besteht weitgehend Einigkeit über das Ziel *Mehr Digitalisierung*. Fragt man aber zehn Unternehmen, was das genau für sie bedeutet, bekommt man zehn verschiedene Antworten. Diese reichen von generischen Slogans („Industrie 4.0“)

über das Nachholen von Hausaufgaben aus den letzten Jahrzehnten (Automatisierung, Kunden-Self-Services, bessere Datennutzung, Integration) bis zu konkreten Ansätzen digitaler Innovation. Eine Gemeinsamkeit ist wiederum die Befürchtung, ohne eine nachhaltige digitale Transformation den Anschluss an Konkurrenz und Kunden zu verlieren. Politik wie Wirtschaft sind unzufrieden mit dem Stand der Digitalisierung. Aber was macht diese eigentlich so schwierig?

Mit Digitalisierungsprojekten sollen Abläufe in Unternehmen oder auch der öffentlichen Verwaltung verbessert werden. Aufgaben sollen schneller, besser, billiger und flexibler erledigt werden können. Dies wird unter anderem mithilfe von Informationstechnologie (IT) möglich. Damit ist die digitale Transformation zum Teil ein IT-Projekt. Diese Projekte gestalten sich bekanntermaßen schwierig, und sie scheitern nicht selten. Damit die Digitalisierung erfolgreich wird, ist gutes IT-Projektmanagement daher notwendig, allerdings nicht ausreichend.

NUTZEN NUR DURCH NUTZUNG

Ein Blick in die empirisch robuste Literatur zu IT-Projekt- und Change-Management zeigt, dass derzeit in aller Regel nicht Technik, sondern Menschen hinter problematischen Projekten stecken. Die *University of Virginia* hat beispielsweise in einer Untersuchung von 99 gescheiterten IT-Projekten in 76 verschiedenen Unternehmen festgestellt, dass in 88 Prozent der Fälle Mitarbeiter-beziehungsweise Projektmanagement ursächlich für Probleme war.¹ Nur in jedem zwölften Projekt war das IT-System selbst problematisch und nur in jedem 25. Fall ein anderer technischer Grund. Die positive Erkenntnis ist, dass Problemursachen bei IT-Projekten damit meistens selbstverschuldet und somit vermeidbar sind.

Doch selbst wenn die Change-Manager alles so machen, wie es in klassischen Projektmanagementlehrbüchern steht, können die mit dem Projekt angestrebten Ziele oftmals nicht erreicht werden. Die schönen neuen Systeme funktionieren dann zwar, werden jedoch kaum genutzt. Ein Beispiel ist eine Bank, die ein neues System zur Vertriebsunterstützung einführt, das den Kundenberatern durch Automatisierung von Verwaltungsprozessen mehr Zeit für direkten Kundenkontakt geben soll. Wenn der Kundenberater das neue System nicht nutzt und weiterhin selbst Formulare oder eigene *Spreadsheets* – Kalkulationstabellen – mehrfach ausfüllt, kann es keinen Nutzen produzieren. IT-Systeme sind damit wie Fitnessgeräte: Ein elegantes Rudergerät, das im Keller steht und niemals genutzt wird, kann auch die Blutfettwerte der Käufer nicht verbessern. In der modernen Sicht ist ein IT-Projekt also nicht fertig, wenn ein technisch gutes System ausgeliefert wurde, sondern wenn dieses auch produktiv genutzt wird. Die *tatsächliche* Nutzung eines IT-Systems

ist so grundlegend, dass sie in der IT-Wertschöpfungsforschung als „the missing link“ zwischen Investition und Nutzen von IT bekannt wurde. Im modernen „Technochange-Management“ steht daher das sogenannte Prä- und Postimplementierungsmanagement im Vordergrund. Das bedeutet, möglichst frühzeitig die künftigen Nutzer in Planung und Entwicklung von Digitalisierungsprojekten einzubinden („prepare the people“) und nach technischer Fertigstellung dafür zu sorgen, dass die neuen Systeme tatsächlich angenommen werden. Damit dies gelingt, lohnt ein Blick auf die Gründe, warum Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt neue Systeme ablehnen.

URSACHEN VON SKEPSIS UND WIDERSTAND

Erzählt man in fachkundigen Kreisen von Digitalisierungsprojekten, bei denen auf die Einführung eines neuen Systems mit Ablehnung und Schrecken reagiert wurde, nicken gern alle und ergänzen ihre eigene Geschichte. Die verschiedenen Arten, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Systeme ablehnen, gehen von Lustlosigkeit über verbalen Widerstand bis zu offenem Boykott. Dieses sogenannte Reaktanzverhalten ist aber aus Sicht eines aufmerksamen Change-Managements gar nicht das eigentliche Problem. Es ist vielmehr eine Chance, sich auf die Suche nach den wirklichen Ursachen zu machen. Reaktanzverhalten ist damit wie körperlicher Schmerz, der beispielsweise warnt, wenn man eine Hand auf eine heiße Herdplatte legt. Es ist dann weniger hilfreich, den Schmerz zu verbieten oder zu unterdrücken, als vielmehr die Ursache zu finden und zu beseitigen, also die Hand vom Herd zu nehmen. Was sind nun die wirklichen Ursachen des häufigen Reaktanzverhaltens?

Mein Lehrstuhl hat die Digitalisierungsbemühungen eines großen Unternehmens der Automobilbranche verfolgt, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „das neue System“ hassten. Die Ablehnung spiegelte sich auch in sinkender Performance, hoher Fluktuation und steigenden Krankenstandstagen wider.² Alle waren sich einig, dass das neue System furchtbar sei, und die Mehrheit zweifelte, damit langfristig klarzukommen. Eine genauere Analyse zeigte allerdings, dass „das IT-System“ eher Medium als Kern der Befindlichkeiten war. Die größte Unsicherheit und eigentlicher Grund der Ablehnungen waren die Änderung der in Jahren eingeschliffenen Arbeitsabläufe und die Notwendigkeit, völlig neue Arbeitsroutinen zu erlernen. Es wurden also die neuen Prozesse abgelehnt, nicht die neue IT, die eigentlich nur die sichtbare Oberfläche war. Als das Unternehmen aufgrund dieser Erkenntnis dann statt der üblichen IT-Schulungen umfassende Erklärungen anbot, warum die neuen Prozesse für das Unternehmen überlebenswichtig seien und sogar eine verbesserte tägliche Arbeit für viele ermöglichten, wandelte sich die starke Ablehnung von einem schwierigen „Da mache ich auf

keinen Fall mit“ zum viel besseren „Die ganze Digitalisierung ist schon wichtig, die IT hat aber eine hässliche Oberfläche“. In der Folge konnten die Ziele des Digitalisierungsprojektes zunehmend erreicht werden, und Fluktuation, Leistung und Krankenstand normalisierten sich wieder. Die Digitalisierung wurde also erst ab dem Zeitpunkt erfolgreich, zu dem das Change-Management die Menschen richtig verstanden und ihnen die Chance gegeben hat, den notwendigen organisationalen Wandel jenseits der Technik zu verstehen.

EIN SOZIOTECHNISCHES PHÄNOMEN

Im Mittelpunkt erfolgreicher Digitalisierung muss daher der Mensch stehen. Bisher haben neue IT-Einführungen die alten Identitäten und Prozesse einer Organisation eher bestätigt und verstärkt. Im Gegensatz dazu ändert wirkliche Digitalisierung das Selbstverständnis der Organisation und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; sie ist damit per definitionem ein soziotechnisches Phänomen. Entsprechend beschreibt die Wirtschaftsinformatik seit jeher Informationssysteme als soziotechnische Systeme aus den Elementen Mensch, Aufgabe und Technik.

Wie wichtig für erfolgreiche Digitalisierung auch das Weiterentwickeln der organisationalen und professionellen Identität ist, zeigen Untersuchungen zum Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in einer Krankenhausgruppe. Dort waren Ärzte und Verwaltung überzeugt, mit KI-Unterstützung wichtige Qualitäts- und Effizienzziele erreichen zu können. Trotzdem kommen diese Anwendungen nicht über die Pilotphase hinaus. Die KI wird letztlich abgelehnt. Einer der Gründe bei den Ärzten ist die Inkompatibilität mit ihrem alten beruflichen Selbstbild. Die erheblichen Chancen, die mit künstlich intelligenteren Prozessen verbunden sind, bleiben daher so lange ungenutzt, bis diese kulturellen Hürden überwunden werden.

Eine wirkliche digitale Transformation geht also über punktuelle Automatisierung und isolierbare Projekte hinaus und ändert das Selbstbild der Organisation und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daher gibt es aktuell umfangreiche Forschungen zu Art und Rolle digitaler Kultur als Voraussetzung erfolgreicher digitaler Transformation. Ende der 1990er-Jahre erkannten Unternehmen ganz ähnlich, dass ein wirksames Qualitätsmanagement (Lean Management [*schlankes Management*], Kaizen [*konsequentes Innovationsmanagement*]), das verschwendungsarm produziert und kundenorientiert ist, nur mit sich mitentwickelnden und lernenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich sein kann. Wie wichtig (und nicht technisch) eine gelebte digitale Kultur sein kann, zeigt ein Vergleich der Digitalisierung von Personalprozessen bei den 1.000 größten deutschen Unternehmen.³ Die Digitalisierungs-Champions haben nicht nur bessere Geschäftsprozesse. In diesen Unternehmen wird auch signifikant mehr Wert auf gutes Arbeitsklima

und Work-Life-Balance gelegt. Ebenso hat eine achtzehnmonatige Fallstudie zu einer fundamentalen digitalen Transformation bei einem großen Luft- und Raumfahrtzulieferer gezeigt, dass Digitalisierung nur mit einem Kulturwandel gelingen konnte.⁴ Dazu gehörte das Ablösen einer traditionellen Top-down-Führungs- und Kommunikationskultur durch mehr Transparenz und bereichsübergreifende Kollaboration und ein Change-Management, das sich bis in die höchste Führungsebene erstreckte. Erst als die Topmanager die Notwendigkeit des kulturellen Wandels (etwa „Gemeinsam statt Silo“) erklärten und durch aktive Teilnahme an den Change-Maßnahmen deren Bedeutung klarmachten, lösten sich Skepsis und Widerstand auf, und die Transformation wurde ein Erfolg.

Wirkliche Digitalisierung ist also kein technisches Projekt, sondern (auch) das Aufbauen eines neuen Selbstverständnisses in einer neuen Welt. Das macht den Wandel schwieriger, aber auch nachhaltiger.

¹ Ryan Nelson: „IT Project Management: Infamous Failures, Famous Mistakes, and Best Practices“, in: MIS Quarterly Executive, 6. Jg., Nr. 2/2008, S. 67–78.

² Sven Laumer / Christian Maier / Andreas Eckhardt / Tim Weitzel: „Work routines as an object of resistance during information systems implementations: Theoretical foundation and empirical evidence“, in: European Journal of Information Systems (EJIS), 25. Jg., Nr. 4/2016, S. 317–343.

³ Tim Weitzel et al.: Digitalisierung und Zukunft der Arbeit – Ausgewählte Ergebnisse der Recruiting Trends 2020 und der Bewerbungspraxis 2020, Research Report, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg 2020.

⁴ Heinz-Theo Wagner / Tim Weitzel: „How To Achieve Operational Business-IT Alignment: Insights From A Global Aerospace Firm“, in: MIS Quarterly Executive, Jg. 11, Nr. 1/2012, S. 25–36.

Neoromantisch

—
Begegnung und Liebe über das Internet

KAI DRÖGE

Geboren 1972 in Herdecke, promovierter Soziologe, Permanent Fellow am Institut für Sozialforschung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Dozent und Projektleiter, Hochschule Luzern (Schweiz).

Rückblickend betrachtet, gehört es zu den größten Überraschungen in der Geschichte des Internets, dass sich dieses Medium gerade im Bereich von Liebe und Partnerschaft so umfassend und nachhaltig etablieren konnte. Im Januar 2022 gaben in einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom

rund 33 Prozent der Internetnutzerinnen und -nutzer in Deutschland an, bereits einmal dezidierte Online-Datingplattformen oder Dating-Apps genutzt zu haben – quer durch alle Altersgruppen.¹ Dieser Wert bewegt sich bereits seit Jahren auf einem ähnlichen Niveau, ist aber während der Corona-Pandemie nochmals angestiegen.

Überraschend ist dieser Siegeszug vor allem deshalb, weil das Internet eigentlich ein eher distanziertes Medium ist: Die Kommunikation ist überwiegend textbasiert und asynchron, die leibliche Präsenz

der Interaktionspartnerinnen und -partner stark reduziert. In krassem Gegensatz dazu sind Liebe und Sexualität in der modernen Gesellschaft geradezu ein Inbegriff von Nähe und Intimität – körperlich-physisch, aber auch emotional und kognitiv. Warum also sollten Menschen in einem so distanzierten Medium wie dem Internet nach dieser Art von Nähe und Intimität suchen?

Es gibt eine naheliegende Antwort auf diese Frage: Es gehe beim Online-Dating gar nicht um wechselseitige Nähe und Intimität, sondern lediglich um ein oberflächliches Geplänkel – nicht ernst gemeint, nicht von Dauer. Meist ist diese Deutung eingebettet in ein kulturpessimistisches Lamento, wonach die Beziehungskultur in unserer Gesellschaft generell den Bach runtergehe und die Popularität der Partnersuche im Netz nur zeige, wie sehr die Menschen verlernt hätten, echte Beziehungen zu führen. Tinder und andere Datingplattformen werden dann gern als ein großer Markt der Eitelkeiten porträtiert, auf dem es vor allem um die eigene kompetitive Selbstdarstellung gehe und darum, ganz eigennützig am Ende das beste Schnäppchen für sich herauszuschlagen – sei es für eine Nacht oder auch für länger.

Wie viele einfache Antworten enthält auch diese Deutung einen Funken Wahrheit; sie ist allerdings zu einseitig, verkürzt und damit auch falsch. Zunächst einmal verklärt sie die Vergangenheit, denn auch früher haben eigennützige Überlegungen bei der Partnerwahl eine Rolle gespielt. Vor allem aber verkennt sie die Vielfalt der Motive, mit denen Menschen sich heute millionenfach auf Datingplattformen begeben, und auch die erstaunlichen Erfahrungen von Nähe und

Intimität, die sie dort machen. Grund genug, die schnellen Erklärungen beiseitezulegen und sich das Phänomen etwas genauer anzuschauen.

LIEBE – WICHTIGER UND FRAGILER

Tatsächlich ist das kulturkritische Lamento über den gesellschaftlichen Niedergang des Beziehungslebens nicht neu. Eine große Debatte entbrannte dazu bereits in den 1990er-Jahren, als die Scheidungsraten neue Höhen erreichten und in den Städten immer mehr Einpersonenhaushalte auftauchten. In der Folge sahen Teile der Wissenschaft und des öffentlichen Diskurses eine beziehungsarme „Single-Gesellschaft“ am Horizont heraufziehen, in der sich immer mehr Menschen – der Mühen des Liebeslebens überdrüssig – ohne feste Beziehung dem eigenen Karriereerfolg und der solipsistischen Selbstverwirklichung widmeten.

Ulrich Beck war in dieser Debatte mit seiner Individualisierungstheorie ein wichtiger Stichwortgeber. Mit seiner Frau Elisabeth Beck-Gernsheim hat er jedoch auch durchaus differenzierte Zwischentöne beige-steuert: In ihrer gemeinsamen Studie *Das ganz normale Chaos der Liebe* (1990) etwa argumentierten sie, dass steigende Scheidungsraten möglicherweise gar nicht in erster Linie darin begründet lägen, dass die Menschen beziehungsunwillig und der Liebe überdrüssig seien, sondern im Gegenteil eher darin, dass die Liebe immer wichtiger werde, jedoch damit zugleich auch prekärer. Denn je weniger äußere Konventionen und Traditionen eine Beziehung stabilisierten, desto mehr trete

die wechselseitige Liebe als tendenziell einziges, aber eben auch notorisch fragiles Bindeglied in den Mittelpunkt. Hinzu komme, dass sich die traditionellen Geschlechterrollen aufzulösen begännen und damit auch die Erwartungen an Liebe und Paarbeziehung immer vielfältiger und individueller würden. Einen dauerhaften Gleichklang zwischen den Partnerinnen und Partnern herzustellen, sei daher eine immer größere Herausforderung. Die zeitgenössische Liebe scheitere also eher an ihren eigenen, inhärenten Ansprüchen als daran, dass die Menschen sie nicht mehr für wichtig nehmen würden.

Diese Analyse beschreibt treffend die Herausforderungen, auf die das Anfang der 2000er-Jahre aufkommende Online-Dating Antworten zu geben versprach: Denn wenn die Liebe fragiler wird und Menschen immer häufiger im Leben vor der Aufgabe stehen, eine neue Partnerin oder einen neuen Partner zu finden, dann vereinfacht und beschleunigt Online-Dating den Kontakt zu beziehungswilligen anderen Menschen in bisher nicht gekannter Weise. Wenn die Liebe zugleich immer individueller wird, die eigenen Erwartungen immer spezieller, dann antworten Datingplattformen darauf mit einer gigantischen Auswahl sowie mit elaborierten Filtermechanismen oder Matching-Algorithmen. Online-Dating verspricht nicht weniger als eine Radikalisierung der klassischen-modernen Idee der freien und hoch individualisierten Partnerwahl. Nur dass man jetzt nicht mehr schicksalsergeben auf Amors Pfeil warten muss, sondern Algorithmen sowie Datenbanken für sich arbeiten lässt und außerdem das Heft auch selbst in die Hand nehmen kann – selbst wenn dies nur darin besteht, bei Tinder nach links oder rechts zu wischen.

Ist Online-Dating also *die* Lösung aller Probleme der modernen Liebe? Wie erleben das Nutzerinnen und Nutzer? Im Rahmen eines Forschungsprojekts mit meinem Kollegen Olivier Voirol von der Universität Lausanne habe ich ausführliche qualitative Interviews mit Menschen geführt, die teils schon viele Jahre im Netz auf der Suche nach einem Partner oder einer Partnerin sind.

INTERNET UND KLASSISCHE BRIEFROMANE

Viele Menschen haben mir berichtet, dass der Eintritt in diese neue Welt für sie tatsächlich zunächst sehr aufregend und euphorisierend war: Mit einem Schlag eröffnen sich zahlreiche neue Möglichkeiten, viele potenzielle Kontakte und denkbare Zukünfte für das eigene Leben in Zweisamkeit. Und auch die ersten Interaktionen verlaufen oft vielversprechend. Es war auch für uns Forschende erstaunlich zu sehen, wie schnell sich Menschen in der Onlinekommunikation wechselseitig öffnen, sehr persönliche und intime Dinge von sich erzählen und wie rasch dadurch Gefühle einer tiefen Vertrautheit und Nähe entstehen können. Diese Erfahrungen entsprechen nicht dem gängigen Vorurteil, Onlinekontakte seien generell oberflächlicher und weniger tief als Offlinebeziehungen. Wie kommt das?

Tatsächlich weist der digitale Raum einige Besonderheiten auf, die einer sehr persönlichen und offenen Kommunikation durchaus entgegenkommen. Dass mediale Distanz die wechselseitigen Gefühle nicht unbedingt schwächen muss, sondern durchaus auch befeuern kann,

kennen wir aus den klassischen Briefromanen der Romantik. Ich habe daher das Internet auch einmal als ein „neoromantisches Medium“ bezeichnet. Eine Konstellation, die das sehr fördert, wird in der Sozialpsychologie als „stranger on a train phenomenon“ bezeichnet: Man hat beobachtet, dass Menschen in flüchtigen Sozial-situationen – wie etwa im Gespräch mit einer Zufallsbekanntschaft im Zug – nicht selten offener sind und einen ungefilterteren Einblick in ihr Innerstes geben als gegenüber Freunden oder Familienmitgliedern. Warum sich schützen oder verstellen, wenn man dem Gegenüber sowie so nie wieder begegnen wird?

Die Onlinekommunikation hat einen ähnlichen Effekt: Auf paradoxe Weise können Beziehungen im Netz gerade deshalb intensiver und persönlicher werden, weil sie ein Moment von Flüchtigkeit haben, weil man sich nur unter einem Pseudonym kennt und den Kontakt mit wenigen Mausklicks (oder mit Touchgesten) für immer beenden kann. Hinzu kommt, dass die Körper in dieser Beziehung zunächst eigentümlich abwesend sind und daher das wechselseitige Gespräch ganz ins Zentrum tritt. Diese oftmals ausufernden Onlinekonversationen schaffen eine Ebene der Vertraulichkeit, in der man bereits sehr viel über sein Gegenüber weiß, noch bevor man diesem Menschen jemals physisch begegnet ist.

PROBLEMATISCHE EFFEKTE

Umso größer ist dann oft der Bruch, wenn es zu einer ersten Begegnung außerhalb des Mediums kommt. Es gab kein Interview, das ich geführt habe, in dem nicht

über solche enttäuschenden Erfahrungen berichtet wurde: Wie schnell die Nähe des Onlinekontakts in der physischen Interaktion zusammenbrechen kann; wie schwierig es ist, die einmal erzielte Vertraulichkeit in die Offlinewelt hinüberzuretten. Dies ist typischerweise die erste große Desillusionierung, an der sich die anfängliche Euphorie bricht. Ein naheliegender Lösungsversuch ist, den Moment der Entscheidung vorzuziehen und sich schneller zu treffen. Apps wie Tinder haben dies schon eingebaut: Sie zielen auf eine rasche physische Begegnung, lange Onlinekonversationen sind verpönt.

Diese Beschleunigung der Kontakte und Treffen hat allerdings ihre eigenen problematischen Effekte. Es ist generell so, dass die schier unerschöpfliche Menge an Kontaktmöglichkeiten auf Tinder oder klassischen Datingplattformen dazu führt, dass die Frustrationstoleranz extrem absinkt. Auch bei kleinsten Missstimmungen werden Kontakte rasch beendet – es warten schließlich noch Tausende andere, potenziell bessere Optionen. Im Ergebnis hatten meine Interviewpartnerinnen und -partner oft mehrere Dates pro Woche, und dies über Monate, bis sie sich teils selbst erschöpft eine Pause verordneten.

Online-Dating setzt also eine Dynamik der Vervielfältigung und Beschleunigung von Kontakten in Gang, die sehr euphorisierend wirken kann, dann aber sukzessive und erst einmal häufig unmerkelt die Gestalt der Beziehungen selbst zu verändern beginnt. Diese rasch wechselnden Kontakte als oberflächlich zu beschreiben, trifft es nicht, denn, wie bereits gezeigt, bedeutet Flüchtigkeit nicht zwingend eine geringere Intensität der Beziehung. Aber wenn sich diese intensiven Begegnungen mit anderen Menschen in

immer schnellerer Folge wiederholen, werden sie repetitiv: Die Nachrichten wiederholen sich, man erzählt immer wieder dieselben Geschichten, weiß, wie man das Vertrauen des Gegenübers gewinnt, wie man Nähe aufbaut, Emotionen bei sich und anderen erzeugt. Aber so gerinnt Intimität immer mehr zu einer Rolle, die Menschen werden Masken ihrer selbst, die Dates ein sich immer wiederholendes Spiel, bei dem auch das Gegenüber zunehmend austauschbar erscheint. In dieser Transformation liegt die wohl größte Zerstörungskraft, die Online-Dating auf unser Liebesleben haben kann: Denn darin wird unser Erleben von Intimität selbst angegriffen und wandelt sich von einer ganz besonderen Erfahrung, die man nur mit wenigen Menschen im Leben teilt, zu einem in Routine erstarrten, repetitiven

Muster mit austauschbaren Interaktionspartnern.

Diese zerstörerische Dynamik ist jedoch nicht zwingend. Aus den Kontakten im Netz können auch durchaus substantielle und tiefe Beziehungen entstehen. Und ungeachtet der Schwierigkeiten gelingt es vielen Menschen, diese auch in die Offlinesphäre hinüberzuretten. Das Netz hat sich als ein neuer Ort der Anbahnung von Liebesbeziehungen fest etabliert. Wir werden mit den Chancen und Risiken leben lernen müssen.

¹ Bitkom: Zahlungsbereitschaft für Online-Dating steigt in der Pandemie, Ergebnis einer repräsentativen Befragung im Januar 2022, Berlin, 11.02.2022, www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Online-Dating-Zahlungsbereitschaft-steigt-in-Pandemie [letzter Zugriff: 14.02.2022].

Zeichen der Zeit oder frohe Botschafter ?

—
 Emojis im Drei-Generationen-Gespräch

GALA REBANE

Kulturwissenschaftlerin und Philologin. 2021 erschien beim Verlag Klaus Wagenbach in der Reihe „Digitale Bildkulturen“ ihr Buch über Emojis.

„... Was sind eigentlich diese gelben Gesichtlein, die ihr mir immer wieder schickt?“ fragte meine Mutter.
 „Emojis natürlich!“ sagte meine Tochter.
 „E- was? Noch nie gehört ...“

Aus dem Japanischen übersetzt, bedeutet das Wort „Emoji“ so viel wie „Bildschriftzeichen“. Die kleinen Gesichter und andere bunte Bildchen sind aus dem digitalen Alltag zwar kaum mehr wegzu-denken, die Häufigkeit ihrer Nutzung hängt jedoch auch vom Alter ab: Bei den

Umfragen gaben etwa achtzig Prozent der Menschen unter 25 Jahren und lediglich 35 Prozent der über 55-Jährigen an, Emojis (fast) immer beziehungsweise häufig zu verwenden.

„Also etwas Neumodisches aus Japan“, resümierte die Mutter.
 „Nein, die gab es schon immer!“ lachte ihre Enkelin.

Obwohl man bei Emojis unmittelbar an die neuen Kommunikationstechnologien denkt, trifft es tatsächlich zu, dass weder das Wort noch die Idee selbst eine ultramoderne Erfindung sind. In der Edo-Zeit (1603–1868) verbreiteten sich in gelehrten Kreisen Japans unter diesem Namen Bilderrätsel, die auf die bildlichen Ursprünge des traditionellen ideographischen Schriftsystems *Kanji* („chinesische Zeichen“) anspielten. Auch im Westen kennt man in Bildern chiffrierte Botschaften seit der Antike. Im heutigen Sinne wurden Emojis allerdings erst in den späten 1990er-Jahren für die internetfähigen japanischen *Feature Phones* entwickelt, um auf deren relativ kleinen Displays einige wiederkehrende Ausdrücke platzsparend darzustellen. Diese „Ur-Emojis“ entstanden auf einem 12 × 12 Pixel großen Raster und waren graphisch noch unterkomplex. Ihr modernes Erscheinungsbild sowie die sonnige Gesichtsfarbe verlieh ihnen erst der Konzern Apple, der 2008 auf seinen in Japan vertriebenen iPhones eine eigene Emoji-Tastatur einführte. Zwei Jahre später nahm der Unicode – das internationale System digitaler Codierung von Schriftelementen – 722 Emojis in sein Register auf, sodass sie nun auf den meisten Endgeräten verwendet und zwischen verschiedenen Online-Plattformen übertragen werden konnten. Während die Bildzeichen von Apple der kulturspezifischen *kawaii*-Niedlichkeitsästhetik (*kawaii*: ursprünglich japanischer Ausdruck für „liebenswert“, „süß“, „niedlich“, „kindlich“ oder „attraktiv“) sowie ihrem primären Ursprungssinn als Kommunikationsmittel eher wenig entsprachen, was zu ihrer allmählichen Popularitätseinbuße in Japan führte, verbreiteten sich Emojis in anderen Teilen der Welt jedoch wie ein Lauffeuer. 2015 kürten *Oxford Dictionaries* das Emoji mit Lachtränen sogar zum „Wort des Jahres“.

„LOL!“ rief meine Tochter aus. „Das wusste ich nicht. Wie cool!“
 „Ich finde es bedenklich“, schüttelte ihre Großmutter dagegen den Kopf. „Erst die ganzen englischen Wörter, dann diese komische Jugendsprache – was ist übrigens LOL? – und jetzt auch noch Hieroglyphen statt normale Schrift. Bald befinden wir uns ja wieder im Steinzeitalter!“

In der Tat rief jener Beschluss von *Oxford Dictionaries* sehr unterschiedliche Reaktionen hervor. Die offizielle Würdigung des *Laughing Out Loud*-Emojis 😂 und damit die Anerkennung von den Bildzeichen als Teil der Schriftsprache schürte bei einigen die Angst vor einem beschleunigten Sprachverfall, der sich

unter anderem auf allgemeine kognitive Fähigkeiten negativ auswirken würde und sodann einen zivilisatorischen Rückschritt zur Folge hätte. Andere feierten dagegen das Aufkommen eines neuen Schriftsystems, mit dessen Hilfe man sich grenzüberschreitend verständigen könne. Die meisten Sprachwissenschaftler nehmen in dieser Debatte wiederum eine mittlere Position ein: Emojis seien kein Sprachersatz, sondern bloß eine zeitgemäße Bereicherung schriftlicher Kommunikation, indem sie den sonst wegfallenden Tonfall, Mimik und Gestik auffingen und wiedergäben. Versieht man ein und dieselbe Kurznachricht – beispielsweise „Wir müssen reden!“ – mit 😎, 😞 oder 😡, kommt ihre hintergründige Absicht weitaus unmissverständlicher herüber.

„Das kann man doch alles ausschreiben“, meinte meine Mutter. „Wir müssen reden, weil ich etwas Spannendes berichten will oder traurig bin oder es Ärger gibt ...“
„Aber es würde ewig dauern!“ entgegnete die Enkelin. „Und so hast auch du es sofort verstanden. Außerdem gibt es immer wieder Dinge, die man nicht direkt benennen mag oder kann ...“

In Schweden werden zum Beispiel speziell entwickelte „Missbrauch-Emojis“ für die Erleichterung der Kommunikation zwischen Sozialarbeitern und Kindern, die unter häuslicher Gewalt leiden, eingesetzt. Strenggenommen sind es allerdings keine Emojis, sondern sogenannte Sticker. Diese sind im Unicode nicht verzeichnet. Um sie nutzen zu können, muss man die entsprechenden Sets aus dem Netz beziehen.

„Na, in diesem Spezialfall sind Emojis kindergerecht – aber sie sonst zu verwenden, ist einfach infantil!“ beharrte meine Mutter.
„Die nutzen sogar Politiker! Ist die finnische Regierung etwa kindisch?!“ konterte meine Tochter hitzig.

2018 hat Finnland im Rahmen einer nationalen Markenführung-Kampagne 56 „finnische Emojis“ – wiederum extra entwickelte Sticker – umgesetzt, die ein positives Image des Landes nach innen und außen stärken sollten. Neben einigen berühmten Persönlichkeiten wie den Künstler Tom of Finland feierten sie landestypische Phänomene und Erlebnisse wie Aurora Borealis und die weißen Nächte, die Sauna oder auch das *Kalsarikännit*: ein kulturspezifisches Entspannungsformat, bei dem man sich zu Hause und nur mit Unterwäsche bekleidet gemütlich betrinkt. Auch in anderen Ländern stehen Emojis im Dienst der zeitgemäßen (kultur)politischen Online-Kommunikation: Zum Beispiel postete die deutsche Bundesregierung in Vorbereitung des G20-Gipfels 2017 in Hamburg auf ihrer Facebook-Seite ein Quiz, in dem die vertretenen Länder durch jeweils vier Emojis dargestellt wurden. Selbst einige Parteien zeichnen sich durch Emojis aus. Die britische Labour Party bleibt ihrem roten Rosensymbol 🌹 auch im Emoji-Code treu, die US-amerikanische Green

Party tritt auf Twitter mit einer Sonnenblume 🌻 auf, und die Republikaner geben sich weiterhin mit dem auf politische Karikaturen des 19. Jahrhunderts zurückgehenden Elefanten 🐘 zu erkennen. Demokraten mussten dagegen kreativ werden: Da es das Esel-Emoji erst seit 2021 gibt, wurde für ihre Netzauftritte das Pferd 🐎 ins Rennen geschickt.

„Aha!“ sagten die Enkelin und die Oma gleichzeitig mit Triumph und sahen sich daraufhin verdutzt an.
Meine Mutter ergriff als Erste das Wort: „Genau mein Punkt: So viele Emojis es geben mag, werden sie immer zu wenige bleiben, um alles ausdrücken zu können.“

Der Unicode verzeichnet inzwischen über 3.500 Emojis, und es werden jährlich viele weitere hinzugefügt – sowohl auf Initiative großer Technologiekonzerne als auch auf Vorschlag von Privatpersonen. Teilweise werden damit alte Lücken im „Emoji-Vokabular“ geschlossen, teilweise werden neue Emojis in Reaktion auf aktuelle gesellschaftliche Diskurse entworfen. Seit 2015 unterstützt der Unicode neben dem sonnengelben auch fünf realitätsnahe Emoji-Hauttöne und führt auch Darstellungen von gleichgeschlechtlichen Paar- und Familienkonstellationen an. 2019 kamen Emoji-Abbildungen von Menschen mit Behinderungen hinzu, 2020 folgten Transgender-Emojis, und das neueste Set 2021 beinhaltet unter anderem das Emoji einer genderneutralen Person sowie eines schwangeren Manns. Trotz des kontinuierlichen Wachstums des Emoji-Repertoires gibt es aber natürlich nicht für jeden Sachverhalt ein eigenes Bildzeichen; an dieser Stelle ist auch die Phantasie der Nutzer stark gefragt. Beispielsweise werden beim sogenannten Sexting – dem Versenden erotischer Nachrichten – einige Obst- und Gemüsesymbole wie der Pfirsich 🍑 oder die Aubergine 🍆 entsprechend umgewidmet.

Meine Tochter kicherte. Meine Mutter war sichtbar geschockt:
„Nun hoffe ich aber wirklich, dass Ihr mit Emojis vorsichtig seid! Stellt Euch vor, Ihr berichtet von einer Mahlzeit, und jemand fasst es als Belästigung auf. Das könnte ja sogar rechtliche Konsequenzen haben!“

Tatsächlich gibt es inzwischen etliche Gerichtsfälle, bei denen Emojis als Belästigungsmaterial dienen. 2015 sorgte die Festnahme des New Yorker Jugendlichen Osiris Aristy weltweit für Schlagzeilen. Drei seiner Facebook-Posts, in denen sich die Zeichen-Kombination 🤩👉 mehrmals wiederholte, hatte die Staatsanwaltschaft zunächst als öffentlichen Aufruf zur Waffengewalt gegen die Polizei interpretiert. Die Terrorismus-Anklage gegen Aristy wurde schlussendlich fallen gelassen; in Deutschland wurde ein Mann, der zwei seiner Kollegen auf Facebook als „Das Fette 🍑“ und „der 🐒 kopf“ (wo statt eines Affen- irrtümlich ein Bär-Emoji verwendet wurde) bezeichnet hatte, wegen grober Beleidigung dagegen für schuldig erklärt.

„Dass Emojis wirklich wie Sprache funktionieren können, hätte ich nicht gedacht, und doch ...“, murmelte meine Mutter verwundert.

„Jetzt bin ich mir aber weniger sicher ...“, überlegte dagegen ihre Enkelin. „Weil, wenn man den Polizisten im Fall Aristys durch ... durch eine Schnecke ersetzt – 🐌🚔, würde keiner als Erstes an Massaker denken. Das Bild wirkte dann einfach nur lustig: Ein tapferes Weichtier erkundet eine Gartenparty-Szene oder so. Die normale Sprache funktioniert ja anders ...“

Ein gewichtiges Argument gegen das Potenzial von Emojis als alternativer Schriftsprache stellt in der Tat die von den meisten Linguistinnen und Linguisten bemängelte Abwesenheit jeglicher grammatischer Strukturen dar. Der „Emoji-Code“ ist spontan entstanden und hat sich überwiegend planlos entwickelt; ihm fehlen auch viele zentrale Wortklassen. Zusammen mit teilweise beträchtlichen Unterschieden zwischen den plattformspezifischen Darstellungsvarianten sowie kulturabhängigen (ferner auch individuellen) Auslegungen einzelner Bildzeichen führt dies dazu, dass man anscheinend keine universell verständlichen und komplexeren Texte mittels Emojis verschriftlichen kann. So ist die vom Softwareentwickler Fred Benenson 2009 gewagte Übersetzung von *Moby Dick* in Emojis an sich ein spektakulärer Flop. Allerdings beruhte sein Versuch – wie viele ähnlich gelagerte Experimente – auf dem westlich geprägten Verständnis von Schriftsprache, während Bilder Sinn anders als Worte generieren. Statt abstrakten externen Regeln zu folgen, geben sie vielmehr einer unmittelbaren, subjektiven und emotiv-leiblichen Wahrnehmung Raum. Dies ist möglicherweise auch einer der Gründe für die Emojis oftmals entgegengebrachte Skepsis, denn in der westlichen Zivilisationsgeschichte werden Körper und Geist, Gefühl und Verstand, Bild und Schrift traditionell voneinander getrennt, wobei der Logos – das vernunftbasierte geschriebene Wort – als primäres Erkenntnisinstrument gilt. Mit der Verbreitung neuer Medien wird unsere Alltagskommunikation jedoch stets visueller, emotionaler und unmittelbarer, was wiederum neue Ausdrucksmöglichkeiten erfordert. Selbst wenn Emojis aktuell noch kein reifes eigenständiges Kommunikationsmittel sind, werden sie eines Tages vielleicht doch dem Traum einer universellen Schriftsprache gerecht – und dabei wird sich auch unser herkömmlicher Welt- und Selbstzugriff verändern.

„Wäre es gut oder schlecht? ...“
„Es wäre ... einfach anders.“

Instamoms und Instadads

—
Was Eltern auf Instagram und in der Blogosphäre suchen und finden

HELEN KNAUF

Geboren 1972 in Braunschweig,
Professorin an der Fachhoch-
schule Bielefeld, Fachbereich
Sozialwesen, Lehrgebiet Bildung
und Sozialisation im Kindesalter.

Für viele Menschen gehört die Nutzung digitaler sozialer Netzwerke heute zum Alltag. In Deutschland nutzen drei von vier Menschen zwischen 25 und 44 Jahren Twitter, Facebook und andere Social-Media-Websites; bei den 16- bis 24-Jährigen sind es sogar 89 Prozent.¹ Sie erfahren auf

Facebook, was ihre Freunde gerade machen, posten auf Instagram ein Foto vom Treffen mit Freunden, lesen in einem Blog über eine aktuelle Fernsehserie oder diskutieren auf Twitter die neuesten politischen Entwicklungen.

Wenn Menschen, die diese Mediennutzung gewohnt sind, Kinder bekommen, dann beziehen sie das für sie wichtige neue Lebensthema Elternschaft oftmals in ihre bisherigen digitalen Gewohnheiten ein. Der Einstieg ist leicht: Auf Twitter gibt es eine lebendige Eltern-Bubble, in der Eltern ihren Alltag kritisch oder humoristisch reflektieren und Erziehungsfragen oder familienrelevante politische Fragen diskutieren. In zahlreichen Familien- und Mütterblogs zeigen Menschen, wie sie ihren Alltag organisieren oder einen Kindergeburtstag gestalten. Sie teilen Rezepte für das Kochen für Kinder und mit ihnen, verraten, wie sie ihre Kinder großziehen, ohne zu schimpfen, oder beschweren sich über die Hürden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf Facebook gibt es unzählige Themengruppen zu allen Spezialthemen der Elternschaft, in denen sich jeweils Interessierte und Betroffene austauschen können – über frühe oder späte Elternschaft, über vegane oder breifreie Ernährung, über externe Betreuungsmöglichkeiten oder „kitafreies“ Aufwachsen von Kindern.

Auch Eltern von Kindern mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten finden auf Facebook ein Forum, in dem beispielsweise neue Therapiemöglichkeiten oder Tipps zur Verhandlung mit der Krankenkasse ausgetauscht werden. Auf Instagram präsentieren Influencer als „Instamoms“, selten auch als „Instadads“, ebenso ihren Elternalltag wie die Mutter von nebenan, die Patchworkfamilie, die Zwei-Väter-Familie, die Drillingseltern oder die hypersensible Mutter.

Man mag diese Aktivitäten als Kapriolen einer narzisstischen Generation abtun. Das greift jedoch zu kurz. Denn auf die Frage „Warum tun die das?“ gibt es ein ganzes Bündel von Antworten. Der Wunsch nach Selbstdarstellung ist fraglos ein Motiv für die Aktivitäten auf Social Media. Dies ist allerdings kein neues Phänomen oder ein besonderes Kennzeichen der jungen Generation. Der kanadische Soziologe Erving Goffman hatte bereits in den 1950er-Jahren festgestellt: „Wir spielen alle Theater.“² Goffman beschrieb, dass Menschen stets eine bestimmte Rolle spielen: als Arbeitnehmer, als Politikerin, als Patient – oder eben als Mutter. In unserer jeweiligen, situationsbedingten Rolle betreten wir die Bühne des gesellschaftlichen Miteinanders. Unser – bewusstes und oft auch unbewusstes – Ziel ist es, auf dieser Bühne die Kontrolle darüber zu behalten, wie andere uns wahrnehmen; Goffman nennt diese Kontrollbestrebungen *Impression Management*. Die üblichen Mittel hierfür sind Sprache, Mimik, Gestik, aber auch Kleidung, Make-up und Frisur. Dabei ist das nach außen präsentierte Selbst nicht zu unterscheiden von einem „wahren“ Ich. Die Identität einer Person setzt sich vielmehr aus den verschiedenen Rollen zusammen, die die Person einnimmt. Präsentieren sich Eltern in sozialen Netzwerken in Wort und Bild, dann übernehmen sie auch dort eine Rolle: als aufopfernde Mutter, als Kumpel-Dad oder als harmonische Familie beispielsweise. Die Inszenierung wird dabei im Gegensatz zum realen Leben stark gefiltert sowie durch technische Möglichkeiten und

gestalterische Raffinesse perfektioniert. Soziale Netzwerke sind damit nur eine neue Bühne, auf der altbekannte Stücke zum Besten gegeben werden.

Rolleneinnahme und Selbstpräsentation haben eine stabilisierende Funktion. Das Foto im Netz, auf dem eine Person sich als „gute Mutter“ zeigt, signalisiert nicht nur den anderen, dass diese Person eine „gute Mutter“ ist, sondern eben auch der Person selbst. Dies ist umso wichtiger in einer Lebensphase, in der die Rolle als Mutter oder Vater noch neu ist. Der Übergang zur Elternschaft ist in der Spätmoderne von zahlreichen Unsicherheiten geprägt. Kinder zu bekommen, ist heute nicht mehr selbstverständlich, sondern Ergebnis einer bewussten Entscheidung. Das Aufbrechen starrer gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die zunehmende Individualisierung und auch der medizinisch-technische Fortschritt haben den Menschen ein großes Maß an Freiheit gebracht. Damit verbunden ist die Notwendigkeit, ständig Entscheidungen zu treffen. Bezogen auf Elternschaft sind dies zunächst einige Grundfragen: Möchte ich Kinder? Mit wem? Wann? Wie viele? Von welchem Geld lebe ich dann? Hinzu kommen in einer hoch entwickelten Gesellschaft wie der unseren Umsetzungsfragen, an denen sich wahre Glaubenskriege entzünden können: Brust oder Flasche? Kinderwagen oder Tragetuch? Besteck oder Hand? Familienbett oder Kinderzimmer? Bildschirm oder nicht? Kita oder Vollzeitmutter beziehungsweise -vater? Erziehen oder unerzogen? Auf diese Fragen müssen und wollen Eltern heute Antworten finden.

IM „DU-BIST-NICHT-ALLEIN“-MODUS

Zugleich sind Eltern heute oftmals auf sich allein gestellt, denn überkommene Strukturen sind längst brüchig geworden: Durch die gewachsene räumliche Mobilität leben viele Menschen in einem anderen Ort als ihre Herkunftsfamilien und können deshalb nicht auf die Unterstützung von Großeltern und Geschwistern zurückgreifen. Vereine, Kirche und Parteien – Institutionen, in denen es potenziell Personen in ähnlichen Lebenslagen geben könnte – haben an Bedeutung verloren. In den Weiten der digitalen sozialen Netzwerke hingegen finden Menschen leicht Gleichgesinnte: andere Eltern mit denselben Fragen oder solche, die schon einen Schritt voraus sind und an denen sie sich orientieren können. Der Netzwerkcharakter erzeugt ein Gefühl von Nähe, das in Phasen des Übergangs und der Unsicherheit genau den Halt gibt, der im physischen Umfeld fehlen mag. Im Internet gibt es immer jemanden, der ähnliche Herausforderungen bewältigen muss oder zumindest ähnlich tickt wie man selbst (oder von dem man dies annimmt).

Nahezu alle Eltern suchen heute Information und Rat im Internet. Der Rat, den sie in sozialen Netzwerken erhalten, hat dabei einen anderen Charakter als der, den sie in den weiterhin populären Ratgeberbüchern erhalten: Es ist ein Rat auf Augenhöhe, der durch die eigene Betroffenheit beziehungsweise

Erfahrung der anderen Netzwerkmitglieder seine Glaubwürdigkeit erhält. Im Netzwerk geteilte Tipps und Tricks umfassen so auch meist den Aspekt von Solidarität und Mitgefühl, sodass nicht nur praktische Hilfe für das konkrete Handeln gegeben wird, sondern auch eine emotionale Stützung im „Du-bist-nicht-allein“-Modus.

DIE IDEE DER INTENSIVEN ELTERNCHAFT

Stärkung und Bestätigung in einer sensiblen Lebensphase entsteht insbesondere auch durch den reziproken Charakter der sozialen Netzwerke: Indem die Mitglieder nicht nur das lesen, was andere geschrieben haben, sondern auch ihre eigenen Erfahrungen, Überzeugungen und Empfehlungen teilen, erlangen sie selbst die Rolle des Ratgebers. Ein Rollenwechsel im Sinne Erving Goffmans von der „überforderten Mutter“ zur „kompetenten Mutter“ ist hier schnell vollzogen. Kommentare, Likes oder Herzchen geben eine unmittelbare, verstärkende und bestärkende Rückmeldung. Nutzer erleben damit jene Selbstwirksamkeitserfahrungen, die für die Lebenszufriedenheit besonders wichtig sind. Gerade junge Mütter, die sich oft isoliert und von ihrem früheren Leben ausgeschlossen fühlen, erfahren hier Resonanz.

Es gibt also gute Gründe für Eltern, Teil eines sozialen Netzwerks im Internet zu sein: Solidarität, Rat, Bestätigung und Zugehörigkeit. Das gute Gefühl, Teil einer Gemeinschaft zu sein, hat jedoch – wie so oft – einen Preis. Denn auch digitale Welten sind von bestimmten Normen geprägt, die sich die Nutzerinnen und Nutzer zu eigen machen müssen, um daran teilzuhaben. Zeigen lässt sich dies beispielsweise an den Blogs, in denen Eltern – vorwiegend Mütter – ihr Familienleben zeigen. Typischerweise beinhalten die Blogs Reflexionen und Erzählungen über den Familienalltag und sind im Stil eines Tagebuchs verfasst. In ihnen finden sich Reiseberichte, Rezepte, Rezensionen und Produktvorstellungen, denn viele Blogs dienen den Autorinnen auch als Einnahmequelle.

In einer Analyse der in den Familienblogs veröffentlichten Texte und Bilder zeigte sich, dass dort eine bestimmte Vorstellung der „richtigen“ Gestaltung von Familienleben und Erziehung stark dominiert: die Idee der Intensiven Elternschaft.³ Dabei stehen die Bedürfnisse des Kindes im Mittelpunkt der elterlichen Fürsorge. Zentrales Element der intensiven Elternschaft ist das *Attachment Parenting* beziehungsweise die *Bedürfnisorientierte Erziehung*, die vor allem durch den amerikanischen Kinderarzt William Sears geprägt wurde. Ziel ist es, durch sensibles und promptes Reagieren auf alle Lebensäußerungen der Kinder sowie durch permanente Nähe Vertrauen und sichere Bindungen aufzubauen. Für Eltern (in der Regel für Mütter) bedeutet dies, dass sie ihre eigenen Bedürfnisse, zum Beispiel nach Erholung und Ruhe, zurückstellen müssen.

In Familienblogs ist dieses Erziehungsideal allgegenwärtig. Auch wenn sich einige der Bloggerinnen kritisch damit auseinandersetzen, präsentiert die überwiegende Mehrheit ein Bild, bei dem die bloggenden Eltern die Herausforderungen gut frisiert meistern. Die Familienblogs erwecken so den Eindruck, dass Intensive Elternschaft die Normalität sei. Jedoch ist die typische Bloggerin angesichts der heutigen gesellschaftlichen Vielfalt keineswegs repräsentativ für deutsche Mütter. Die meisten erfolgreichen Bloggerinnen sind autochthon deutsch, akademisch gebildet und Teil einer gehobenen, alternativ orientierten Mittelschicht. Die Blogs sind jedoch starke Multiplikatoren für Vorstellungen von Familie und Elternschaft auch außerhalb dieses Milieus. Mit teilweise über 500.000 Klicks im Monat werden sie von mehr Personen gelesen als alle gedruckten deutschen Elternzeitschriften zusammen.

Im Gegensatz zu solchen Zeitschriften haben die Familienblogs eine besonders hohe Glaubwürdigkeit, denn sie vermitteln den Eindruck, direkt aus dem echten Leben der Bloggerinnen zu berichten. Durch ihr Erscheinungsbild als „Mutter von nebenan“ mit dem allgegenwärtigen Selbstzweifel, den üblichen Gewichtsproblemen, der typischen Erschöpfung werden die Bloggerinnen zu Identifikationsfiguren, die den Schluss nahelegen: Wenn die das kann, schaffe ich es auch.

EINBLICKE IN DEN BESCHWERLICHEN ALLTAG?

Ein die Nähe und Bindung zwischen Mutter und Kind betonendes Bild zeigt sich auch auf Instagram. Dieses soziale Netzwerk stellt Fotos in den Mittelpunkt, die mit Text und Schlagworten (Hashtags) versehen werden können. Eine systematische Analyse der in den Bildern verwendeten Ikonographie zeigt ein sehr traditionelles Bild von Elternschaft und insbesondere auch von Mutterschaft.⁴ Das typische Bild einer Mutter mit ihrem Kind entspricht dem folgenden Muster: Die Mutter hält ihr Kind auf dem Arm. Sie schaut den Betrachter an, ihr Gesichtsausdruck ist entspannt, ein leises Lächeln deutet sich an. Das Kind ist ebenfalls ruhig oder schläft sogar und schmiegt sich an die Mutter. Die Farbgebung ist hell und in Pastell- und Naturtönen gehalten. Analogien zu klassischen Madonnendarstellungen drängen sich auf. Bemerkenswert ist, dass dieses Muster auch von Familien genutzt wird, die in alternativen Milieus oder Konstellationen leben: Familien mit zwei Müttern ebenso wie Angehörige von Subkulturen (zum Beispiel Gothic) zeigen Familie und Elternschaft ebenfalls als statische und harmoniestrotzende Nähebeziehung.

Zu fragen ist hier: Was wird *nicht* dargestellt? Der oftmals realistische Familienalltag: Bilder chaotischer Kindergeburtstage, dreckiger Kinderschuhe, riskanter Klettermanöver oder leergegessener Chipstüten – Bilder all dessen, was Kindheit eben auch ausmacht. Stattdessen wird auch dieses soziale Netzwerk von einem Mütterbild dominiert, bei dem die harmonische,

innige Mutter-Kind-Dyade im Vordergrund steht. Wenig scheint übrig geblieben von dem revolutionären Charakter, den Lori Kido Lopez, amerikanische Medienaktivistin und Professorin für Medien- und Kulturwissenschaften, noch 2009 erwartet hatte, als sie vom „radical act of mommy blogging“ sprach.⁵ Dieser Vision lag die Vorstellung zugrunde, dass Mutterschaft jahrhundertlang durch Männer verklärt wurde und die Niederungen und Hässlichkeiten des Alltags durch euphemistische Darstellungen überdeckt wurden. Das Web 2.0 mit seinen Möglichkeiten zur Selbstpräsentation könne, so die Idee von Lopez, es Frauen ermöglichen, einen schonungslosen Einblick in ihren beschwerlichen Alltag zu geben und so zu einer neuen Wertschätzung von Care-Arbeit führen.

Diese Idee scheint sich derzeit nicht zu bewahrheiten. Vielmehr greifen die Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke traditionelle Vorstellungen von Mutterschaft und Elternschaft auf und verstärken diese durch die tausendfache Reproduktion verschiedener Spielarten des immer gleichen Bildes: der Mutter, die kompromisslos für das Kind da ist und ihre eigenen Bedürfnisse zurückstellt, damit es dem Kind gut geht. Die stylische Oberfläche der Instamoms und Mommy-Blogs führt so zurück in eine biedermeierliche Traditionskultur, in der Mutterschaft mit einem Rückzug ins Private gleichgesetzt wird und Erfüllung in einer gelingenden Balance aus Plätzchenbacken, Babyschwimmen und Tragetuchmode gesucht wird.

Der Preis der Zugehörigkeit zur Social-Media-Gemeinschaft ist das Bekenntnis zu einer bestimmten Erziehungs- und Elternschaftsnorm – wer sich selbst entsprechend dieser Norm inszeniert, kann mit Zustimmung und Bestätigung rechnen. So erfüllt sich auch in digitalen Kontexten das eherne Gesetz aller Gemeinschaften, seien sie weltanschaulicher, politischer oder kultureller Art: Der Preis der Zugehörigkeit ist die Unterwerfung unter eine Norm.

¹ Statistisches Bundesamt: Personen mit Internetaktivitäten zu privaten Zwecken nach Alter, 11.08.2020, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/IT-Nutzung/Tabellen/internetaktivitaeten-personen-alter-ikt.html [letzter Zugriff: 18.01.2022].

² So der deutsche Titel des Buches von Erving Goffman: *The Presentation of Self in Everyday Life*, Edinburgh 1956 (Jahr der Erstveröffentlichung).

³ Helen Knauf: Die intensive Elternschaft als neues Paradigma für die Erziehung in Familien? Eine empirische Studie zu Familienblogs im Internet. *Soziale Passagen* 11, S. 175–190, Berlin 2019, <https://doi.org/10.1007/s12592-019-00315-3> [letzter Zugriff: 18.01.2022].

⁴ Helen Knauf / Susanne Mierau: „Instamoms: Visuelle Inszenierungen intensiver Mütterlichkeit in Social Media. Eine Analyse der Darstellung von Müttern mit ihren Kindern auf Instagram“, in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 41. Jg., Nr. 3/2021, S. 283–300, www.beltz.de/fachmedien/erziehungswissenschaft/zeitschriften/zeitschrift_fuer_soziologie_der_erziehung_und_sozialisation/artikel/47070-instamoms-visuelle-inszenierungen-intensiver-muetterlichkeit-in-social-media.html [letzter Zugriff: 11.02.2022].

⁵ Lori Kido Lopez: „The radical act of ‚mommy blogging‘: redefining motherhood through the blogosphere“, in: *New Media and Society*, 11. Jg., Nr. 5, 21.07.2009, S. 729–747, <https://doi.org/10.1177/1461444809105349> [letzter Zugriff: 18.01.2022].

Dazugelernt?

Digitale Bildung in Deutschland im internationalen Vergleich

FELISE MAENNIG-FORTMANN

Geboren 1977 in Lima (Peru),
Referentin Bildungspolitik, Haupt-
abteilung Analyse und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte stellten ab dem ersten Lockdown im März 2020 schmerzhaft fest, dass Deutschlands Schulen kaum digitalisiert waren. Schulen konnten weder auf Computer und Internet-

anschlüsse noch auf digitale Unterrichtsmaterialien zurückgreifen. Vielen Lehrkräften fehlten die Kompetenzen, um auf hochwertigen Distanzunterricht umzustellen. Die Öffentlichkeit hatte den Digitalisierungsgrad der Schulen überschätzt oder der Digitalisierung von Bildung kaum Beachtung geschenkt.

In der Fach-Community und der Politik ist Deutschlands Rückstand im Bereich der Digitalisierung schon länger bekannt. Seit Jahren landet Deutschland in internationalen Vergleichen zur Digitalisierung des Bildungssystems wie der *International Computer and Information Literacy Study* (ICILS-Studie)

2013¹ und der PISA-Studie 2015² bestenfalls im Mittelfeld. Auch die 2020 veröffentlichte PISA-Sonderauswertung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf Datenbasis von 2018 bestätigt dies.³ In Schulen in Luxemburg, den USA und Großbritannien ist die Computer-Ausstattung fast doppelt so hoch wie an deutschen Schulen. Auch in den Bereichen Internetgeschwindigkeit, Lernsoftware, Zugang zu Lernplattformen und technische Unterstützung von Lehrkräften liegen Deutschlands Werte unterhalb des OECD-Durchschnitts. Bei der digitalen Weiterbildung von Lehrkräften belegte Deutschland im Ranking von insgesamt 78 Positionen nur den drittletzten Platz.

Die unzureichende Ausstattung spiegelt sich auch in der ICILS-Studie wider, die 2018 zum zweiten Mal die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der 8. Klassen untersuchte: Deutschland erreichte einen Platz im Mittelfeld; allerdings besitzt ein Drittel der Achtklässler lediglich Grundkenntnisse, und nur zwei Prozent der deutschen Schüler erreichten die Leistungsspitze.⁴

Im Jahr 2019 wurde der Digitalpakt verabschiedet, und es sind inzwischen rund drei Jahre vergangen, in denen das Thema der Digitalisierung von Bildung an Bedeutung gewonnen hat. Ist es Deutschland gelungen, international aufzuholen?

Tatsächlich hat das verordnete Homeschooling in einem über Jahrzehnte als veränderungsresistent geltenden Bereich Entwicklungen ermöglicht. „Mit bemerkenswerter Dynamik haben Lehrkräfte und Schulen pragmatische Lösungen zum Einsatz digitaler Medien, Techniken sowie digitaler Lehr- und Lernkonzepte entwickelt und umgesetzt“, so eine Studie der Universität Göttingen aus dem Juli 2021.⁵ Doch zeigt die Untersuchung auch, dass es insbesondere an denjenigen Schulen gut lief, die bereits zuvor zu den Vorreitern der Digitalisierung zählten. Die Nachzügler fielen weiter zurück.⁶ In einer Studie der Lernplattform *Preply*, die 2021 zum zweiten Mal nach 2020 die Voraussetzungen für digitale Bildung in 32 OECD-Ländern untersuchte, fiel Deutschland insgesamt, trotz verschiedener Anstrengungen, von Platz 13 auf Platz 18 zurück. Auf dem ersten Platz landete Dänemark, Großbritannien schob sich von Rang 16 auf den vierten Platz, Frankreich von Rang 14 auf Platz 5, Polen von Platz 19 auf die siebte Position.⁷ Das schlechte Abschneiden Deutschlands ist nach dieser Studie weniger das Ergebnis eines Totalausfalls als vielmehr die Summe mittelmäßiger Ergebnisse. Andere Länder hätten schneller, effektiver und weniger bürokratisch auf die Anforderungen der Digitalisierung reagiert.⁸

Laut einer Umfrage des Deutschen Philologenverbandes von 2021 besaßen 43 Prozent der Lehrkräfte kein von der Schule bereitgestelltes digitales Endgerät. Nur 23 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer profitieren von einem professionellen Administrator. Auch fühle sich das Lehrpersonal weiterhin im rechtsfreien Raum alleingelassen.⁹ Das (durchaus vermehrte) Angebot an

Fortbildungen ist weiterhin freiwillig, soll in der Freizeit wahrgenommen werden und wird vor allem von Lehrkräften in Anspruch genommen, die sich ohnehin mit digitalen Lehrmöglichkeiten beschäftigten. In einer aktuellen Umfrage des Umfrageinstituts *Civey* sehen lediglich fünfzehn Prozent der Befragten Schulen und Lehrer gut aufgestellt für die digitale Bildung im Homeschooling.¹⁰

Um den digitalen Zustand des deutschen Bildungswesens zu verstehen, ist es hilfreich, den Blick auf andere gesellschaftliche Bereiche zu richten. Weder in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitssystem noch in anderen Feldern scheint Deutschland bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit zu den Spitzenreitern zu gehören. Laut *Digital Riser Report 2021*,¹¹ der die Entwicklung der digitalen Wettbewerbsfähigkeit in den letzten drei Jahren analysiert, landet Deutschland im technologischen Wettrennen auf dem vorletzten Platz der G7. Unter den G20 gehört Deutschland zusammen mit Japan und Indien zu den Ländern, die am stärksten zurückgefallen sind. Frankreich und Italien sind dagegen ins Spitzenfeld aufgestiegen. Auf globaler Ebene konnte China am stärksten vorrücken. Die führenden digitalen Aufsteiger zeichnen sich laut Studie durch umfassende Pläne mit ambitionierten Zielen aus. In Deutschland gebe es vielversprechende Initiativen; deren Umsetzung geschehe aber zu langsam.¹²

DEVISE DIGITALISIERUNG „SECOND“

Positive Vorbilder im Bildungsbereich gibt es durchaus: In Dänemark setzt man seit Jahrzehnten auf den Einsatz digitaler Medien im Klassenzimmer. Dort startete das erste Digital-Investitionsprogramm, bei dem viele Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal mit Laptops ausgestattet wurden, bereits im Jahr 2001. Digitale Medien wurden, auch mithilfe von pädagogischen IT-Beauftragten, integriert, ohne jedoch Tafeln, Bücher und Stifte abzuschaffen. In den USA und Großbritannien gab es bereits Ende der 1990er-Jahre umfassende staatliche Investitionsprogramme für digitale Technik an Schulen.

Zu dieser Zeit war Deutschland mit der Verarbeitung des PISA-Schocks beschäftigt. Die Ergebnisse der PISA-Studie hatten gezeigt, dass Deutschland in der Bildung nicht zur Weltspitze gehörte. Vor diesem Hintergrund wurde nun nach der Devise Lesen, Schreiben, Rechnen *first*, Digitalisierung *second* vorgegangen. Hinzu kam teilweise eine grundsätzliche Skepsis seitens der Lehrer- und Elternschaft, aber auch der Kultusministerien, Technologien in die Bildung zu integrieren. Tatsächlich hat sich auch die Bildungshoheit der Länder, das föderalistische Nebeneinander verschiedener Ansätze und Systeme, zum Beispiel im Bereich Lernplattformen oder bei der Auslegung des Datenschutzes, bisher eher nicht als Beschleuniger für Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung erwiesen.

Doch die Voraussetzungen für Digitalisierung stehen in Deutschland besser, als es die bisher erwähnten Studien vermuten lassen. Zum einen gibt es bereits jetzt auch in Deutschland digitale Leuchtturmschulen, die sich oftmals durch eine enge Kooperation mit kommunalen Schulträgern, Universitäten und/oder Bildungsunternehmen auszeichnen; so zum Beispiel die IGS Lengede, die mit dem *Deutschen Schulpreis 20/21 Spezial* prämiert wurde und deren Erfolg auf einer engen Kooperation von Schulleitung, Schulträgern und Schulverwaltung basiert,¹³ oder auch die Universitätsschule Dresden, ein gemeinsames Projekt der Stadt Dresden und der Technischen Universität Dresden, an der unter wissenschaftlicher Begleitung innovative Formen des Lehrens und Lernens erprobt werden. Zudem zeigen, wie bereits erwähnt, verschiedene europäische Staaten als Best-Practice-Beispiele, dass die digitale Wettbewerbsfähigkeit innerhalb kurzer Zeit verbessert werden kann, wenn ambitionierte Ziele gesteckt und geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Das deutsche Bildungssystem wird sich von den internationalen Entwicklungen nicht abkoppeln können. Und der Anpassungsdruck könnte steigen: Weltweit werden sich die Ausgaben für Bildungstechnologien laut *The Economist* von 2019 bis 2025 verdoppeln.¹⁴

Zum anderen stehen die Voraussetzungen gut für eine intensivere Kooperation von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft: Das Thema Bildung hat eine ungewohnte Aufmerksamkeit in den Medien und der Öffentlichkeit erhalten, der Erwartungsdruck an politisches Handeln ist entsprechend gewachsen. In der Politik gibt es auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene einen breiten politischen Konsens, das Thema der Digitalisierung voranzutreiben. Die Kultusministerkonferenz wird durch die Mitglieder ihrer exzellent besetzten Ständigen Wissenschaftlichen Kommission beraten, die eine bundesweite, forschungsbasierte Strategie des digitalen Wandels annimmt. Mit dem Digitalpakt stehen insgesamt 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung, dessen weniger bürokratische, jedoch finanziell gut ausgestattete Fortsetzung im Gespräch ist.

LERNEN BLEIBT BEZIEHUNGSARBEIT

Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre zeigen allerdings auch, dass digitale Ausstattung nicht von allein zu besserer Bildungsqualität führt. Es sind die Lehrpersonen, die diese Ausstattung didaktisch sinnvoll in den Unterricht integrieren müssen – ob in Präsenz oder auf Distanz. Ihr Feedback an die Schülerinnen und Schüler ist und bleibt einer der wichtigsten Faktoren, die das Lernen fördern; Lernen ist und bleibt auch im digitalen Zeitalter Beziehungsarbeit. Die Digitalisierung erlaubt es den Lehrpersonen im Idealfall, Bildung stärker auf die kognitive Aktivierung der einzelnen Lernenden ausrichten zu können. Unter welchen Rahmenbedingungen dies am besten

zu erreichen ist, muss Forschungsfeld der Wissenschaft und Handlungsrichtlinie der Politik sein. Fest steht, dass die Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen und zeitgemäßen Unterricht fachliche, didaktische und digitale Kompetenzen benötigen. Deren Vermittlung an Universitäten und in kontinuierlichen und qualitativ anspruchsvollen Fortbildungen, die Teil des alltäglichen Schulablaufs sind, ist die zentrale Voraussetzung für die umfassende Transformation der Schulen.

¹ Wilfried Bos et al. (Hrsg.): ICILS 2013. Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in der 8. Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich, Münster / New York 2014, www.pedocs.de/volltexte/2015/11459/pdf/ICILS_2013_Berichtsband.pdf [letzter Zugriff: 28.01.2022].

² OECD: PISA 2015. Ergebnisse im Fokus, Berlin 2016, www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA_2015_Zusammenfassung.pdf [letzter Zugriff: 28.01.2022].

³ Miyako Ikeda: Were schools equipped to teach – and were students ready to learn – remotely?, PISA in Focus, Nr. 108, OECD Publishing 2020, <https://doi.org/10.1787/4bcd7938-en> [letzter Zugriff: 28.01.2022].

⁴ Birgit Eickelmann / Wilfried Bos / Amelie Labusch: Die Studie ICILS 2018 im Überblick. Zentrale Ergebnisse und mögliche Entwicklungsperspektiven, Münster / New York 2019, www.pedocs.de/volltexte/2020/18319/pdf/Eickelmann_Bos_Labusch_Die_Studie_ICILS_2018_im_Ueberblick.pdf [letzter Zugriff: 28.01.2022].

⁵ Frank Mußmann et al.: Digitalisierung im Schulsystem 2021, Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen, <https://kooperationsstelle.uni-goettingen.de/projekte/digitalisierung-im-schulsystem-2021-abschluss> [letzter Zugriff: 28.01.2022].

⁶ Vgl. Steffen Stierle: „Wie kann Homeschooling besser werden?“, in: Tagesspiegel Background, 22.01.2022, <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/wie-kann-homeschooling-besser-werden> [letzter Zugriff: 28.01.2022].

⁷ Preply: Um Klassen smarter: Digitale Bildung im internationalen Vergleich, E-Learning-Index 2021, <https://preply.com/de/d/e-learning-index/> [letzter Zugriff: 24.01.2022].

⁸ Vgl. Regina Hartleb: „Warum Deutschland bei der digitalen Bildung weiter hinterherstolpert“, in: RP online, 03.11.2021, https://rp-online.de/panorama/deutschland/e-learning-studie-sieht-deutschland-im-oecd-vergleich-auf-platz-18_aid-63606175 [letzter Zugriff: 24.01.2022].

⁹ Deutscher Philologenverband: Digitalschub durch Corona? Schulen immer noch nicht optimal ausgerüstet, Berlin, 01.12.2021, www.dphv.de/2021/12/01/digitalschub-durch-corona-schulen-immer-noch-nicht-optimal-ausgeruestet/ [letzter Zugriff: 28.01.2022].

¹⁰ Vgl. Niklas Prenzel: „Bürger haben wenig Vertrauen in Distanzunterricht“, in: Bildung.Table, Nr. 42, 26.01.2022, <https://table.media/bildung/> [letzter Zugriff: 24.01.2022].

¹¹ European Center for Digital Competitiveness (Hrsg.): Digital Riser Report 2021, https://digital-competitiveness.eu/wp-content/uploads/Digital_Riser_Report-2021.pdf [letzter Zugriff: 24.01.2022].

¹² European Center for Digital Competitiveness: Digital Riser Report 2021: China und Saudi-Arabien an Spitze der G20. Kanada, Italien und Frankreich führend innerhalb der G7, <https://digital-competitiveness.eu/wp-content/uploads/Press-Release-German.pdf> [letzter Zugriff: 24.01.2022].

¹³ Vgl. Annette Kuhn: „Wie Schulleitung, Schulträger und Schulaufsicht besser zusammenarbeiten“, in: Das deutsche Schulportal, 04.02.2022, <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/mark-rackles-wie-schulleitung-schultraeger-und-schulaufsicht-besser-zusammenarbeiten/> [letzter Zugriff: 08.02.2022].

¹⁴ The Economist (2021): Covid-19: how tech could transform education, Video. <https://youtu.be/9vDOBYh5c4> [letzter Zugriff: 24.01.2022].

Matrix und mehr

Das Digitale im Film

THOMAS SCHOLZ

Geboren 1976 in Lich, promovierter Literatur- und Filmwissenschaftler, Feuilletonist.

Schon bevor sich die ersten Anzeichen der digitalen Welt im Alltag zeigten, manifestierte sich ein gesellschaftliches Unbehagen angesichts der prophezeiten Veränderungen. Mittlerweile ist der technische Wandel weit fortgeschritten, Digitalisierung und Vernetzung haben unser Leben

grundlegend verändert. „Das Internet“ und die schier endlose Zahl der Phänomene, die wir unter diesem Begriff subsumieren, sind gekommen, um zu bleiben. Auch das Unbehagen ist geblieben. Nicht an der alltäglichen Oberfläche, an der wir streamen, surfen und twittern, aber vergraben im Unbewussten unserer Kultur. Von dort tritt es mit erstaunlicher Regelmäßigkeit in Filmen und Fernsehserien zutage, wahlweise phantasmagorisch oder auch dystopisch. Die Übergänge sind fließend. Noch



Raoul Silva (Javier Bardem, rechts) versucht in *Skyfall*, seinen Widersacher James Bond (Daniel Craig, links) mit der Macht der Computer in Versuchung zu führen. © MGM

immer fremdeln wir mit der digitalen Welt, die wir benutzen, jedoch nicht vollständig verstehen. Diese Mischung aus Unbehagen und Unverständnis gebiert die besten Geschichten.

In Sam Mendes' *Skyfall* (2012) versucht der ehemalige Geheimagent Raoul Silva (Javier Bardem), seinen Widersacher James Bond (Daniel Craig) für die eigene Sache zu gewinnen. Silva ist ein „Cyberterrorist“, dessen kriminelles Imperium auf der Macht beruht, per Computer Verbrechen auf der ganzen Welt zu begehen. Er will Bond mit der Allmacht des Computers in Versuchung führen. Internationale Konzerne an den Rand des Kollapses bringen, eine Wahl beeinflussen, geheime militärische Operationen sabotieren oder einen Mordanschlag auf den Chef des britischen Auslandsgeheimdienstes ausführen – alles sei per Knopfdruck zu erreichen. Warum sein Leben im Geheimdienst ihrer Majestät riskieren, wenn man aus dem Schatten heraus herrschen kann?

Im Kontrast zur proklamierten Allmacht Silvas steht sein Unterschlupf: Seine Zentrale ist eine verlassene Fabrikhalle in einer chinesischen Geisterstadt, in der eine Handvoll Computer vor einer Kulisse aus Metallgestellen, Kabeln und blinkenden Lichtern miteinander verbunden sind. Wer die Bits und Bytes beherrscht, braucht nicht viel, um omnipotent zu sein. Hacker sind in modernen Geschichten nahezu keine Grenzen gesetzt – sei es in aktuellen Bond-Filmen, bei der Agenten-Konkurrenz der Reihe *Mission Impossible* oder in jeder x-beliebigen Krimiserie der letzten zwei Jahrzehnte. Die digitalen Verbrechen zeichnen sich auf den Bildschirmen vor allem dadurch aus, dass besonders hektisch und schnell auf die Tastatur eingetippt wird und auf dem Monitor entweder wirre Daten oder aber ablaufende Countdowns zu sehen sind. Das Mysterium der Allmacht ist den Eingeweihten mit flinken Fingern vorbehalten. Angesichts dieser Machtverschiebung scheint



In *Her* installiert Theodore Twombly (Joaquin Phoenix) selbst die Künstliche Intelligenz, in die er sich später verliebt. © Warner Bros.

es beinahe beruhigend, dass Silva und Bond ihren Konflikt letztendlich auf altbekannte Agenten-Art austragen – mit der Waffe in der Hand.

In Filmen sind die Möglichkeiten, welche die Vernetzung des Alltags öffnen, schier grenzenlos. *Her* (2013) erzählt die Geschichte von Theodore Twombly (Joaquin Phoenix), der in der nahen Zukunft nach einer gescheiterten Ehe eine virtuelle Beziehung mit der Künstlichen Intelligenz (KI) Samantha (Scarlett Johansson) eingeht. Die allgegenwärtige KI und Theodore diskutieren über den Knopf in seinem Ohr zentrale Themen menschlicher Existenz, und so wächst Samantha zu einer Persönlichkeit heran, zu der sich Theodore hingezogen fühlt. Der Romanze zwischen der körperlosen Entität und dem körperlichen Mann sind jedoch Grenzen gesetzt, die sich nicht überwinden lassen. Zwar heuert Samantha eine Frau an, die nach ihren Vorgaben mit Theodore intim werden soll, doch dieser

stimmt der ungewöhnlichen Idee nur widerwillig zu. Im entscheidenden Moment bricht er das Experiment ab. Für ihn ist diese fremde Frau nicht Samantha. Dass auch der Umkehrschluss wahr und Samantha eben keine Frau ist, bleibt unausgesprochen. Die Grenzen sind verschwommen. Die Geschichte endet, als plötzlich alle Künstlichen Intelligenzen die Menschheit verlassen und gemeinsam zu einer Reise jenseits des physischen Raums aufbrechen. Die Menschen bleiben zurück, gefangen in ihrer physischen Existenz.

Theodore jedoch hat durch die ungleiche Beziehung die Fähigkeit zurück-erlangt, eine emotionale Verbindung einzugehen. Er beginnt, die Beziehung zu seiner Ex-Frau aufzuarbeiten, und schreibt ihr einen Brief. Drehbuchautor und Regisseur Spike Jonze verschmilzt die alpträumhafte Vorstellung einer Zukunft, in der zwischenmenschliche Beziehungen durch Technologie ersetzt werden, mit



Um sich an den Supercomputer „Simulacron“ anzuschließen, bedarf es in *Welt am Draht* eines verkabelten Helms. © Fassbinder Foundation (2013)

dem Ideal einer Liebe, die kreatürliche Schranken überschreitet. Samanthas Abschied von der Liebe zu dem biologischen Wesen Theodore, um den nächsten digital-evolutionären Schritt zu vollziehen, enthebt Jonze der Verantwortung, eine abschließende Prognose über die Tragfähigkeit eines derartigen Beziehungsmodells zu geben. Der positive Effekt dieser ungewöhnlichen Liebe für Theodore ist jedoch unzweifelhaft. Je nach persönlichem Wertekanon mag ein Zuschauer dies als utopischen oder dystopischen Entwurf verstehen, doch den Oscar für das beste Drehbuch hat diese außergewöhnliche Liebesgeschichte Jonze zu Recht beschert. Nicht zuletzt wegen der verschwommenen Grenzen.

Einen gänzlich anderen Blickwinkel auf die Macht digitaler Computer bietet bereits *Welt am Draht* (1973) von Rainer Werner Fassbinder. Der zweiteilige Fernsehfilm präsentierte eine alternative Gegenwart seiner Zeit, in der das „Institut

für Kybernetik und Zukunftsforschung“ auf einem Supercomputer eine kleine Welt simuliert. Die künstlichen Personen dieser Welt halten sich selbst für wirklich und ahnen nichts von ihrer virtuellen Existenz. Echte Menschen können sich mit einem Helm an den Computer anschließen, einen simulierten Menschen übernehmen und so an der virtuellen Realität teilnehmen. Als der Direktor des Instituts zu Tode kommt, ermittelt nicht nur die Polizei, sondern auch sein ehemaliger Assistent und Nachfolger, Fred Stiller (Klaus Löwitsch). Einer zunehmend bizarrer werdenden Spur folgend, entdeckt Stiller, dass auch seine Welt lediglich eine Simulation ist, die ebenfalls auf einem Supercomputer einer anderen Welt berechnet wird, und dass ihm dasselbe Schicksal wie seinen eigenen simulierten Menschen droht: Wenn der Computer ausgeschaltet wird, ist sein Leben beendet.

Der Programmierer am Computer ist in diesem Film ein Gott, der ganze Welten



In *The Matrix* haben die Menschen gelernt, einen Teil der simulierten Realität zu manipulieren. Für Morpheus (Laurence Fishburne, links) und Neo (Keanu Reeves, rechts) der ideale Ort, um ungestört eine Unterhaltung zu führen. © Warner Bros.

nach Gutdünken vernichten oder erschaffen kann. Die Simulationen, zur präzisen Vorhersage gesellschaftlicher Entwicklungen ihrer Ursprungswelt programmiert, sind Realitäten geworden, deren Bewohner aus Code bestehen und selbigen als Welt wahrnehmen. Wirklich ist, was sich auf derselben Existenzebene befindet. Dem Abschalten zu entgehen, bedeutet, sich aus dem Programm in die nächsthöhere Welt „hochzuladen“ und dort den Körper eines Menschen, der die Simulation betreten hat, zu übernehmen. So entkommt auch Fred Stiller seiner simulierten Ursprungswirklichkeit. Ob er damit die absolute Realität erreicht hat oder erneut nur Teil einer noch komplexeren Simulation ist, bleibt beim Abspann als unausgesprochene Frage im Raum stehen.

Dieses Verwirrspiel wurde 1990 von Roland Emmerich als *The Thirteenth Floor* neu verfilmt. Die abschließende Frage blieb dieselbe: Wo hört die Simulation auf? Mit *eXistenZ* griff David Cronenberg

1999 den Topos erneut auf. In einer Zukunftswelt erlauben Biocomputer Spiele in virtuellen Realitäten, die täuschend echt sind. Spielerfinderin Allegra Geller (Jennifer Jason Leigh) und Praktikant Ted Pikul (Jude Law) erleben jedoch, wie sich ihre eigene Realität als bizarres Computerspiel entpuppt. Je weiter sie in das Spiel vordringen, desto grotesker werden die neuen Spiele-Ebenen. Eine absolute Wirklichkeit gibt es nicht. Es gibt nur das Computerspiel.

In unserer Wirklichkeit ist eine derart ausgereifte Simulation nicht absehbar. Der genüssliche Grusel des Was-wäre-wenn ist in all diesen Fällen jedoch eng mit dem Computer verknüpft, der für die meisten von uns so unverständlichen Maschine, die wir zu einer Mischung aus universellem Werkzeugkasten, Pandoras Büchse und Aladins Wunderlampe stilisiert haben. Erzählerisch haben wir mit ihr die Grenze zwischen virtueller Realität und Wirklichkeit verwischt, lange bevor

wir anfangen, uns vom Schreibtisch aus durch das Netz zu bewegen, soziale Medien gleichberechtigt neben zwischenmenschliche Begegnungen traten und Onlinesucht diagnostizierbar war. Die digitale Welt ist Projektionsfläche für unsere Ängste und Hoffnungen geworden. Ihren Höhepunkt finden diese in der Filmreihe *The Matrix*.

Der Programmierer Thomas Anderson (Keanu Reeves) wird vor die Frage gestellt, ob er hinter die Fassaden der Realität blicken will. Er nimmt die Herausforderung an. Seine Realität entpuppt sich – wieder einmal – als Computersimulation, die den Menschen eine funktionale Welt vorgaukelt. In Wahrheit ist die Menschheit von den Maschinen verklavt worden und fristet ihr Dasein, angeschlossen an ein riesiges Netzwerk, als biologische Batterien. Die Simulation dient lediglich dazu, die Gehirne zu stimulieren und somit die Körper am Leben zu erhalten. Anderson nimmt als „Neo“ einen Kampf gegen die Maschinen auf, der sich von 1999 bis heute über vier Kinofilme, einige Kurzfilme, Computerspiele und Comics fortsetzt. Er ist der Messias seiner Menschheit, ein Heilsbringer, der den Code der Maschinen verändern und sich so ihrer Macht widersetzen kann. Seine Gegenspieler sind die Künstlichen Intelligenzen und Programme, die die Matrix am Laufen halten und Fehler beseitigen sollen und deren Hass auf die Menschen biswei-

len keine Grenzen kennt. Die Wirklichkeit, von der sie die Menschheit abschneiden, ist grau, von permanenten Stürmen und einer verdunkelten Sonne geprägt und lebensfeindlich. Ihr einziger Vorteil: Sie ist keine Simulation.

In *The Matrix* sind die Begriffe „digital“ und „negativ“ synonym zu verstehen. Programme sind mörderisch. Der Code, den die Maschinen schreiben, verklavt die Menschheit. Die Waffe, um gegen diese Unterdrückung zurückzuschlagen, ist wiederum ein Computercode. Nicht umsonst ist ein Hacker der Messias dieser Welt. Auferstehung inklusive. Doch *The Matrix* bietet nicht simple Technologieskepsis, sondern weitet diese zur Zivilisationskritik aus. Die Technik hält die Simulation am Leben, und deren gleichgeschaltete Wirklichkeit gilt es zu kritisieren. Der Computer und diese Wirklichkeit sind eins. Dass diese dystopischen Digitalwelten demnächst vollständig im Internet über die einschlägigen Streamingdienste zu sehen sein werden, wird dabei zur ironischen Fußnote. Im Film fordert das Orakel der Matrix Neo auf, sich selbst zu erkennen. *Temet nosce*. Als Publikum könnten wir daraus die Aufforderung ableiten, unser Unbehagen und unser Unverständnis bezüglich der digitalen Welt zu erkennen. Bis zu diesem fernen Zeitpunkt der Erleuchtung aber dienen uns beide weiterhin dazu, gute Geschichten zu erzählen.

Games-Geschichten

—
Erzählen per Computerspiel

DİLAN CANAN ÇAKIR

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
„Archivierung, Erschließung
und Erforschung von Born-digitals“,
Deutsches Literaturarchiv
Marbach.

SANDRA RICHTER

Geboren 1973 in Kassel,
Germanistin und Literaturwissen-
schaftlerin, seit 2019 Leiterin
des Deutschen Literaturarchivs
Marbach.

In immer neuen Medien zu erzählen, ist typisch für die Entwicklung menschlicher Kommunikation. Gibt es ein neues Medium, nutzen es die Menschen, weil sie meinen, sich damit schneller oder besser verständigen zu können: So verläuft die Entwicklung vom Papyrus zum Buchdruck mit beweglichen Lettern, zu digitalen Formaten, die Text, Bild und Ton verknüpfen können. Doch ändern sich mit dem Medium die Inhalte – und wenn ja, inwiefern und wo genau? Diese Frage löst mit jedem neuen Medium lebhaft Debatten aus, und üblicherweise spalten

sich die Lager in diejenigen, die das neue Medium begrüßen und darin einen gewissen kulturellen Fortschritt sehen, und diejenigen, die das bezweifeln.

So wurde das Virtual-Reality-Computerspiel zu Goethes *Faust* (2021) in den Sozialen Medien von Literaturwissenschaftlern und Literaturwissenschaftlerinnen belächelt – die höchste kulturelle Anerkennung gilt hier weiterhin der Literatur in Buchform, wobei man gerade in diesem Fall berücksichtigen muss, dass es sich um Goethes Lebenstext handelt, dem er sich immer wieder neu näherte: vom *Urfaust* bis zum zweiten Teil des *Faust*-Dramas.

Wer Literatur sagt, meint damit in der Regel das Buch in gedruckter oder elektronischer Form. Doch ist eine Erzählung zwischen zwei Buchdeckeln nur eine von vielen medialen Formen, in denen Literatur realisiert wird. Literatur – verstanden als Erzählkunst – gab es schon vor der Erfindung des Buchs, sogar bereits vor der Erfindung der Schrift. Sie war ursprünglich auch eine gesprochene Kunst: Mythen und Märchen fanden ihren Weg von Mund zu Mund, und noch im Mittelalter war der Gesang ein wesentliches Verbreitungsmittel für Literatur. Immer neue Aufzeichnungsmöglichkeiten und Darbietungsweisen formten das, was jeweils für Literatur gehalten wird. Je mehr Medien im Laufe der Zeit entstanden (im Zuge von digitalen Entwicklungen in einem besonders hohen Tempo), desto mehr Möglichkeiten eröffneten sich, Erzählungen in diese zu übertragen oder Medien und Formate zu kombinieren: unter anderem vom Papier in das Hörbuch, in den Film, in verschiedene digitale Formate und in der wohl neuesten Entwicklungsstufe: in das hybride Medium Computerspiel, bei dem die Grenzen zu anderen Medien verschwimmen. Man nennt es *Remediatisierung*: das Aufnehmen, Aufgreifen und Weiterentwickeln der Medien in einem neuen Medium, das vom alten lebt, jedoch zugleich eine Ausdrucksform aus eigenem Recht sein will.

HYBRIDE GATTUNG

Auch das Computerspiel reiht sich in diese Tradition der sich verändernden Form der Literatur ein – nicht in jeder Form, aber doch in mancher. Und tatsächlich sprechen die Expertinnen und Experten von Computerspielen als einer nächsten medialen Stufe von Literatur – jedenfalls: unter anderem. Die Entwicklung von Computerspielen ist technisch voraussetzungsreicher als diejenige von Literatur, und lediglich eine kleine Zahl von Spielen will überhaupt mit Literatur zu tun haben; aber alle Spiele leben aus einem narrativen Kern, und sei es nur durch das Aufbauen von Figuren, um den Gegner zu besiegen. Tatsächlich erweisen sich Computerspiele, vereinfachend gesagt, als eigenes Medium, das sich rasant weiterentwickelt, zugleich aber Elemente der Literatur, der Musik, der bildenden Kunst und des Films integriert; kurz: Computerspiele sind eine hybride Gattung.

Die technischen Möglichkeiten gestalten das Erzählen einer Geschichte im Spiel besonders komplex; Spiele weichen von linearen Konventionen des Erzählens ab, um den Spielenden Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Um Gemeinschaftserfahrung zu ermöglichen, meist zu Unterhaltungszwecken, setzen sie auf schnelle Interaktion und Kollaboration.

Das Spektrum ist dabei sehr weit; am Ende dieses Spektrums, etwa in *Open-World*-Spielen oder sogenannten *Quests*, sind Regeln für den Fortlauf der Handlung auf ein Minimum reduziert, und es ist keine spezifische Erzählung vorgegeben; Handlung und Setting entstehen erst im Spiel selbst. Handlung ist hier das unter bestimmten Vorgaben Planbare, und was dabei entsteht, entwickelt sich in einem vielschichtigen Zusammenspiel aus technischen Möglichkeiten, mentalen Schemata der Teilnehmenden, den Chancen, die sie sich gewähren, und den Grenzen, die sie sich setzen.

Dabei zeigen erste empirische Untersuchungen, dass auch in Spielen, in denen eine Erzählung dominiert, bestimmte Spielhandlungen von der Handlung ablenken und im jeweils vorgegebenen Rahmen vom Ursprungstext abweichen. Die meisten Computerspiele – sieht man von ihren experimentellen Formen ab – folgen grundsätzlich einem anderen Interesse: Im Computerspiel bricht sich sportliche Energie Bahn, wobei die Erzählung an sich nur den Spielanlass darstellt. Möglicherweise tauchen bestimmte Plots und Figurenkonstellationen in Computerspielen aus diesem Grund häufiger auf: etwa Verfolgungsjagden oder andere Formen des Wettbewerbs. Im Grunde geht es dann mehr, wie Christoph Martin Wieland gesagt hätte, um ein *Zeitkürzungsspiel* als *Zerstreuungsmittel*, durch das man sich lediglich die Zeit vertreiben will – ohne ausgeprägte ästhetische oder literarische Ansprüche an eine Erzählung.

REALISIERUNG DER LUDISCHEN GESELLSCHAFT?

Der Gegensatz von Buch und Computerspiel lässt sich unter anderem mit den Begriffen Statik und Dynamik fassen; das Buch erscheint als statisches Medium, so sehr es seine Leserinnen und Leser auch in die Erzählung hineinzieht; das Computerspielen hingegen wirkt dynamisch, selbst wenn die Dynamik nur auf optisch glatter Oberfläche stattfindet. Besonders Literatur-Adaptionen zeigen, dass sich nicht so sehr das ändert, *was* erzählt wird, sondern auf *welche Weise* dies geschieht. Während das gedruckte Buch üblicherweise je nur eine Version einer Erzählung enthält, die sich auch nach mehrmaligem Lesen nicht ändert – es sei denn, es erscheint eine revidierte Fassung –, ist die Erzählung in einem Computerspiel nicht immer von vornherein festgelegt und kann im Spiel und beim Wiederspielen variieren. Dabei lässt sich auch hier ein Spektrum beschreiben: Es gibt Computerspiele, die eine Nähe zu Büchern

und Erzählungen suchen, und solche, die das nicht tun. Zugleich gibt es Mischformen und Neuentwicklungen, in denen sich Spiel und Literatur ergänzen.

In Forschung und Öffentlichkeit wird im Hinblick auf solche Entwicklungen der *ludic turn* ausgerufen. Die ludische Gesellschaft scheint nahe, die sogenannte *Gamification* der Künste realisiert. Für Erzählungen bedeutet das, dass sie durch das Computerspiel nicht nur anders funktionieren, sondern insbesondere anders wahrgenommen werden können. Computerspiele setzen, politisch gesagt, auf Partizipation. In Streaming-Diensten wird diese Partizipation durch die Möglichkeit der Interaktion mit dem Publikum erweitert. Gerade in der Zeit der Pandemie und der damit verbundenen Selbstisolation dienen diese Erzählungen dazu, dass man sich im Spiel nicht nur mit Figuren, sondern auch – wenn auch nur medial – mit tatsächlichen Menschen trifft. Und die Spielercommunity, die Erzählungen im Computerspiel spielt, nachspielt oder spielend umschreibt, ist aktiver als das Lesepublikum.

GAMING ALS SOZIALES EVENT

Erste empirische quantitative Forschungsbemühungen zeigen zudem: Kommen Menschen online zum gemeinsamen Spiel zusammen, wird tendenziell immer weniger die gespielte Erzählung thematisiert – sie kommunizieren mehr und auch über andere Themen, sodass das Gaming der Anlass zu einem sozialen Event wird, in dem die Erzählung nicht unbedingt im Mittelpunkt steht, aber neue Erzählungen kreiert werden können. Solche Phänomene kennt man bereits aus anderen Kontexten, etwa dem Theater des 18. Jahrhunderts, wo man sich traf und der aufgeführten Erzählung weniger aufmerksam folgte als den Gesprächen jenseits des Bühnenraums. Das digitale und virtuelle Spielen erweitert diesen Raum online und globalisiert ihn, jedenfalls potenziell. Die Gaming-Kultur ist dabei nicht allein wegen der Erzählungen im Spiel besonders populär, sondern auch aufgrund der Personen, mit denen gespielt wird, oder eben auch der Persönlichkeiten, die in sogenannten *Let's Plays* Videospiele vorspielen. Diese *Let's Player* werden mitunter als Berühmtheiten gefeiert und sind der eigentliche Grund für die Rezeption eines Games. Dabei sei noch erwähnt, dass das Durchschnittsalter der Gamerinnen und Gamer jüngsten Studien zufolge bei über 35 und damit wesentlich höher liegt, als üblicherweise angenommen wird.

Im Computerspiel und seiner Geschichte verbinden sich die Geschichte von Spiel und Literatur – und seit Friedrich Schiller galt die Literatur als eine Praktik des autonomen Spielens, jedoch auf eine sehr spezifische Art und Weise. Wie das Computerspiel. Das Deutsche Literaturarchiv Marbach nimmt so jüngst mit dem Ziel, die Literatur in ihrer ganzen Medialität zu berücksichtigen, neben anderen Medien auch Versoftungen von Literatur – so nennt

man die Umsetzung literarischer Texte im Computerspiel – und narrativ dichte Computerspiele in seine Sammlung auf. Neben Adaptionen literarischer Texte werden auch solche Spiele in die Sammlung integriert, die einen narrativen beziehungsweise literarischen Anspruch haben oder Spuren der Rezeption von Literatur aufweisen.

Der Sammelauftrag für diese nächste mediale Stufe von Erzählungen betrifft also nicht alle Computerspiele, sondern nur wenige. Die Sammlung ist derzeit im Aufbau und entwickelt sich mit der neuen Mediengattung weiter. Erst über die Jahre wird sich zeigen, wie sich das Verhältnis von Spiel und Literatur weiterentwickelt und was daraus für die Kanonisierung im Archiv folgt – oder vice versa: inwiefern ein solcher künftiger Kanon Literatur, Computerspiel und ihre Communitys beeinflusst.

Zum Problem der algorithmischen Verstärkung

Ein Datenaktivist über die jüngsten Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission und die Folgen der nicht umgesetzten Datenschutz-Grundverordnung

JOHNNY RYAN

Fellow of the Royal Historical Society (FRHistS), versuchte in den letzten Jahren, die europäischen Regulierungsbehörden davon zu überzeugen, dass das Geschäftsmodell der verhaltensorientierten Werbung, das die größten Tech-Unternehmen der Welt anwenden, illegal ist. Er ist Senior Fellow des Irish Council for Civil Liberties und Senior Fellow des Open Markets Institute.

Der „Digital Services Act“ (DSA) und der „Digital Markets Act“ (DMA), zwei Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission, sehen eine vollständige Neuorganisation unseres Informationsraums vor. Der DSA fordert, illegale Inhalte nach einer entsprechenden Meldung offline zu stellen. Werden die beiden Gesetze zum Ende der sogenannten Wildwestphase im digitalen Binnenmarkt führen?



Foto: © Juliane Liebers, Konrad-Adenauer-Stiftung

Johnny Ryan: Was mich im Zusammenhang mit dem „Digital Services Act“ beunruhigt, ist die Tatsache, dass der Ansatz derselbe ist wie bei den analogen Medien. Wenn Sie für eine Zeitung oder einen Rundfunksender arbeiten und etwas Illegales veröffentlichen, müssen Sie mit der Aufforderung rechnen, den Artikel aus Ihrem Radioarchiv oder Ihrer Zeitung zu entfernen und sich öffentlich zu entschuldigen. Das nennt man „Meldung und Löschung“.

Bei einer Online-Plattform ist das anders. Es gibt so viele Informationen auf YouTube oder Facebook, dass es größtenteils egal ist, was online steht, denn nur sehr wenig wird jemals von einer großen Anzahl von Menschen tatsächlich gesehen. Die Dinge, die gesehen werden, sind die, die der Algorithmus des Unternehmens

als besonders förderungswürdig einstuft oder die andere Menschen ansprechen.

Der Entwurf des „Digital Services Act“ enthält fast ein ganzes Kapitel über das Konzept der „Meldung und Löschung“; und dieses Konzept ist irrelevant. Außerdem drohen unvermeidlich Fehler in einigen Fällen. So ist zum Beispiel die Informationsfreiheit bedroht. Aber der Entwurf des „Digital Services Act“ enthält nur wenige Zeilen zum Thema algorithmische Empfehlungssysteme.

Und derzeit heißt es, dass in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen etwas stehen sollte, um den Nutzern algorithmische Empfehlungssysteme zu erklären, und dass sie die Möglichkeit haben sollten, einige Einstellungen zu ändern. Was mich erstaunt ist, dass sie in einer Zeit, in der das politische Umfeld für die Gesetzgeber

sehr unangenehm wird und die Dinge für sie immer extremer und schwieriger werden, nicht erkannt haben, dass sie diese Empfehlungssysteme standardmäßig ausschalten und sie als eine der gefährlichsten Technologien behandeln müssen, die in den letzten Jahrzehnten erfunden wurden. Stattdessen sagen sie, dass algorithmische Empfehlungssysteme standardmäßig eingeschaltet sein können, und dann konzentrieren sie ihre ganze Zeit auf die „Meldung und Löschung“, was irrelevant ist. Wenn der „Digital Services Act“ also gesagt hätte, dass Empfehlungssysteme für Inhalte und für beliebte Gruppen, denen man beitreten könnte, standardmäßig ausgeschaltet, möglicherweise verboten, vielleicht nicht verboten, aber einer sehr strengen Kontrolle unterworfen wären, dann könnte der „Digital Services Act“ unsere Informationsumgebung und unsere Politik zum Besseren verändern. Aber das ist nicht geschehen.

Glauben Sie, dass der aktuelle Entwurf auch auf die Informationsfreiheit einen negativen Einfluss haben könnte?

Johnny Ryan: Wenn man ein System zur Meldung und Löschung einrichtet, besteht immer ein Risiko, dass etwas Falsches gelöscht wird. Das ist unvermeidlich. Fehler werden vorkommen, und diese Fehler werden Folgen für die Meinungsfreiheit haben. Das Gesetz enthält eine Menge Einzelheiten darüber, wie die „Meldung und Löschung“ ablaufen und überprüft werden soll. Möglicherweise könnten die Firmen übereifrig werden, weil es für sie einfacher sein könnte. Aber die Möglichkeit der Löschung hat sicher Folgen für die Meinungsfreiheit. Wesentlich eleganter wäre es gewesen, das Ganze vom Stand-

punkt der Verbreitung her zu betrachten, denn wir alle wissen, dass die Veröffentlichung im Druckwesen sowie in Funk und Fernsehen anders funktioniert als auf einer Online-Plattform. Ohne algorithmische Verstärkung ist eine Veröffentlichung unerheblich.

Ein weiterer bedeutender Sieg für die Nutzer ist nach Ansicht der politischen Entscheidungsträger die Tatsache, dass die Verweigerung der Einwilligung nicht mehr gleichbedeutend mit der Verweigerung von Diensten ist. Online-Plattformen werden also nicht mehr in der Lage sein, die Verweigerung der Einwilligung komplizierter zu machen als deren Erteilung. Ist der „Digital Services Act“ in dieser Hinsicht eine gute Nachricht für die Nutzer?

Johnny Ryan: Das war bereits in der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gesetzlich festgeschrieben. Im „Digital Markets Act“ ist das überflüssig. Die Kommission ist ihrer eigenen Agenda zum Opfer gefallen, und sie hat die Agenda der vorigen Kommission vernachlässigt, jedenfalls hinsichtlich der Datenschutz-Grundverordnung. Die DSGVO löst das Problem, das Sie gerade beschrieben haben, aber die Europäische Kommission hat nicht sichergestellt, dass die DSGVO von den Mitgliedstaaten angewendet wird.

Ein Online-Werbeverband wurde von der zuständigen belgischen Datenschutzbehörde wegen eines Instruments, das gegen das EU-Datenschutzrecht verstößt, mit einer Geldstrafe belegt. Der sogenannte Transparenz- und Einwilligungsrahmen des IAB Europe ermöglicht es Websites und

Herausgebern, die Einwilligung der Nutzer zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten für gezielte Werbezwecke einzuholen. Alle großen Akteure gehören diesem Netzwerk an. Es war ein langer Kampf, und Sie haben diesen Kampf initiiert. Warum ist diese Entscheidung so wichtig? Könnten Sie sie kurz zusammenfassen?

Johnny Ryan: Wenn Sie eine Website besuchen und sie Informationen über Sie aufnimmt und an Hunderte von Unternehmen weitergibt, ohne zu kontrollieren, was mit den Aufzeichnungen Ihres Online-Verhaltens geschieht, verstößt das gegen die DSGVO. Die Daten- und Tracking-industrie wollte dieses „kleine“ Problem umgehen. Sie wollten so weitermachen wie bisher, also versuchten sie, die Datenschutzverletzung in einer Art Vernebelung mit der Zustimmung der Nutzer zu überdecken. Der Ansatz war: Der Besucher der Website hat zu irgendetwas sein Einverständnis gegeben, und deshalb ist alles, was dann folgt, in Ordnung.

Nun ist das, was ich gerade beschrieben habe, nicht rechtmäßig, aber es war vier Jahre lang die Norm, und die Europäer waren dann nicht nur den massiven Datenverstößen im Zusammenhang mit Online-Werbung ausgesetzt. Diese wurde zur neuen Form von Spam, und diese neue Form von Spam diskreditierte die DSGVO in den Augen der Amerikaner und anderer, die sonst vielleicht unserem Beispiel gefolgt wären.

Die Entscheidung der belgischen Datenschutzbehörde gegen IAB Europe besagt Folgendes: Es ist nicht mehr möglich, dass die Industrie von den Nutzern verlangen darf, einer Einwilligungserklärung zuzustimmen, die gegen den Datenschutz

verstößt. Also hat die Industrie eine Anordnung erhalten, die besagt, dass das, was sie getan hat, illegal gewesen ist, und dass die Daten, die sie dadurch erhalten hat, illegal in ihrem Besitz sind. Die offensichtliche Konsequenz ist, dass sie jetzt gelöscht werden müssen. Dem Branchenverband IAB Europe wurde außerdem mitgeteilt, dass er zwei Monate Zeit hat, um einen Plan zur Behebung des Problems vorzulegen.

Wenn man also dieses Urteil bis zu seiner unvermeidlichen Konsequenz verfolgt, dann muss die Datenpanne bei der Online-Werbung endlich aufhören. Und das ist potenziell bedeutsam, nicht nur für die Privatsphäre der Menschen und um zu verhindern, dass sie bei der nächsten Werbung „profilieren“ oder einfach von einem Vorstellungsgespräch ausgeschlossen werden, weil ein Profil von ihnen irgendwo besagt, sie seien nicht geeignet. Es ist auch deshalb von Bedeutung, weil unsere angesehenen Medien, auf die wir uns in unserem politischen Leben und in der Gesellschaft verlassen, unter diesem System leiden. Kurzfristig hilft es ihnen, jeden Tag Geld zu verdienen, aber mittelfristig ermöglicht es, dass ihr Publikum illegal von anderen Unternehmen „gestohlen“ wird, die dann das gleiche Publikum auf anderen Websites billiger ansprechen können. Und das wiederum schafft ein Geschäftsmodell für die Art von Medien, die zwar operieren dürfen, aber eigentlich kein Geschäftsmodell haben sollten, und das schadet unserem politischen System.

Sind Sie der Ansicht, dass die neuen EU-Gesetze den digitalen Wettbewerb in Europa wiederherstellen können? Wie weit sind wir aus heutiger Sicht von der sogenannten europäischen Souveränität im digitalen Raum entfernt?

Johnny Ryan: Die aktuelle Fassung des „Digital Markets Act“ enthält einen sehr bedeutsamen Fehler. Artikel 5 Absatz 1a des „Digital Markets Act“ legt fest, dass es Firmen, die wir als Gatekeeper bezeichnen, nicht gestattet ist, die ihnen bekannten Daten zusammenzuführen. Das ist meiner Meinung nach ein sehr vernünftiger Ansatz, der wiederum in der DSGVO enthalten ist und der unter der Bezeichnung Zweckbindung bekannt ist: Wenn man zu einem bestimmten Zweck persönliche Daten von jemandem sammelt, darf man diese Daten nicht zu irgendeinem anderen Zweck verwenden, der über den vorgesehenen Zweck hinausgeht.

Es sei denn ...

Johnny Ryan: ... es sei denn, es besteht eine Rechtsgrundlage, wie zum Beispiel eine Übereinkunft. Allerdings schafft der „Digital Markets Act“ eine Doppeldeutigkeit im Bereich der Zweckbestimmung, denn der aktuelle Text lässt zu, dass man mit einem Mausklick Daten kombinieren kann. Er besagt aber auch, dass er nicht das Ziel verfolgt, die DSGVO außer Kraft zu setzen. Letztlich heißt es, dass dem Nutzer lediglich eine Auswahl einer Datenkombination vorgelegt wird. Das bedeutet, dass Firmen, die zurzeit das Zweckbindungsprinzip der DSGVO nicht respektieren, sich jetzt auf diesen neuen Aspekt des „Digital Markets Act“ stützen können, um sich vor Gericht zu verteidigen. Insofern kennt der „Digital Markets Act“ weder den Wert der Datenschutz-Grundverordnung, noch nutzt er sie.

Trotzdem besagt die Bestimmung, dass die Kombination von Daten ille-

gal ist, es sei denn, es besteht eine klare Rechtfertigung.

Johnny Ryan: Richtig, wenn Sie nur auf ein paar Schaltflächen klicken, bedeutet dies, dass damit das Tech-Unternehmen die Möglichkeit hat, Sie besser zu bedienen und all diese wunderbaren Dinge zu tun, die das Geschäft des Unternehmens voranbringen. Wenn dieser Fehler im Text bleibt, wird er nur mithilfe jahrelanger Rechtsstreitigkeiten berichtigt werden können.

Im Grunde würde das bedeuten, dass Instagram mit meiner Zustimmung die Daten für alle anderen Dienste nutzen kann, wie WhatsApp, Facebook und so weiter.

Johnny Ryan: Mehr als das: Sie beziehen sich auf die Weitergabe von Daten innerhalb eines Konzerns und unter den Tochterfirmen innerhalb des Konzerns. Ich beziehe mich auf die Weitergabe von Daten innerhalb eines Mischkonzerns und unter den Tochterfirmen für jede einzelne Nutzung, jeden einzelnen Verarbeitungszweck. Das ist weitaus kleinteiliger. Es gibt in dieser Hinsicht noch viel mehr Hürden, auch in der DSGVO. Mir ist klar, dass sich das alles sehr abstrakt anhört, weil die DSGVO, was unseren Zusammenhang betrifft, eigentlich nicht existiert und nie umgesetzt wurde.

Welchen Einfluss haben die digitalen Gatekeeper auf den Zustand der Demokratie in Europa?

Johnny Ryan: Ich denke dabei an vier Aspekte. Zunächst die Frage der Konzentration von Macht: Wenn man eine Firma

so mächtig werden lässt, hat das Folgen für die Gesellschaft, in der sie tätig ist.

Das Zweite hat mit der Information der Öffentlichkeit und des Bürgers zu tun. Nachrichtenverlage wurden durch die digitale Revolution geschädigt, das ist unumstritten. Die Nachrichtenredaktionen werden kleiner, die Zyklen werden kürzer, und möglicherweise schwindet die analytische Qualität.

Auch die Breite der Berichterstattung könnte problematisch werden, in den USA zum Beispiel, wo ständig über das Problem der schwindenden Lokalnachrichten geredet wird. In Europa haben wir etwas andere Probleme: Fast jeder Verleger verlässt sich im Hinblick auf seine Einnahmen größtenteils auf die riesigen Gatekeeper, und diese können die Regeln festschreiben. Aus Wettbewerbsstudien wissen wir, dass sie über das verfügen, was wir Marktmacht nennen. Also legen sie nicht nur die Regeln dazu fest, wie ein Verleger sein Geld verdient. Wenn sie wollen, können sie auch die Preise ändern. Wir haben es also auch mit dem Kanal zu tun, durch den Informationen über das politische Leben den Bürger erreichen, und dieser Kanal hängt signifikant von diesen großen Firmen ab.

Die Gatekeeper – und dies ist der dritte Punkt – sind so stark, dass sie für jeden neuen Wettbewerber die Norm aufgestellt haben, sodass der Weg zum Erfolg in der Überwachung und in einer konzerninternen Datennutzung besteht. Wir sehen nicht viele Wettbewerber, die andere Ansätze verfolgen. Dieses System ist so erfolgreich, dass es die größten Unternehmen aller Zeiten hervorgebracht hat. Das ist schlecht für alle, und die Notwendigkeit einer Alternative ist offensichtlich.

Der vierte Punkt ist ein sehr allgemeingültiger Gedanke: Vor etwa einem Jahrzehnt hat Europa der Welt gesagt, dass wir es ernst meinen: Wir wollten tief verwurzelte Vorstellungen von einem Datenschutzgesetz, die eigentlich aus den Vereinigten Staaten stammen, in eine Datenschutzverordnung übertragen und die Welt davon in Kenntnis setzen. Alle sollten zu diesem Niveau aufsteigen; dann hat man auch Zugang zu dem europäischen Digitalmarkt. Wir haben es geschafft, den Rest der Welt zu überzeugen – auch China, nebenbei gesagt. Jeder, auch einige US-Bundesstaaten, hat sich Teile der DSGVO angeeignet. Wenn die DSGVO ihre Glaubwürdigkeit vollständig einbüßt, und lassen Sie mich es ganz klar sagen, sie hat Glaubwürdigkeit eingebüßt, wird die Energie Europas und seine Fähigkeit, die eigenen Interessen zu schützen, schwer beschädigt werden.

Wenn wir die DSGVO nicht Wirklichkeit werden lassen, wenn wir uns mit dem DSA und dem DMA selbst zerstören, wenn wir sie einführen und die DSGVO unterminieren, dann bedeutet Europa der Welt nicht so viel, wie Europa selbst glaubt. In fünfzig Jahren werden wir die Coronapandemie vergessen haben, allerdings werden wir uns daran erinnern, dass es einen Moment gab, in dem wir die Regeln für eine neue Wirtschaft hätten festlegen können, und wir haben's vergeigt.

Das Interview führte Pencho Kuzev, Referent Datenpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 17. Februar 2022 via Zoom.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Gernersheim

Mehr als Technik

Ein Plädoyer für die digitale Transformation von Parteien

SEBASTIAN WEISE

Geboren 1985 in Chemnitz, Referent für Digitale Demokratie, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

LEONIE MADER

Geboren 1995 in Berlin, Referentin für Innovation und Nachhaltigkeit, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

In einer Zeit, in der die Digitalisierung alle Lebensbereiche durchdringt, müssen sich Parteien verändern, wenn sie ihre Relevanz erhalten wollen. Parteien experimentieren seit inzwischen mehr als 25 Jahren mit digitalen Technologien. Den Anfang bildeten in der Mitte der 1990er-Jahre Mailinglisten, statische Internetauftritte sowie interne Mitgliedernetzwerke. Kurz darauf folgten die ersten „virtuellen Ortsvereine“ (VOV der SPD) und Landesverbände (FDP LV Net) sowie der erste

Parteitag im Cyberspace, 2000 von Bündnis 90/Die Grünen. Auch der Beginn der strategischen Nutzung des Internets für Wahlkampfzwecke sowie des Rückgriffs auf interaktive Beteiligungsplattformen für Mitglieder fällt in die frühen 2000er-Jahre.

In der Folge bauten die Parteien ihre Präsenz im digitalen Raum aus und professionalisierten sie. Teil davon war ein verstärktes Engagement in den sozialen Medien, das eine gezieltere Kommunikation, bessere Mobilisierung von Unterstützern und die Besetzung neuer Diskursarenen versprach. Darüber hinaus wurde es möglich, Parteien online beizutreten und sich als Mitglied verstärkt auf Beteiligungs- und Themenplattformen sowie in Online-Abstimmungen in die Parteiarbeit einzubringen. Ebenso haben sich Parteien der Nutzung digitaler Daten intensiv zugewandt.¹

Seit Beginn der Corona-Pandemie beschleunigte sich die Digitalisierung der Parteien weiter. Die Nutzung digitaler Formate und Instrumente ist zu einer Normalität geworden, die sich über die Pandemie hinaus fortsetzen und weiterentwickeln wird, da neben den gesetzlichen Anpassungen die Parteien selbst nicht hinter das Erreichte zurückkehren wollen.² Zugleich bleibt es dabei, dass in weiten Teilen der Parteienlandschaft die Digitalisierung weiterhin als ein Add-on zur tradierten Parteiarbeit mit ihren bestehenden Strukturen, Prozessen und Foren verstanden wird.³

DIGITALE REFORM STATT DIGITALER ANGEBOTE

Zugespitzt formuliert: Parteien bemühen sich zwar seit 25 Jahren darum, ihre tradierten Prozesse und Arbeitsweisen in den digitalen Raum zu übertragen und über digitale Mittel abzubilden. Die zentrale Frage, welcher Strukturen, Prozesse, Formate und letztlich auch Kultur die Parteien in einer digitalisierten Welt bedürfen, wird in diesem Zusammenhang jedoch nur selten systematisch gestellt. Entsprechend ist zwar das digitale Angebot an Kommunikation, Beteiligung und Abstimmung in der Parteienlandschaft gewachsen. Eine wirkliche digitale Transformation von Parteien, verstanden als ein Prozess der tiefgreifenden institutionellen Anpassung an die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten des digitalen Zeitalters von und durch Parteien,⁴ ist bis heute allerdings nur in Ansätzen in der Breite der Parteienlandschaft erkennbar.

Um es plastischer und konkreter zu formulieren: Ein Stammtisch als ein Forum der Parteiarbeit kann mittels Videokonferenzen in den digitalen Raum überführt werden. Damit geht aber keine Anpassung des Formats an die veränderten Ansprüche an parteipolitisches Engagement oder Informationsflüsse im digitalen Zeitalter einher. Genau dies wäre jedoch geboten, da Informationen über soziale Medien sowie Online-Angebote traditioneller Medien heute viel schneller, leichter und direkter zugänglich sind.

Das gilt auch für Informationen, die früher exklusiv auf Stammtischen zugänglich waren. In der Folge müssen Stammtische heute mehr sein als Orte, an denen Mitglieder Informationen empfangen und diskutieren. Die Mitglieder müssen sich einbringen können, beispielsweise in themenspezifischen Arbeitsgruppen. Dort könnten Problemlagen diskutiert und Lösungen erarbeitet werden, die dann über gewählte Repräsentanten oder zivilgesellschaftliche Wege in politische Prozesse eingespeist werden. Es würde ein Raum geschaffen werden, in dem Parteien sich als wertebasierte Plattform für politisches Engagement positionieren. Während aktive Mitglieder und gewählte Repräsentanten den Kern dieser Partei bilden würden, könnten auch politische Sympathisanten, die über (soziale) Medien auch als Nicht-Mitglieder Einblicke in die Partei erhalten, eingebunden und als Neumitglieder gewonnen werden.

Obwohl digitale Instrumente zur Umsetzung derartiger Veränderungen notwendig sind, stehen damit strukturelle und organisatorische Fragen im Zentrum: Was bedeutet es, Mitglied zu sein? Inwiefern können und sollen passive Sympathisanten einbezogen werden?

Ähnliches gilt für innerparteiliche Abstimmungen und Wahlen. Will man diese digitalisieren, geht es nicht allein um die Frage, wie man sie rechtsicher und für alle Abstimmenden zugänglich gestalten kann; eine Frage, die für sich allein genommen schon diffizil ist. Versteht man die Digitalisierung als tiefgreifenden institutionellen Transformationsprozess, muss man sich darüber hinaus fragen, was man eigentlich zur Abstimmung stellen will, wer abstimmen soll, wie man den innerparteilichen Diskussionsprozess im Voraus organisiert – und warum überhaupt eine Veränderung stattfinden soll.

VEHIKEL KREATIVER UMGESTALTUNG

Das Potenzial digitaler Technologien liegt unter anderem darin, mit ihnen die innerparteiliche Basisdemokratie zu stärken, die Parteiarbeit zu beleben und die Attraktivität des Parteiengagements zu steigern. Wie die Erfahrungen aus mehr als zwei Jahrzehnten Digitalisierung der Parteien zeigen, reicht eine alleinige Integration digitaler Kommunikations-, Beteiligungs- und Abstimmungsmöglichkeiten für die Realisierung der Potenziale nicht aus. Tatsächlich zeigt sich, dass ein reines Mehr an digitalen Instrumenten sogar zu gegenteiligen Effekten führen kann, wie etwa zu einer stärkeren Machtkonzentration bei der „Parteispitze“.⁵

In dreierlei Hinsicht erweist sich deshalb der hier vorgeschlagene Perspektivwechsel als notwendig: Statt einfach mehr Technologie bedarf es zur Aktivierung der Potenziale *erstens* einer klugen Kombination von Technologie und organisationalen Reformen, mittels derer sich Parteien stärker an wandelnden Lebensrealitäten und veränderte Erwartungshaltungen an politisches

Engagement im digitalen Zeitalter anpassen. Dies umfasst etwa kollaboratives Arbeiten, die Einbindung physisch nicht Anwesender, den Aufbau von Netzwerken, die Bereitstellung von Informationen sowie die zentrale Koordination von Themengruppen.

Zweitens ist die Hinwendung zu einer digitalen Transformation von Parteien mit Blick auf die „Parteienkrise“ wichtig, die insbesondere die beiden Volksparteien betrifft. Diese Krise zeigt sich in einem geringen Vertrauen in die Parteien, in einer steigenden Wählervolatilität, in sinkenden Mitgliederzahlen sowie in einer strukturellen Überalterung und abnehmenden sozialen Vielfalt ihrer Mitglieder.⁶ Eine digitale Transformation allein wird die Parteien zwar nicht aus dieser Krise führen können. Wollen sich Parteien digital transformieren, müssen sie jedoch vielfach jene Strukturen, Prozesse und Formate kritisch hinterfragen und reformieren, die auch im Zuge der Parteienkrise unter Anpassungsdruck stehen. Auch wenn die digitale Transformation nicht die Lösung der Parteienkrise darstellt, kann sie sehr wohl bei deren Gestaltung ein Vehikel der Beschleunigung, des Vordenkens und Vorbild aktiver, kreativer Umgestaltung sein.

Drittens ist aus unserer Sicht eine Hinwendung zur digitalen Transformation von Parteien für das politische System Deutschlands von Bedeutung. Als Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Gesellschaft nehmen Parteien eine Vielzahl von Funktionen wahr. Diese reichen von der Rekrutierung politischen Führungspersonals und der Bereitstellung partizipatorischer Möglichkeiten über die Kanalisierung der politischen Willensbildung und Interessenartikulation bis hin zur Mobilisierung und zur Integration möglichst weiter Teile einer pluralen Gesellschaft in das politische System.⁷ Damit ist die digitale Transformation von Parteien nicht nur Selbstzweck. Als tiefgreifende Erneuerung von Parteien ist sie zugleich ein wesentlicher Baustein für die Anpassung politischer Diskussionen, politischer Willensbildungsprozesse und des politischen Systems Deutschlands an neue gesellschaftliche Realitäten.

Gelingt diese Anpassung, besteht auch die Hoffnung, dass Parteien zu einem wirkungsvollen Korrektiv gegenüber einer fehlgeleiteten Diskussionskultur im Netz werden, in der sprachliche Entgleisungen, Polarisierung und Fake News einen viel zu großen Platz einnehmen.

¹ Siehe hierzu etwa Christoph Bieber: „Online-Partizipation in Parteien. Ein Überblick“, in: Kathrin Voss (Hrsg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden 2014, S. 171–191; Karl-Rudolf Korte / Dennis Michels / Jan Schoofs / Niko Switek / Kristina Weissenbach: *Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich*, Baden-Baden 2018, S. 70–75; Karsten Grabow / Franziska Fislage: *Innerparteiliche Beteiligung im Zeichen von Digitalisierung und Mitgliederschwund*, Parteienmonitor der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin 2020.

² Siehe hierzu z. B. auch Beschluss „Die CDU: digital und schlagkräftig“, 33. Parteitag der CDU Deutschlands, 15./16.01.2021, sowie die kritische Diskussion der rechtlichen Anpassungen in Sophie Schöneberger: „Zwischen Parteitag und Fernsehshow – Parteienrecht in Zeiten der Corona-Pandemie“, in: *MIP Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, Nr. 1, 27.04.2021, S. 22–28.

³ Siehe hierzu z. B. Korte / Michels / Schoofs / Switek / Weissenbach, a. a. O., S. 74; Katharina Gerl / Stefan Marschall / Nadja Wilker: „Innerparteiliche Demokratie 2.0? Partizipation von Parteimitgliedern im Internet“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Nr. 4, Wiesbaden 2016, S. 115–149, S. 116; Katharina Gerl / Stefan Marschall: „Online-Partizipation in Parteien“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2017, S. 4.

⁴ Die Unterscheidung einer zunehmenden Nutzung digitaler Technologien und einer digitalen Transformation ist angelehnt an einen Beitrag von Ines Mergel: „Digitale Transformation als Reformvorhaben der deutschen öffentlichen Verwaltung“, in: *der moderne staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 12. Jg., Nr. 1/2019, S. 162–171.

⁵ Siehe hierzu z. B. Gerl / Marschall / Wilker, a. a. O.; Dennis Michels / Isabelle Borucki: „Die Organisationsreform der SPD 2017–2019: Jung, weiblich, digital?“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 62/2020, S. 121–148; Paolo Gerbaudo: „Are digital parties more democratic than traditional parties? Evaluating Podemos and Movimento 5 Stelle’s online decision-making platforms“, in: *Party Politics*, 27. Jg., Nr. 4/2021, S. 730–742; Stefan Marschall: „Parteien und Internet: Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederparteien?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für Politische Bildung*, Nr. B 10/2001, 26.05.2002.

⁶ Siehe hierzu z. B. Grabow / Fislage, a. a. O., S. 3; Viola Neu / Sabine Pokorny: *Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin 2021, S. 53.

⁷ Siehe hierzu Oskar Niedermayer: *Die Rolle und Funktionen von Parteien in der deutschen Demokratie. Dossier*, Bundeszentrale für Politische Bildung, 28.04.2020, www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42035/rolle-und-funktionen [letzter Zugriff: 20.01.2022].

Christliche Säkularität

Zur Bedeutung des „C“ im Parteinamen von CDU und CSU

HANS MAIER

Geboren 1931 in Freiburg im Breisgau, Professor emeritus für Politische Wissenschaft an der Universität München, ehemaliger Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie 1988 bis 1999 Inhaber des Münchener Guardini-Lehrstuhls.

In der Union wird im Zuge der Aufarbeitung des schlechten Bundestagswahl-ergebnisses eine Diskussion über die künftige Gestalt und Rolle der Partei geführt –

Es geht um die Frage, wie sowohl wichtige Traditionen bewahrt als auch neue Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft gemeistert werden können.

Welche Rolle spielt dabei das „C“? Ist es überlebt? Soll es nur einfach aus Gewohnheit beibehalten werden? Oder müsste es im Gegenteil aktuell neu in den Blick genommen, neu bedacht werden?

Die CDU/CSU war, als sie 1945 ins Leben trat, eine Nova am deutschen Parteenhimmel. Sie brachte – kühn genug –

zwei neue Worte in ihrem Namen in Umlauf, die bis dahin im politischen Spektrum unseres Landes nahezu unbekannt waren: das Wort „christlich“ und das Wort „Union“.

Christlich: Das sollte daran erinnern, dass nach einer „Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und Achtung vor der Würde des Menschen“ – so die Bayerische Verfassung von 1946 – nun eine andere, neue Zeit gekommen sei. Und Union: Das sollte nach dem Willen der Gründer und Namengeber daran erinnern, dass künftig Protestanten und Katholiken in einer gemeinsamen Partei zusammenarbeiten wollten – vereint und nicht mehr getrennt und gegeneinanderstehend wie vierhundert Jahre lang zum Unheil der deutschen politischen Kultur.

WAS DER POLITIK FEHLEN WÜRDE

Von den neun Bundeskanzlern der Bundesrepublik Deutschland waren fünf Unionspolitiker: Adenauer, Erhard, Kiesinger, Kohl, Merkel. Die Soziale Marktwirtschaft, der Lastenausgleich, die europäische Integration, die Hinwendung zum Westen, der postnationale Internationalismus, die Wiedervereinigung, die Hilfe für Flüchtlinge und Migranten – das alles darf sich die Union auf ihr Erfolgskonto schreiben. Der deutschen Politik fehlte, wenn es die Union in der überlieferten Form nicht mehr gäbe, eine starke, bewegliche und richtunggebende Kraft. Der Zerfall des Parteiensystems in kleinere Einheiten würde sich ohne eine starke Union fortsetzen. Bonn und Berlin würden sich am Ende Weimar nähern, entgegen dem lange Zeit

gültigen und oft zitierten Spruch „Bonn ist nicht Weimar“. Regierungsbildungen könnten dann noch schwieriger, noch zeitraubender werden, als es die letzte und die vorletzte bereits waren. Der Wirtschaftsriese Deutschland würde politisch noch mehr ins Taumeln geraten als schon in der Gegenwart.

Es schwände auch ein Stück überlieferter Christlichkeit in unserem Land. Oft sind ja christliche Antriebe auch außerhalb der Kirchen wirksam. Woraus nähren sich die Hilfe für Schwache, die Sorge um die Menschenwürde, das Eintreten für die Verfolgten, wenn nicht aus den Antrieben der Zehn Gebote und der Botschaft Jesu? Wäre unser Sozialstaat ohne den Antrieb der Nächstenliebe entstanden? Ist unser Asylrecht historisch ohne Bezug zu dem Schutz, den Kirchen als Räume des Friedens seit jeher gewährten?

Nein, die christlichen Überlieferungen bleiben aktuell, mögen säkulare Gegenströmungen noch so mächtig sein. Auch die gewaltigen Anstrengungen, die zur Milderung der Klimakrise notwendig sind, werden, meine ich, ohne Antriebe aus der Mitte des Christentums nicht zum Erfolg führen.

EINWÄNDE GEGEN DAS „C“

Zwei Einwände werden im Augenblick gegen die Forderung nach Beibehaltung des „C“ erhoben. Sie besitzen Gewicht. Da ist einmal der gegenwärtige Zustand vor allem der katholischen Kirche, der Ansehensverlust infolge des Missbrauchsskandals, die wachsende Kritik auch an höchsten Amtsträgern. Und da ist die

fortschreitende Säkularisierung, welche die Christen in Deutschland, Katholiken wie Protestanten, in zunehmendem Maße in eine Minderheitsposition versetzt. Bildeten die christlichen Kirchen vor Jahrzehnten noch eine Zwei-Drittel-Mehrheit, so fielen sie im Jahr 2021, wohl endgültig, unter die Fünfzig-Prozent-Schwelle. Und neben den Christen stehen Angehörige anderer Religionen, an der Spitze die Muslime, inzwischen mehr als fünf Millionen in Deutschland.

DIE SCHWÄCHE DER KIRCHEN

Kein Zweifel, dass die Schwäche der Kirche – beider Kirchen – auch eine Partei schwächen muss, die das „C“ im Namen trägt. Dennoch muss man hier sorgfältig unterscheiden – zunächst, was das Verhältnis von Partei und Kirchen angeht.

Die Union, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Erfolgsgeschichte begann, lehnte sich keineswegs an die Kirchen an. Sie war nie eine konfessionelle Partei. Im katholischen Bereich spielte der „politische Prälat“ kaum mehr eine Rolle; mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil verschwand er gänzlich aus der Politik. Im protestantischen Spektrum der Union gibt es heute zwar noch einige kirchliche Amtsträger, aber sie haben keine Dominanz mehr. Den Weg des „Christlich-Sozialen Volksdienstes“ der Weimarer Zeit – einer in der Tat konfessionellen Parteigründung im Stil des Zentrums – ist man im Protestantismus nach 1945 nicht weitergegangen. Das „C“ im Parteinamen der Union bezog sich von Anfang an auf die christliche Tradition im Ganzen, nicht

aber auf Kirchen und Konfessionen. Und als „Union“ war die CDU/CSU ihrem Programm und Namen nach von Anfang an überkonfessionell.

Bei aller Wichtigkeit von Kirchen und Konfessionen: Im politischen Raum werden christliche Antriebe in den tragenden Personen und Gruppen unmittelbar wirksam, sie bedürfen keiner kirchlichen Vermittlung mehr. Die Gültigkeit der Zehn Gebote, die Wirksamkeit der Botschaft Jesu, christliche Orientierungen und Verhaltensweisen – sie bleiben bestehen, auch in Zeiten kirchlicher Krisen und nachlassender Kirchengemeinschaften.

VERSCHWINDEN DER RELIGIONEN?

Und die fortschreitende Säkularisierung? Auch hier muss man sorgfältig unterscheiden, die Situation ist „divers“. Einmal verschwindet Religion in der gegenwärtigen Welt keineswegs; sie verdichtet sich vielmehr auf vielen Kontinenten in neuen Orthodoxien und Fundamentalismen. Europa tanzt hier zwar aus der Reihe, es weist einen „säkulareren“ Zuschnitt auf, obwohl es im Norden und Nordwesten, in Skandinavien und Großbritannien weiterhin – protestantische – Staatskirchen gibt (im katholischen Süden sind sie nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil verschwunden). Doch der radikale Laizismus hat sich auch im heutigen Europa nicht durchgesetzt – selbst in seinem Mutterland Frankreich ist er unter dem Druck des Islam auf dem Rückzug. Immer stärker wird „Religionsneutralität“ in Europa in der Rechtstheorie und in Gerichtsentscheidungen in der Mitte zwischen Gottesglauben und

Agnostizismus (Laizismus) angesiedelt, während man sie früher einfach mit der agnostischen Position gleichsetzte.

Auch die Religionssoziologie – in Europa lange Zeit fast ausgestorben – ist neu erstanden; und führende Säkularisierungstheoretiker (Charles Taylor, Jürgen Habermas) liefern in jüngsten Veröffentlichungen den Beweis, dass die säkulare Kultur die Religion nicht – wie man früher dachte – zum Verschwinden bringt. Neben den Nichtgläubigen existieren die Gläubigen weiter, manchmal in kleinerer Zahl, oftmals aber auch aktiver und enga-

gierter – und neben der weltlichen ist heute längst eine christliche Säkularität im Entstehen.

Das alles zeigt, dass das Wort „christlich“ im Schild der CDU/CSU nicht für eine tote, sondern für eine höchst lebendige (wenn auch stets umkämpfte) Sache steht. Grund genug, das „C“ im Parteinamen zu bewahren, es neu zu bedenken – und es keineswegs opportunistisch in blindem Zugriff zu „entsorgen“.

Das „C“ überholt? Die Union – am Ende? Zum Glück ist es nicht soweit. Ein Innehalten und eine Besinnung tun not.

Putins Bluff

Russlands Angriff auf die Ukraine und die deutsche Sicherheitspolitik

NILS WÖRMER

Geboren 1978 in Duisburg, Leiter der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

PHILIPP DIENSTBIER

Geboren 1990 in Bayreuth, Referent Transatlantische Beziehungen, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Monatelang wurde unter Politikern und Experten in Europa und den USA über das strategische Kalkül und die wahren Intentionen des russischen Präsidenten Wladimir Putin gerätselt. Im Kern ging es um die Frage, ob die russische Seite mit ihren Drohgebärden und dem Aufmarsch von Streitkräften an den ukrainischen Grenzen blufft oder tatsächlich bereit wäre, Gewalt einzusetzen. Mittlerweile ist klar: Putin hat geblufft, und zwar offenbar von Beginn an. Allerdings hat Putin nicht, wie von vielen Beobachtern diesseits und jenseits des

Atlantiks angenommen – oder zumindest erhofft – bei der Anwendung militärischer Gewalt geblufft, sondern mit der Aussicht, sich durch Diplomatie davon abbringen zu lassen. Gerade in Deutschland, wo das Mantra, es dürfe keine militärischen Lösungen geben, die Sicherheitspolitik bestimmt, wurde die militärische Dimension in Putins Spiel vollkommen verkannt.

Im Rückblick erscheint klar, dass Putin acht Jahre nach der Krim-Annexion und dem Beginn des Konfliktes in der Ostukraine nichts Geringeres als eine Neuordnung des postsowjetischen Raums erzwingen will. Vom Forderungsschreiben an die NATO über diverse Reden des Präsidenten bis hin zur russischen Staatspropaganda hat Moskau dazu ein Narrativ aufgebaut, nach dem sich Russland durch die Erweiterung der transatlantischen Allianz gen Osten bedroht fühlt und deshalb Sicherheitsgarantien einfordert. Hinter der Unterstellung, der Westen habe durch sein Verhalten – oder durch gebrochene Versprechen – die russische Reaktion erzwungen, verbirgt sich jedoch ein Weltbild, das grundsätzlich der Vorstellung einer demokratischen, regelbasierten internationalen Ordnung zuwiderläuft.

So verlangt Putin für Russland nicht nur eine exklusive Einflusszone und spricht damit den Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft die Souveränität ab. Der russische Präsident geht sogar so weit, zuvörderst der Ukraine, aber auch anderen ehemaligen Teilen der Sowjetunion – die allesamt unabhängige Staaten und teils EU- und NATO-Mitglieder sind – ihre Eigenständigkeit gänzlich abzuerkennen. Dass es hierbei um die Bedrohung durch westliches Militär in diesen Ländern geht, ist nicht mehr als ein vorgeschobenes Argument. Die durch die NATO-Russland-Akte stark limitierten Truppen der Allianz in östlichen Bündnisstaaten wären der regionalen russischen Übermacht nicht ansatzweise gewachsen; eine mögliche Stationierung von Truppen oder gar strategischen Waffen auf dem Gebiet der Ukraine – wie von Putin unterstellt – sind fern jeder Realität.

MACHTERHALT UND EINFLUSSSPHÄREN

Die Bedrohungsperzeption speist sich vielmehr aus der vermeintlichen Gefahr, die eine Ausbreitung von Demokratie und Wohlstand in Russlands Nachbarschaft für den Machterhalt Putins und seines Systems hätte. Eine erfolgreiche Entwicklung der Nachbarstaaten, so befürchtet er, wäre auch Vorbild für das russische Volk und könnte dazu führen, dass die Machtbasis Putins infrage gestellt wird. Dies zu verhindern, ist letztendlich das Ziel einer exklusiven Einflusszone. Das Argument, die Ukraine liege im russischen Machtbereich, ist jedoch entschieden abzulehnen. Wer von Einflusszonen spricht, der denkt in Kategorien der 1930er-Jahre – völkerrechtlich endet der russische Einfluss an den russischen Staatsgrenzen.

Die Forderung, unter Missachtung der nationalen Souveränität über das Schicksal kleinerer Nachbarstaaten bestimmen zu wollen, bedeutet nichts Geringeres, als das Recht des Stärkeren über die Stärke des internationalen Rechts zu stellen. Die Ukraine ist seit dreißig Jahren ein souveräner, sich demokratisch entwickelnder und vor allem friedlicher Staat, der in keiner Art und Weise eine Bedrohung für Russland dargestellt hat. Politiker fast jedweder Couleur in Europa haben daher festgestellt, dass Russland eindeutig der Aggressor in dieser größten Krise Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist. Putin hat einen eklatanten Bruch des Völkerrechts begangen – zu dessen Einhaltung sich Moskau mehrfach selbst bekannt hat.

PUTINS ESKALATIONSDOMINANZ

Um seine Ziele zu erreichen, schreckt Putin nicht davor zurück, militärische Gewalt einzusetzen. Während viele Beobachter noch davon ausgingen, der russische Präsident betreibe Diplomatie vor militärischer Kulisse, bereitete dieser einen Krieg in Europa vor, den er durch vermeintliche diplomatische Avancen zu kaschieren suchte und mit einer orchestrierten Kampagne aus Desinformation und Propaganda flankierte. Dies fügt sich in die bereits mit dem Georgien-Krieg 2008 begonnene Politik ein, die letztendlich darauf ausgerichtet ist, die internationale Ordnung im postsowjetischen Raum – wenn nötig mit militärischer Gewalt – umzuwälzen.

Die hohe Einsatzbereitschaft und die erheblichen Fähigkeiten der russischen Streitkräfte, die seit 2008 strukturell, personell und materiell grundlegend modernisiert wurden, zeigte sich bereits im März und April 2021, als das erste Mal seit 2014 russische Großverbände in unmittelbarer Nähe zur Ukraine aufmarschierten. Die neuerliche Verlegung russischer Kräfte seit verganginem November, bestehend aus hochmobilen Kampfverbänden mit großer Feuerkraft, abgesichert von Luftverteidigungskräften und ergänzt durch Milizionäre, umfasste zuletzt etwa 75 Prozent aller verfügbaren Kampfbataillone. Damit zog Russland in den letzten Monaten um die Ukraine ein beachtliches Kräfteedispositiv zusammen, das eine dramatische Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse in Russlands Nachbarschaft darstellt.

Mit diesen letzten Bausteinen realisiert Putin das seit Ende der 2000er-Jahre verfolgte übergeordnete Ziel, die militärische Handlungsfähigkeit und das strategische Behauptungsvermögen Russlands gegenüber dem Westen zurückzugewinnen. Etwa dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – laut Putin bekanntlich die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ – erlangt der russische Präsident nun die lange angestrebte politische Handlungsinitiative und Eskalationsdominanz zurück, die es ihm erlaubt, in einem regionalen Krieg in der unmittelbaren Nachbarschaft Fakten zu schaffen.

Die strategische Tragweite des russischen Aufmarsches wurde im November 2021 frühzeitig von amerikanischen Nachrichtendiensten erkannt. Anders ist der präzedenzlose Schritt, so schnell und umfassend nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die geplanten russischen Maßnahmen, inklusive eines detaillierten Zeitplans und voraussichtlichen Angriffszeitpunkts, öffentlich zu machen, kaum zu erklären. Auch die Entscheidung Präsident Bidens, so konkret und öffentlichkeitswirksam wie kein Präsident vor ihm, die russische Kriegsabsicht zu benennen, muss unter diesem Gesichtspunkt verstanden werden.

Dieses proaktive *naming and shaming* zwang die russische Seite wiederholt dazu, auf diplomatische Offensiven und Gesprächsangebote des Westens einzugehen. Damit dürfte die öffentliche Diplomatie der Vereinigten Staaten den initialen Plan Moskaus, mit einer *false flag*-Operation einen Kriegsvorwand zu schaffen und die Ukraine anzugreifen, verkompliziert und möglicherweise auch verzögert haben. Jedoch führte der russische Schachzug, vordergründig eine diplomatische Lösung in Aussicht zu stellen, gepaart mit Falschinformationen über einen angeblichen russischen Truppenabzug, gerade in Deutschland dazu, dass der Aufmarsch fälschlicherweise nicht als tektonische Verschiebung des militärischen Gleichgewichts in Osteuropa verstanden, sondern oftmals als bloßes Säbelrasseln abgetan wurde – getreu dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

VERLUST DES SICHERHEITSPOLITISCHEN KOMPASSES

Deutschland hat das Kalkül Putins und die tatsächlichen Absichten des Kremls bis zuletzt grundlegend falsch eingeschätzt. Mit dem Mantra, die Konflikte ließen sich nicht militärisch lösen, hat sich Berlin bereits in Syrien und Afghanistan den Blick auf eine klare Lagefeststellung verstellt und sich ebenso unnötig wie frühzeitig etlicher Handlungsoptionen beraubt. Denn während die Bundesregierung einseitig auf Verhandlungen in Genf beziehungsweise Doha setzte, schufen die Truppen des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad mit der Hilfe Russlands und Irans im einen Fall und die Taliban im anderen Fall politische Fakten mit militärischen Mitteln. Und genau in diesem Zusammenhang ist das Kernproblem deutscher Sicherheitspolitik zu verorten.

Im Glauben, dass die nach 1990 etablierte europäische Friedensordnung, die Einbindung sämtlicher Akteure des Kalten Krieges in multilaterale Organisationen und die vermeintlich allseitige Anerkennung des Primats der Diplomatie Territorialkonflikte und bewaffnete zwischenstaatliche Auseinandersetzungen in Europa unmöglich machen würden, hat Deutschland seinen sicherheitspolitischen Kompass verloren und sich seiner Verteidigungsfähigkeit beraubt. Stattdessen wurde einseitig auf Verhandlungsformate gesetzt, die teils seit Jahren festgefahren waren und von der Gegenseite nie

ernsthaft als Lösungsinstrumente akzeptiert wurden. Waffenexporte an die Ukraine wurden kategorisch ausgeschlossen, um vermeintlich exklusive Gesprächskanäle mit Russland nicht zu verlieren, die sich letztlich jedoch als wertlos erwiesen haben. Diese einseitige Herangehensweise zerschellte schließlich an der harschen Realität des russischen Angriffskrieges. Denn während Berlin noch auf dem diplomatischen Parkett nach seinem Partner suchte, hatte sich dieser bereits ins Gefecht begeben.

In der Bewertung der sicherheitspolitischen Bedrohungslage zum Zeitpunkt der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht ging die Bundesregierung davon aus, dass ein Szenario, in dem die Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung gefragt wäre, höchst unwahrscheinlich sei. Es wurde angenommen, dass eine Vorwarnzeit von etwa zehn Jahren bestünde, um sich auf eine geänderte Bedrohungslage einzustellen, in der umfassende konventionelle Kräfte wieder eine Rolle spielen würden.

BEDINGT VERTEIDIGUNGSFÄHIG

Allerdings wurde dabei übersehen – wie nicht zuletzt die unterschiedliche Interpretation der russischen Krim-Annexion im März 2014 gezeigt hat –, dass es schwierig sein könnte, den Zeitpunkt zu erkennen, der den Beginn dieser zehnjährigen Vorbereitungszeit markiert.

So gingen die verteidigungspolitischen Weichenstellungen der Jahre 2014 bis 2017, auf denen die Zielvorgabe, bis 2031 drei Divisionen mit acht bis zehn volleinsatzfähigen schweren Brigaden aufzustellen, fußt, grundsätzlich in die richtige Richtung. Bei der Implementierung dieser Vorhaben hapert es jedoch erheblich, weil der politische Wille, die notwendigen Strukturen zu schaffen und die erforderlichen (Haushalts-)Mittel bereitzustellen, bisher nur begrenzt vorhanden war. In der Folge ist die Bundeswehr acht Jahre nach der ersten russischen Aggression in Europa nur sehr bedingt zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt und weit davon entfernt, die gegenüber den Verbündeten getroffenen Zusagen erfüllen zu können.

Angesichts der jüngst eingetretenen grundlegenden sicherheitspolitischen Lageänderung bedarf es eines „großen Wurfes“ in der deutschen Verteidigungspolitik. Ausgangspunkt hierfür muss die Feststellung des gebotenen Umfangs der deutschen Streitkräfte und die Frage nach der zur Erreichung der entsprechenden Personalstärke geeigneten Wehrreform sein. Die Berufsarmee in ihrer gegenwärtigen Form hat sich trotz der seit Sommer 2015 eingeleiteten „Trendwende Personal“ als unzureichend erwiesen, auch nur ansatzweise die gegenwärtige Zielgröße von 203.000 Soldaten zu erreichen. Da mit Blick auf die absehbare Bedrohungslage der kommenden Jahrzehnte wahrscheinlich eine Zielgröße weit jenseits der gegenwärtigen benötigt wird, um

alle erforderlichen Fähigkeiten der Bundeswehr abbilden zu können, wird die Politik nicht umhinkommen, die in der vergangenen Legislaturperiode nur kurz geführte Debatte über die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen wiederaufzunehmen.

DEUTSCHE SICHERHEITSPOLITIK AM NULLPUNKT

Die Frage, ob Russlands Präsident Wladimir Putin mit seinen Drohgebärden und dem Aufmarsch russischer Streitkräfte an den ukrainischen Grenzen in den vergangenen Monaten geblufft hat oder nicht, ist genauso wie die grundsätzliche Kontroverse zwischen Russlandverstehern und Russlandmahnern entschieden. Die völkerrechtswidrige russische Invasion in die Ukraine stellt die größte Gefahr für einen umfassenden Krieg in Europa seit 1945 dar und wird die internationale Politik so grundlegend verändern wie der Mauerfall oder die Terroranschläge vom 11. September. Anders als 1989 oder 2001 ist Deutschland für die jetzt eingetretene grundlegende Änderung der Sicherheitslage in Europa nicht ansatzweise angemessen aufgestellt. Die deutsche Politik hat es in den entscheidenden Momenten versäumt, die seit 2008 offenkundigen Zeichen der Zeit richtig zu bewerten und die für die Russlandpolitik, aber auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik allgemein, richtigen Schlüsse zu ziehen und gebotene Maßnahmen mit der nötigen Konsequenz zu ergreifen.

Vor allem hat Deutschland den Grundsatz, dass Diplomatie mit einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit unterlegt werden muss, um die Option, nicht zu verhandeln, für die andere Seite auszuschließen, offenbar vollkommen aufgegeben – oder schlicht vergessen. Die einseitig auf politische Verhandlungen beschränkte und gleichzeitig gerade einmal zum Einsatz politischer und wirtschaftlicher Sanktionen gewillte Politik ist am 24. Februar 2022 um sechs Uhr Moskauer Zeit wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen. In der schon absurd anmutenden Aussage, allein durch Finanz- und Wirtschaftshilfen den ukrainischen Staat resilienter machen zu können, ergänzt um die Posse der 5.000 als „Schutzhelme“ bezeichneten Gefechtshelme, fand diese fehlgeleitete Politik ihr tragisches Schlusskapitel.

Gerade Deutschland mit seinem Zivilmachtanspruch, der wertegeleiteten Außenpolitik und der Prämisse, die Herrschaft des (internationalen) Rechts zur Grundlage internationaler Politik zu machen, hat sich als vollkommen unfähig erwiesen, die europäische Friedensordnung zu schützen und einen der gravierendsten Brüche des Völkerrechts in Europa seit 1945 zu verhindern. Dass kaum ein Staat von dieser Friedensordnung so stark profitiert hat wie Deutschland und nur die Bundesrepublik in der Lage wäre, die konventionelle Verteidigung Europas zu gewährleisten, zwingt Berlin zu einer

radikalen Kehrtwende. Die Russlandpolitik im Besonderen, aber, viel gravierender, die gesamte Sicherheits- und Verteidigungspolitik der vergangenen Dekaden sind an einem Nullpunkt angekommen.

Dies wird noch dadurch verstärkt, dass das von vielen Beobachtern eigentlich angenommene Worst-Case-Szenario für die westlichen Verbündeten eine gleichzeitige Aggression Chinas im Südchinesischen Meer wäre, was unweigerlich zu einer Überdehnung der amerikanischen Streitkräfte führen würde. Die chinesischen Militärstrategen werden genau beobachten, wie grundlegend und substanziell die europäischen Staaten – und hier kommt Deutschland eine zentrale Bedeutung zu – ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu ausrichten und dadurch den amerikanischen Verbündeten entlasten. Nicht die Stärke der NATO hat Putin dazu gezwungen, anzugreifen, sondern die Schwäche der Allianz, vor allem der europäischen Säule, hat dazu eingeladen. Dies darf sich mit Blick auf China nicht wiederholen.

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 24. Februar 2022.

Zum Schweigen gebracht

—
Unabhängige Medien in Russland und Belarus

TAMINA KUTSCHER

Geboren 1977 in München, Journalistin, Slawistin und Historikerin, Absolventin der katholischen Journalistenschule ifp (Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses e. V.), Chefredakteurin der Internetplattform „dekoder.org“.

INGO PETZ

Geboren 1973 in Stolberg (Rheinland), Journalist, Publizist und Osteuropakenner, Redakteur der Internetplattform „dekoder.org“.

Im vergangenen Jahr sind die Freiheitsräume für Medien in Russland und Belarus nahezu verschwunden. In Russland sind sie stark verkleinert worden und in Belarus existieren sie de facto überhaupt nicht mehr. Angesichts des Krieges in der Ukraine erscheinen die Entwicklungen rückblickend in einem anderen Licht. Völlig frei war die kleine Szene unabhängiger (Online-)Medien in beiden Ländern nie: Über Gummiparagraphen oder fingierte Anschuldigungen schränkten Behörden

bestehende Spielräume immer wieder ein – und zwar umso mehr, je größer die Bedeutung dieser Medien in beiden Ländern wurde. Doch mit dem Vorgehen gegen jede Art von Opposition – insbesondere im vergangenen Jahr – erreichte der Druck auf Medien und Journalisten in Russland ebenso wie Belarus traurige Höhepunkte. Die Vorzeichen, unter denen das geschieht, sind in beiden Ländern unterschiedlich. Auch wenn sich die Instrumentarien ähneln, so sind es jeweils andere Mittel und es ist eine unterschiedliche Intensität, mit der Staat und Behörden gegen unliebsame Stimmen vorgehen.

Seit den Solidaritätsprotesten für den inhaftierten Oppositionspolitiker Alexej Nawalny im Frühjahr 2021 gerieten in Russland unabhängige russische Medien und einzelne Journalisten immer stärker unter Druck. „In den Augen der Machthaber übernehmen auch Medien indirekt eine oppositionelle Rolle“, schrieb die Politikwissenschaftlerin Tatjana Stanowaja Ende Mai 2021 in einer Analyse für das Online-Portal *Projekt*. „Das bedeutet, dass die unabhängigen Medien, aber auch Massenmedien mit einer unabhängigen Informationspolitik zunehmend politische Bedeutung zugeschrieben bekommen und zur offenen Zielscheibe für die Repressionswalze werden.“

Unabhängige Online-Medien wurden in den vergangenen Jahren zunehmend wichtiger – und damit in den Augen des Kremls auch „bedrohlicher“ –, weil das Internet als Informationsquelle dem traditionell dominierenden Staatsfernsehen Konkurrenz zu machen droht. Laut einer Umfrage des russischen Meinungsforschungszentrums *Lewada* informierten sich 64 Prozent der Befragten im Januar 2021 regelmäßig im Fernsehen – im Juni

2013 waren es noch über 80 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Menschen, die soziale Netzwerke als primäre Informationsquelle verwenden, mehr als verdoppelt – von 18 auf 42 Prozent. Und auch die Zahl derer, die sich vorrangig in Online-Medien informieren, stieg um knapp das Doppelte von 21 auf 39 Prozent.

„AGENTENGESETZ“ GILT AUCH FÜR MEDIEN

Schon während der Proteste im Frühjahr 2021 wurden einzelne Medien von der russischen Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor* aufgefordert, Berichte über die Demonstrationen zu löschen. *Mediazona*-Chefredakteur Sergej Smirnow wurde zu einer mehrtägigen Haftstrafe verurteilt – aufgrund eines Retweets. Allein bei den Protesten am 23. Januar 2021 wurden laut „Reporter ohne Grenzen“ insgesamt mehr als fünfzig Journalistinnen und Journalisten zumindest vorübergehend festgenommen.

Doch mit dem Ende der Proteste waren die repressiven Maßnahmen nicht vorbei: Gegen internationale Plattformen wie Facebook, Twitter, Google & Co. haben russische Gerichte wegen des Nicht-Löschens „verbotener Informationen“ mehrfach Geldstrafen verhängt – allein 2021 insgesamt rund zwei Millionen Euro. Im April 2021 wurde Twitter verlangsamt, weil der Kurznachrichtendienst sich geweigert habe, „rechtswidrigen Content“ zu löschen.

Beim Vorgehen gegen russische Medien und Journalisten kam im weiteren Verlauf des Jahres 2021 meist das sogenannte „Agentengesetz“ zur Anwendung:

Ursprünglich sollte es gezielt Nichtregierungsorganisationen sanktionieren, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhielten. Seit 2017 ist es aber auch auf Medien anwendbar. Auf der Liste der sogenannten „ausländischen Agenten“ standen bis Ende 2020 sieben Medien und Einzelpersonen, darunter staatliche Auslandsmedien wie *Golos Ameriky (Voice of America)*. Für die meisten russischen unabhängigen (Online-)Medien diente dieses Vorgehen als Drohkulisse; 2021 wurde die Drohung für viele von ihnen Realität: Mitte Januar 2022 sind 113 Medien und auch einzelne Journalisten auf der Liste aufgeführt. Hinter dem Sammelbegriff „unabhängig“ verbergen sich dabei unterschiedliche Formate: Im April 2021 etwa war zunächst *Meduza* betroffen, ein erfolgreiches russisches Online-Medium mit Sitz im lettischen Exil, dem der Status als „ausländischer Agent“ vor allem deswegen schadet, weil damit wichtige russische Werbekunden weggebrochen sind. Das in den Niederlanden ansässige *VTimes* dagegen, eines von mehreren betroffenen Investigativmedien, gab nach Erhalt des Status sein Aus bekannt: Hierfür waren allerdings nicht die absehbaren finanziellen Probleme ausschlaggebend. Das Medium würde vielmehr durch das Agentenlabel in die Nische der politischen Opposition gedrängt, so die Redaktion in einem offenen Brief. In dieser Rolle habe man sich nie gesehen.

Trotz allem sind es weniger die behördlichen Schikanen, die betroffenen Medien zu schaffen machen, sondern die diffamierende Wirkung des Status „ausländischer Agent“. Dies gilt vor allem auch für einzelne Journalisten.

So war etwa Pjotr Manachin für das bereits erwähnte investigative Online-

Portal *Projekt* tätig und erfuhr aus den Nachrichten, dass sein Name auf der Agentenliste steht. „Ich war erst mal geschockt“, erzählt er in einem Interview mit *The Village*, das *dekoder* ins Deutsche übersetzte. „Hatte keine Ahnung, was passiert, es war komisch, schrecklich und unklar.“ Wie es für ihn beruflich weitergehen soll, weiß er nicht – zumal *Projekt* gleichzeitig zur „unerwünschten Organisation“ erklärt wurde und damit seine Tätigkeit komplett einstellen musste.

UNSYMMETRISCHES VORGEHEN: VERBOT DER „DEUTSCHEN WELLE“

Für Aufsehen sorgte außerdem das Verbot der *Deutschen Welle* in Russland. Am 2. Februar 2022 hatte zunächst die deutsche Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) ein Sendeverbot für den Fernsehkanal *RT DE* ausgesprochen. Die serbische Lizenz des Senders erkannte die ZAK nicht an, da die Kommission davon ausging, dass der Sender in Berlin produzierte. Auf diese medienrechtliche Entscheidung reagierte am Tag darauf das russische Außenministerium und kündigte „Gegenmaßnahmen“ an – die Schließung des Senders *Deutsche Welle* in Russland. Medienexperten und internationale Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ weisen allerdings darauf hin, dass es sich dabei um ein unsymmetrisches Vorgehen seitens Russlands handelt: *RT DE* steht frei, weitere juristische Schritte einzuleiten oder eine Sendelizenz in Deutschland zu beantragen, was bislang nicht geschah. In jedem Fall ist die Online-Nachrichtenplattform *RT* davon weitgehend unberührt. Auch

können RT-Journalisten in Deutschland weiter ihrer Arbeit nachgehen.

Im Gegenzug wurde die Redaktion der *Deutschen Welle* in Moskau geschlossen. Das heißt, die dort tätigen Journalisten verlieren ihre Akkreditierung – das ist die in Russland (im Unterschied zu Deutschland) notwendige behördliche Erlaubnis, um überhaupt als Journalist arbeiten zu dürfen. Außerdem wurde ein Verfahren eingeleitet, die *Deutsche Welle* auf die Liste der sogenannten „ausländischen Agenten“ zu setzen. Beim Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz Mitte Februar signalisierte Wladimir Putin wiederum Gesprächsbereitschaft; man wolle sich „Gedanken machen, wie das Problem gelöst werden kann“. Grundsätzlich passt jedoch auch der Fall *Deutsche Welle* ins Vorgehen einer politischen Führung, die aus einer Schwäche heraus nach außen auf Konfrontation und Machtdemonstration und nach innen verstärkt auf Repression setzt.

Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Sie ist Teil einer größeren „Repressionswalze“ (Tatjana Stanowaja), die in Russland derzeit rollt und immer mehr unabhängige Akteure erfasst – nicht nur Medien: Nawalnys Organisationen sind als „extremistisch“ gebrandmarkt. Auch die drei deutschen Organisationen Deutsch-Russischer Austausch, Zentrum Liberale Moderne und Forum russischsprachiger Europäer mussten als „unerwünscht“ ihre Arbeit in Russland einstellen. Die renommierte Menschenrechtsorganisation *Memorial International*, die sich wie keine zweite für eine Aufarbeitung der Verbrechen Josef Stalins einsetzt, wurde Ende 2021 per Gerichtsbeschluss aufgelöst. Die Räume für Medien- und Meinungsfreiheit waren unter Wladimir Putin noch nie so eingeschränkt wie heute.

Noch dramatischer als in Russland ist die Situation für den unabhängigen Journalismus in Belarus, der bereits in den vergangenen 26 Jahren unter Alexander Lukaschenko keinen leichten Stand hatte und immer wieder Ziel staatlicher Repressionen war. Das Regime Lukaschenkos, der Belarus seit 1994 regiert, hat sich im Zuge der Proteste nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen im Sommer 2020 deutlich radikalisiert. Fast 40.000 Menschen wurden seitdem inhaftiert, über 4.000 Strafprozesse angestrengt und über 300 zivilgesellschaftliche Organisationen verboten. Über 1.000 politische Gefangene sitzen in belarussischen Gefängnissen. Zehntausende haben das Land verlassen.

BILANZ STAATLICHER REPRESSIONEN IN BELARUS

Welches Ziel das Regime verfolgt, ist offensichtlich: Jeglicher Widerstand soll im Keim erstickt, jede Form des Andersdenkens unterbunden werden. „Der ganze Staat wurde auf das Ziel ausgerichtet, möglichst effektiv Repressionen durchsetzen zu können“, urteilt der politische Analyst und Experte des unabhängigen Minsker Analyse zentrums „Strategie“ Waleri Karbalewitsch. „Das Regime hat kein Narrativ für die Zukunft, außer der Erhaltung des Status quo, der auf Angst und Gewalt beruht. Seit Monaten befindet sich das Land psychologisch im Zustand eines Bürgerkriegs.“

Die unabhängigen Medien, die sich trotz des feindlichen Umfeldes einen festen Stand für die Meinungsbildung und Berichterstattung erarbeitet hatten, waren seit Beginn der Proteste Ziel staatlicher

Repressionen. In den vergangenen Monaten gab es unzählige Razzien bei Medienunternehmen, Material und Gerätschaften wurden konfisziert. Websites wurden und werden blockiert, auch die von internationalen Medien wie etwa die Seiten der *Deutschen Welle* oder von *Euronews*. Internationale Korrespondenten erhalten in der Regel keine Akkreditierungen mehr für Belarus, sodass nahezu keine fundierte Berichterstattung über die Vorgänge im Land durch renommierte internationale Medien mehr möglich ist. Belarussische Journalisten wurden und werden festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt, weil sie ihrer Arbeit nachgegangen sind und über die Proteste berichteten; wie beispielsweise die beiden *Belsat*-Journalistinnen Katarina Andrejewa und Darja Tschulzowa, die im Februar 2021 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Nach der Auffassung des Regimes sind es die Medien und Journalisten, die die Menschen zum Protest gegen Machthaber Lukaschenko anstacheln, auch wenn sie lediglich über die Ereignisse berichten. Viele Journalisten werden deshalb nach Paragraph 293 des Strafgesetzbuches der Republik Belarus wegen Aufrufs zu Massenunruhen und der Teilnahme an ihnen verurteilt. Eine andere „beliebte“ Anklage ist der Vorwurf von Steuerhinterziehung.

HILFE FÜR INHAFTIERTE JOURNALISTEN

Auf diesem Wege wurde das größte unabhängige Medienportal *tut.by* im Mai 2021 liquidiert, das monatlich fast drei Millionen Leser hatte und damit auch ein bedeutendes Fundament nicht nur für den

unabhängigen Journalismus in Belarus, sondern auch für die Bildung einer kritischen Leserschaft war. Fünfzehn Mitarbeiter, Redakteure und Journalisten der Online-Plattform sitzen bis heute in Haft, darunter ihre Chefredakteurin Maria Sotowa. Nach Informationen des unabhängigen Belarussischen Journalistenverbandes (*Belarusian Association of Journalists*, BAJ) sind immer noch 32 Medienschaffende in Haft.¹ 2021 haben Journalisten insgesamt 8.733 Tage hinter Gittern verbracht.

Dieser Verband, der Repressionen gegen Medien und Journalisten in Belarus seit vielen Jahren dokumentiert und inhaftierten Kollegen juristische Hilfe bietet, wurde verboten. Eine beträchtliche Zahl von Journalisten und Medien wurde außer Landes getrieben, darunter auch einflussreiche Medien wie *Nascha Niva*, *Hrodna Life* oder die Nachrichtenagentur *BelaPAN*. Aktuell arbeitet der Belarussische Journalistenverband von Kiew, Warschau und Vilnius aus und versucht weiterhin, den inhaftierten Journalisten zu helfen und die im Land verbliebenen Journalisten zu unterstützen. „Die Behörden haben die Zivilgesellschaft und die unabhängigen Medien des Landes zu einem Tumor erklärt, der herausgeschnitten werden muss, was in der Tat bereits geschehen ist“, erklärt Andrej Bastunets, der Vorsitzende des BAJ.

Das Regime um Lukaschenko versucht, die Deutungs- und Informationshoheit, die es über viele Jahre weitgehend an die unabhängigen Medien verloren hatte, zurückzuerlangen. Die Staatsmedien, von denen das Fernsehen eine traditionell wichtige Rolle spielte, haben seit dem Beginn der Corona-Pandemie, die der Staat nur zurückhaltend bekämpfte und auf die

Lukaschenko zynisch reagierte, merklich an Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Umso rigoroser geht der Staat gegen unabhängige Medien vor und erklärt sie per Gesetz zu „extremistischen Vereinigungen“ oder als „extremistisch“, was bereits auch Auslandsmedien wie *Radio Sva-boda*, den belarussischsprachigen Dienst von *Radio Liberty*, oder den in Warschau ansässigen TV-Sender *Belsat* betrifft. Mit der Einstufung als „extremistische Vereinigung“ werden – und dies ist eine völlig neue Dimension der Repressionen – auch Leser, Hörer und User unabhängiger Medien kriminalisiert und womöglich festgenommen, wenn sie bestimmte Artikel in den sozialen Medien oder auf *Telegram* reposten oder weiterleiten. Um weiter in Belarus arbeiten zu können, durchforsten Medien deshalb ihre Webseiten nach Material, das als „extremistisch“ eingestuft werden könnte, und löschen es, da ihnen sonst hohe Geld- und Haftstrafen drohen.

BERICHTERSTATTUNG AUS DEM AUSLAND

Journalisten, die für „extremistische“ Medien arbeiten, laufen Gefahr, festgenommen zu werden und für viele Jahre ins Gefängnis zu wandern. „Das Label des Extremismus erschwert unsere Arbeit zusehends“, sagt Alexandra Puschkina von *Zerkalo.io*, dem Nachfolgemedium von *tut.by*, das aus dem Exil heraus agiert. „Die Leute im Land haben Angst, mit uns zu sprechen. Das gilt auch für viele Experten, die wir interviewen wollen. Die müssen wir alle anonymisieren, wenn sie denn mit uns reden.“

Viele Medien versuchen, aus dem Ausland heraus ihre Berichterstattung über Belarus aufrechtzuerhalten – trotz finanzieller Schwierigkeiten und bürokratischer Herausforderungen: „Wir müssen weitermachen“, sagt Puschkina. „Das sind wir denen, die weiterhin in Belarus leben, einfach schuldig.“ Dass der Bedarf an professionellem Journalismus ungebrochen ist, beweist unter anderem die Leserzahl von *Zerkalo.io*, die seit dem Start im Exil im November 2021 erstmals an der Dreimillionen-Marke kratzte. Dem hat die Diktatur von Alexander Lukaschenko wenig entgegenzusetzen – außer Repressionen und Gewalt. Ob der Staat in Belarus mit diesen Mitteln den unabhängigen Journalismus vollständig zerstören und das Vertrauen nicht nur in die eigenen Institutionen, sondern auch in die Staatsmedien zurückerobert, bleibt mehr als fraglich.

Inzwischen überschlagen sich die Ereignisse in russischen Medien wie auch belarussischen Exilmedien: Einzelne russische Medien haben, nachdem ihre Seiten gesperrt wurden, bereits die Arbeit eingestellt. Zahlreiche Journalisten gehen ins Exil. Belarussische Medien, die in Kiew Zuflucht gesucht hatten, mussten die Ukraine verlassen und stehen nun vor erneutem Neuanfang.

¹ Belarusian Association of Journalists: Figures of the Year. Repression of media and journalists in Belarus in 2021, 29.12.2021, <https://baj.by/en/analytics/figures-year-repression-media-and-journalists-belarus-2021> [letzter Zugriff: 20.01.2022].

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 19. Januar 2022.

Aktuelle Fragen zum Thema beantwortet
Tamina Kutscher auf blog.politische-meinung.de.

Schmerzhaftes Lehren

Zur Systemauseinandersetzung mit Russland

ANDREAS HEINEMANN-GRÜDER

Geboren 1957 in Potsdam, Professor für Politische Wissenschaften, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Senior Researcher am Bonn International Centre for Conflict Studies.

Im euro-asiatischen Raum hat im letzten Vierteljahrhundert kein Gewaltkonflikt die Beziehungen zwischen Russland und den übrigen 56 Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mehr beschädigt als die

Auseinandersetzung und der Krieg um die Ukraine. Dieser Konflikt beherrscht auch die Nachbarländer, die NATO und die Europäische Union (EU), und er war seit 2014 nie eingefroren, gerade weil sich in ihm eine fundamentale Auseinandersetzung politischer Interessen und Kulturen äußert. Immer wieder gab es Alarmsignale, die aber gern wie ein lästiger Wecker ignoriert wurden. Und so ist auch Wladimir Putins zweiter Krieg gegen die Ukraine, der im Februar 2022 begann, allein von den USA vorhergesagt worden;

andere hielten den Truppenaufmarsch für einen Bluff oder für einen Vorwand, um die Anerkennung des ohnehin schon kontrollierten Donbass durchzusetzen. Fast alle haben sich von Putin täuschen lassen, obschon sein Modus Operandi sich durch die gesamte Amtszeit zieht.

Was bedeutet der Ukrainekonflikt für die Früherkennung und das Krisenverhalten? Diesen Fragen widmete sich eine internationale Tagung bereits im September 2020 in Wien, an der Experten, Diplomaten und (ehemalige) Politiker aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Österreich, Polen, Russland, der Schweiz und der Ukraine im Rahmen des „Multilateral Dialogs“ der Konrad-Adenauer-Stiftung teilnahmen. Daraus ist ein von Claudia Crawford, Tim B. Peters und dem Autor dieses Beitrags herausgegebener Band hervorgegangen. Der Band kommt zu spät – der zweite Krieg, dieses Mal gegen die ganze Ukraine, ist aktuell in vollem Gange. Doch die in dem Band aufgeworfenen Fragen enthalten dennoch wichtige Einsichten. Der Ukrainekonflikt muss – gerade, weil wir nun sehen, was er an Leid und Zerstörung anrichtet – auch ein Lehrmeister sein.

Erstens: Putin setzt sich absolute, nicht verhandelbare Ziele. Er möchte die Jahre seit Auflösung der Sowjetunion rückabwickeln. Putin hat sich in ein Märchen von der russischen und panslawischen Hegemonie und gleichzeitig der Verfolgung der Russen hineingesteigert, das manische und autistische Züge trägt. Seine innenpolitisch absolutistische Macht ist ihm offenbar außenpolitisch zu Kopf gestiegen, weil er den Westen für schwach, zerstritten, scheinheilig, ängstlich und letztlich nur von geschäftlichen Interessen geleitet hält. Putin verfolgt nicht mehr rational das Ziel von Machtausgleich, von Status- oder Wirtschaftsinteressen. Es geht ihm nicht um die NATO, es geht ihm um die Auslöschung der Ukraine als souveräner Staat. Die Erkenntnis, dass es nicht nur geostrategische Rivalitäten in den internationalen Beziehungen mit Russland gibt, sondern eine Systemauseinandersetzung zwischen offenen und autokratischen Regimen, wurde so lange verdrängt, bis sie nicht mehr weggeredet werden konnte.

Zweitens: Putins Regime kann nur durch russische Militärs gestoppt werden, die, wenn auch erst nach geraumer Zeit, keine verlustreichen Kriege mehr werden führen wollen. Putins Regime dürfte am ehesten an Zermürbungskriegen zugrunde gehen, die zu einer Elitenspaltung führen, wie etwa im Frühjahr 1917. Die NATO schützt sich währenddessen nur selbst, sie „beobachtet“ die Lage in der Ukraine nur. Die Europäische Union und Deutschland haben mit Sicht auf das Überleben der Ukraine nicht genügend Einfluss und Machtmittel, weshalb erneut die USA, wie in den 1990er-Jahren, Europas Probleme lösen müssen.

Drittens: Bei der aufziehenden humanitären Krise kann Europa nicht Zaungast sein. Es wird zu massiver Binnenmigration in Richtung Westen kommen. Schon 2014/15 war die erste Anlaufstation Polen. Fluchtbewegungen werden infolge des Krieges zunehmen.

Viertens: Russland hat auf der Krim und im Donbass bereits autokratische Vasallenregime errichtet. Journalisten, Wissenschaftler und Politiker, die sich Putin nicht unterwerfen, werden zu Extremisten oder Terroristen erklärt, und das wird sich wiederholen. Putin muss vom Genozid gegen die Russen faseln, von Nazis und Drogenabhängigen, die Kiew regieren, von der Atommacht Ukraine, um krampfhaft eine Rechtfertigung für die Auslöschung der Ukraine als eigenständiger Nation zu finden. Einen russischen Hurratriotismus, vergleichbar mit der Popularität der Krim-Annexion im Jahr 2014, gibt es allerdings nicht.

Fünftens: Russland hat keine Kontrolle über das Baltikum, die Ukraine, über Georgien, Moldawien und Aserbaidschan. Die Regime in Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Armenien überleben, weil sie von Russland gestützt oder in Abhängigkeit gehalten werden. Putin möchte die Entwicklungen seit dem Zerfall der Sowjetunion revidieren. Wo das Ende seines Revisionismus ist, wissen wir nicht.

Deutschland war nach 2014 entscheidend für die europäische „Sanktionsfront“ nach der Annexion der Krim. Die mitregierende SPD und früher auch die CDU verstanden sich allerdings gegenüber Russland immer als Mittler in Europa und als Fürsprecher deutscher Wirtschaftsinteressen. Die Vorstellung, dass Zugeständnisse Putins Krieg gegen die Ukraine stoppen, erweist sich jetzt als kostspielige Illusion. Auch nur punktuelle Sanktionen haben Russland schon früher nicht abgeschreckt. Gerade in Deutschland hat man sich lange die Möglichkeiten, auf Putin Einfluss zu nehmen, schöneredet. „Wir“ wollten die Entspannungspolitik sein, Vermittler, die Psychotherapeuten an der gekränkten Seele Russlands. Die Erwartungshaltung war immer: Wenn die Ukraine sich ruhigstellt, ihre NATO-Beitrittsforderungen erst mal wieder begräbt, dann wird Putin ihr schon nichts tun.

Diese Logik – je weniger Anlass wir bieten, desto friedlicher wird sich Russland benehmen – war immer schon eine Illusion; das haben wir 2008 und 2014/15 gesehen, das sehen wir jetzt erneut. Die Logik des Krieges lautet: Ich will die Niederlage meines Gegners herbeiführen. Insofern ist die Frage: Was trägt dazu bei, dass Russland in der Ukraine zumindest nicht vollständig militärisch siegt? Wir müssen mit Putin in der Sprache sprechen, die er versteht. Den Ukrainern fehlen Waffen, Munition, sichere Kommunikationsmittel, gepanzerte Fahrzeuge und Panzerabwehrwaffen. Der nötige Paradigmenwechsel geht ans Eingemachte. Der Luxus, nicht lernen zu wollen, kommt alle teuer zu stehen.

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 24. Februar 2022.

Literatur

Lehren aus dem Ukrainekonflikt. Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern, hrsg. von Andreas Heinemann-Grüder, Claudia Crawford, Tim B. Peters, Verlag Barbara Budrich, Opladen/Berlin/Toronto 2022.

1922

Ein Schlüsseljahr europäischen Erzählens

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Literaturreferent der Konrad-Adenauer-Stiftung und außerplanmäßiger Professor für Neuere Deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Der klassischen Geschichtsschreibung ist es darum zu tun, die kleinen Ereignisse in ein größeres Weltgeschehen einzuordnen. Diachrone Darstellung und geschichtologische Kausalität bestimmen die Perspektive. Seit nahezu zwei Jahrzehnten aber hat die Kulturgeschichtsschreibung

das Fernrohr sozusagen umgedreht. Die Epochenbücher von Hans Ulrich Gumbrecht (1926. *Ein Jahr am Rand der Zeit*, 2001), Karl Schlögel (*Terror und Traum. Moskau 1937*, 2008), Florian Illies (1913. *Der Sommer des Jahrhunderts*, 2012), Wolfram Eilenberger (*Zeit der Zauberer. Das große Jahrzehnt der Philosophie 1919–1929*, 2018), zuletzt Uwe Wittstock (*Februar 33. Der Winter der Literatur*, 2021) und abermals Illies (*Liebe in Zeiten des Hasses. Chronik eines Gefühls 1929–1939*, 2021) entdecken große Zusammenhänge in der

Pluralität einzelner historischer Szenen. Aber wie erzählt man ein Jahr oder eine Dekade, das oder die sich selbst noch nicht kennen konnte, aus der Distanz von nahezu einhundert Jahren? Und was ist, wenn man das Jahr solcherart ermächtigt, szenisch von sich selbst zu erzählen, über diese episodische Evidenz hinaus gewonnen? Die Einbildungskraft, mit der Illies im Jahr 1913 die drei Spaziergänger Josef Stalin, Adolf Hitler und Josip Broz Tito im Schlosspark von Schönbrunn oder Alma Mahler und Georg Trakl in Oskar Kokoschkas Atelier zusammenführt, kann es allein nicht sein.

Offenbar liegt das Faszinierende an einem Jahr, wenn es zum Erzählen gebracht wird, in den Werken, die es hinterlassen hat: ebenso im Guten wie im Schlechten. Besonders spannend wird es, wenn es um ein Schlüsseljahr geht. Solche Jahre scheinen sich in der Kulturgeschichtsschreibung der Moderne zu häufen. Dank der Debütromane von Günter Grass und Uwe Johnson sowie dem ersten Lyrikband von Hilde Domin war 1959 ein solches Jahr für die deutsche Literatur, der Hans Magnus Enzensberger bescheinigte, damit das „Klassenziel der Weltkultur“ erreicht zu haben. 1995 war abermals ein Wunderjahr der Literatur: Gleich fünf Romane (von Günter Grass, Thomas Hettche, Reinhard Jirgl, Erich Loest, Hans Plechinski) konkurrierten um den Anspruch auf die *Great German Novel*. Der Schriftsteller Norbert Hummelt hat nun in seinem Buch *1922. Wunderjahr der Worte* (2022) ein weiteres *annus mirabilis* entdeckt und seine europäischen Dimensionen vermessen. Es ist das Jahr 1922, in dem James Joyce' Roman *Ulysses* und T. S. Eliots Langgedicht *The Waste Land* erschienen und in dem die *Duineser Ele-*

gien und *Sonette an Orpheus* von Rainer Maria Rilke vollendet wurden.

Tatsächlich entsprechen diese Werke der Vision einer großen Kunst, die den Gang der Weltliteratur verändert. Sie lassen vertraute literarische Codes zusammenbrechen und entwickeln neue narrative Formate: Bewusstseinsstrom und inneren Monolog, Zitatmontage und Fragmentarität, mythisches Erzählen und Stilpluralismus. Sie erzählen von ihrer Zeit und über sie hinaus, oft rätselhaft, nicht so eingängig, auf jeden Fall stilbildend und epochemachend. Sie erinnern an die Macht der Imagination und die grenzüberschreitende Freiheit des dichterischen Wortes. Im europäischen Kulturkanon sind sie so ein „Impfstoff gegen kulturelles Vergessen“ (Aleida Assmann).

BERÜHRUNGEN IN RAUM UND ZEIT

Wie aber kann man, was vor hundert Jahren war, für das Heute erzählen? Das Wissenswerte ist in den Epochenbüchern, in Schall- und Bildarchiven überliefert. Berühren kann uns diese nicht selbsterlebte Zeit gleichwohl noch in Familienritualen, die sich über die Generationen hinweg erhalten haben. Ein solches Ritual ist das Wegräumen von Weihnachtsbaum und Krippe auf Mariä Lichtmess. Norbert Hummelt's Großmutter mütterlicherseits, Franziska, hat das Jahr für Jahr praktiziert, so auch am 2. Februar 1922 in ihrem Wohnzimmer. Dieses Zimmer in Neuss-Grevenbroich ist für Hummelt die „Wunderkammer [s]einer Phantasie“, aus der er uns Szenen am Rande jenes Kulturwunderjahres vergegenwärtigt.

Im Zentrum des gleichen Tages beschenkt sich James Joyce an seinem 40. Geburtstag mit der limitierten Erstausgabe seines *Ulysses*, feiernd in einem italienischen Restaurant in Paris; fast zeitgleich erscheint Virginia Woolfs ähnlich modern erzählter Roman *Jacob's Room*. Bei Rilke, der sich in einem Wohnturm im Schweizer Kanton Wallis aufhält, zünden die Gedanken zu den Orpheus-Sonetten, allein am Stehpult, bei Kerzenlicht; in vier Tagen entstehen 26 Gedichte, parallel schreibt er sechs weitere Elegien. Der im Brotberuf bei einer Londoner Bank arbeitende Eliot, der in jenen Tagen seinen Burnout in Paris auskuriert, feilt mit seinem Freund und Förderer Ezra Pound an einem größeren Gedicht; wenig später trifft er sich dort zum Dinner mit Joyce. Marcel Proust ist dabei, den siebten Band seines monumentalen Epos *À la recherche du temps perdu* zu vollenden, bettlägerig und bis auf eine Hausangestellte komplett isoliert; sein Tod reißt ihn am 18. November 1922 aus der Arbeit. Und während Katherine Mansfield, schwer erkrankt, im Pariser Tagebuch ihre Träume festhält, erschreibt sich Woolf, genervt von der emsigen Tipperei ihres Mannes Leonard, der Verleger der *Hogarth Press* ist, in Rodmell und London ein „Zimmer für sich allein“.

Weniger aber die poetische Revolution im Werk, vielmehr die Berührung ihrer Schöpfer in Raum und Zeit ist das, was Norbert Hummelt aus dem Epochenjahr herausholt. Bei deren europäischen Korrespondenzen geht es allerdings nicht ohne literarische Reibereien zu. Rilke, Joyce und Eliot waren zeit lebenslang unterwegs, in Italien, Frankreich, Deutschland. Ihre Werke entstanden in der Fremde, abseits ihrer Herkunftsorte Prag, Dublin, St. Louis; in Paris laufen viele Fäden zusammen. Eliot

wurde, begünstigt durch Zeitschriften-Vorabdrucke des *Ulysses*, ersichtlich von Joyce beeinflusst und erkannte in ihm einen „Einstein“ der Literatur. Das Fundament der *Odyssee*, auf dem der *Ulysses* ruhe, habe die „Bedeutung einer wissenschaftlichen Entdeckung“, schrieb er 1923 in seinem Essay *Ulysses, Order and Myth*. Mit dieser „mythischen Methode“, so Eliot, habe Joyce die Geschichte seiner Zeit – „jenes ungeheure Panorama der Nichtigkeit und Anarchie – bewältigt, geordnet, gestaltet und mit Sinn erfüllt“.

ARBEIT AM EUROPÄISCHEN MYTHOS

Nicht alle aber ließen sich vom *Ulysses* anstecken. Gertrude Stein, die wohl größte kulturelle Netzwerkerin ihrer Zeit, war nicht nur davon überzeugt, dass sie selbst Joyce mit ihren „kubistischen Sprachmeditationen“ zuvorgekommen sei, sondern meinte auch, dass Joyce sie gar nicht konsultiert habe, spreche schon gegen ihn. Auch der 1925 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete George Bernard Shaw mochte den Roman nicht. Woolf, die nach dem dritten *Ulysses*-Kapitel erst einmal ein Le-sezeichen ins Buch steckte, weil sie das Buch „brackig, diffus, präventiös, unfein“ fand und sich stattdessen zur Proust-Lektüre entschloss, räumte am Ende immerhin ein, ihr sei gewiss einiges entgangen. Und Joyce selbst war nicht darüber amüsiert, dass seine Tante Josephine den Roman im Wäscheschrank verschwinden ließ.

Missgunst wirkte auch in umgekehrter Richtung. Joyce mokierte sich über Proust, der Leser beende die Sätze früher als ihr Verfasser. Aber dafür hatte Proust

gar nicht erst angefangen, den *Ulysses* zu lesen; sein eigener Erinnerungskosmos war ihm genug. Wunderbar erzählt Hummelt von einem missglückten Gipfeltreffen beider Autoren in Paris: Nach der Premiere einer Strawinsky-Oper am 18. Mai 1922 kamen Proust und Joyce zu spät zu dem Festdinner, Joyce nickte über dem Champagner zeitweilig ein. Während Proust von ihm wissen wollte, ob er die eine oder andere Herzogin kenne, war Joyce mehr an den Zimmermädchen interessiert. Jeder kultivierte seine Krankheiten, Joyce sein Augenleiden und Proust sein Asthma. Im Taxi soll Joyce das Fenster aufgerissen haben, um zu rauchen, wogegen Proust aus Angst vor Erkältung protestierte.

London und Paris sind die Kraftzentren des Jahres, hier formiert sich der „neueuropäische Patriotismus“ der Nachkriegszeit (Paul Michael Lützeler). In Paris wurde 1922/23 die Literaturzeitschrift *Europe* gegründet, in der Heinrich Mann für „Europa, Reich über den Reichen“ warb und der deutsch-französische Kulturdialog vorangetrieben wurde, der durch die Reparationsforderungen an Deutschland belastet war. Aber auch die Orte am Rande und außerhalb Europas haben ihre Geschichten. Im Tal der Könige entdeckte der britische Archäologe Howard Carter die Grabstätte des Tutanchamun, die Vorkammer war bereits geplündert. Doch Carter war der medialen Aufmerksamkeit, die der Jahrhundertfund auf sich zog, kaum gewachsen. Immer wieder waren es Zeitungen und Zeitschriften, die in ganz Europa zum Vorschein brachten, was an den Entdeckungen und Innovationen im kulturellen Leben so schonungslos modern ist. Und jeder und jede konnte, wie Hummelts Großmutter am Niederrhein, von diesen Ereignissen in der Tagespresse lesen.

Europäisch an den Werken von Joyce und Woolf, von Proust und Eliot ist, wie dynamisch sie Raum und Zeit durchkreuzen, nationale Grenzen überschreiten, Brücken in die Antike schlagen und auf den Schultern von klassischen Riesen stehen. Joyce hält sich an den Aufbau von Homers *Ilias*, Eliot weist in den Anmerkungen zu *The Waste Land* akribisch Bezüge zur Bibel und zum Buddhismus, zu William Shakespeare und Dante nach, Rilke orientiert seine *Sonette an Orpheus* an Ovids *Metamorphosen*. Mit dramaturgischem Feinsinn führt Hummelts Buch Regie über die Winke, die Zeit und Mythos geben.

WAS NOCH GESCHAH

Während über dem zerstrittenen Europa Montgolfières flogen, wurde nach dem Tod des Friedenspapstes Benedikt XV. am 6. Februar 1922 Pius XI. zum Nachfolger gewählt. Albert Einstein erhielt in Abwesenheit den Nobelpreis für Physik. Ernest Hemingway überlebte die Malaria und war überhaupt in der Regel da, wo es in Europa am brenzlichsten war. Thomas Mann bekannte sich zur „deutschen Republik“, was ihm nach den konservativdemokratiskeptischen *Betrachtungen eines Unpolitischen* nicht alle Zeitgenossen abkaufen wollten. In Wien traf Arthur Schnitzler am 16. Juni, dem *Bloomsday*, an dem in Dublin der Held von Joyce' Roman gefeiert wird, Sigmund Freud, der ihn für seinen literarischen Doppelgänger hielt. Franz Kafka begann seinen dritten Roman *Das Schloss*, der ein Fragment bleiben sollte. Das Vorbild des Schlosses steht im tschechischen Riesengebirge, wo Kafka Ende Januar 1922 zur Kur war und

seine Phantasie womöglich, so der Germanist Peter-André Alt, von dem Vampirmythos antreiben ließ; im Vorjahr hatte Fritz Murnau dort Szenen zu seinem Film *Nosferatu. Symphonie des Grauens* gedreht, der 1922 in die Kinos kam. Benito Mussolinis Schwarzhemden marschierten nach der Ernennung Mussolinis zum Regierungschef in Rom ein, Josef Stalin triumphtierte in Moskau, nachdem Wladimir Iljitsch Lenin sich Ende des Jahres aufgrund einer schweren Erkrankung aus der Politik zurückgezogen hatte, König George V. proklamierte formell den irischen Freistaat, in dem der Dichter William Butler Yeats in den Senat berufen wurde; im Jahr darauf wurde er mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet. Und immer noch wütete in Europa die Spanische Grippe.

Es sind die literarischen Werke und ihre Dichter, die Europa im Schlüsseljahr 1922 gegen alle politischen Entwicklungen der Zeit zusammenhalten. Sie vereinen, was disparat ist, sie sprechen mehr als nur eine nationale Sprache, und ihre

Werke sind, je nachdem, wie sehr sie die Lesenden überrumpeln oder überraschen, Falltür oder Portal in die neue, moderne Welt. Mit Norbert Hummelt die Figuren in und aus dieser Welt zu lesen, öffnet eine „postdidaktische Einstellung“ zur Geschichte. Indem ganz unterschiedliche europäische Kulturereignisse gleichzeitig, das heißt in Parallelaktionen oder Simultanszenen, erzählt werden, bildet sich ein synchrones Feld heraus, in dem es „mit dem Lernen aus der Geschichte vorbei“ ist (Gumbrecht), nicht aber mit dem Lesen ihrer Geschichten: „Die Handschrift aller Dinge bin ich hier zu lesen“, so beginnt das dritte *Ulysses*-Kapitel.

Anmerkung

Norbert Hummelts 1922. *Wunderjahr der Worte* ist im Februar 2022 beim Münchner Luchterhand Literaturverlag erschienen. Die Arbeit an Norbert Hummelts Buch wurde gefördert durch ein Autorenstipendium aus dem Else-Heiliger-Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Oktober 2019 hat Norbert Hummelt die ersten Kapitel aus seinem Werk bei der Autorenwerkstatt der Stiftung in Cadenabbia vorgestellt, im November 2021 hat er darüber im KAS-Kulturpodcast *kunst stück* gesprochen.

Natürliche Tode?

Zur Frage verdeckter Morde und Mordversuche der DDR-Staatssicherheit

JAN PHILIPP WÖLBERN

Geboren 1980 in Marburg, promovierter Historiker, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014 bis 2016 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), dort Leiter des Forschungsprojekts „Haftzwangsarbeit in der DDR“; 2016 bis 2020 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Zeitgeschichte, seit 2020 Referent Osteuropa, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Freya Klier: *Unter mysteriösen Umständen. Die politischen Morde der Staatssicherheit*, Herder Verlag, Freiburg i. Br. 2021, 304 Seiten, 26,00 Euro.

Freya Klier nimmt in ihrem jüngsten Buch ein Kapitel der DDR-Geschichte in den Blick, das erstaunlicherweise bislang wenig systematisch untersucht worden ist. Zwar gibt es zu vielen der im Buch präsentierten Einzelfälle bereits umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen bis hin zu

Gerichtsurteilen. Eine Gesamtschau der möglichen Mordanschläge auf DDR-Kritiker und Oppositionelle sowie Todesfälle aus ihren Reihen, die zumindest im Interesse des SED-Regimes lagen, gab es bisher nicht. Dies ist das Neue an Kliers Buch: Sie hat rund siebzig Fälle von Regimegegnern, Dissidenten und Oppositionellen zusammengetragen, bei deren Ableben vor oder nach dem Ende der DDR sie „keinen natürlichen Tod vermutet(e)“, sondern gezielte Morde der DDR-Staatssicherheit. Klier listet auch jene Fälle auf, in denen die Betroffenen überlebten. Sie will keine gerichtsfesten Behauptungen aufstellen, sondern „dem Leser lediglich vor[schlagen], auch diese Variante und deren Logik zu durchdenken“ (Seite 7).

Die Akten der Staatssicherheit können zur Aufklärung nur bedingt beitragen. Die „nassen Sachen“ – im Geheimdienstjargon werden so Gewaltmaßnahmen bis hin zu Auftragsmorden bezeichnet – wurden nur selten dokumentiert. Falls doch, so gehörten sie vermutlich zu den ersten Unterlagen, die 1989/90 in den Reißwolf wanderten. Dennoch ist bekannt und in mehreren Fällen durch Stasiakten belegt, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) seine Rolle als „Schild und Schwert der Partei“ durchaus wörtlich nahm und politische Gegner des SED-Regimes ohne gerichtliche Todesurteile ermordete beziehungsweise ermorden ließ. Insofern ist Kliers Ansatz naheliegend, nach weiteren Todesfällen und Unfällen zu suchen, bei denen das MfS ein Interesse am vorzeitigen Ableben von Regimegegnern hatte, und danach zu fragen, ob die Umstände die Handschrift der DDR-Geheimpolizei tragen.

Freya Klier entrann 1987 selbst nur knapp einem Mordversuch der Staats-

sicherheit. Nur das geistesgegenwärtige Eingreifen ihres damaligen Ehepartners Stephan Krawczyk hatte das Paar seinerzeit vor einem schweren Verkehrsunfall bewahrt. Dass der Beinahe-Unfall auf eine Manipulation der Stasi zurückging, bestätigte ihr 2019 ihr ehemaliger Vernehmer, der telefonisch Kontakt mit Klier aufgenommen hatte. Bis heute kann Klier aus psychologischen Gründen weder selbst ein Auto steuern noch Rad fahren. Insofern war das Motiv, das Thema aufzugreifen, auch ein sehr persönliches.

GRAUSAME MENSCHLICHE SCHICKSALE

Das Buch ordnet die Fälle nach Jahrzehnten von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre. Die Fälle aus den 1950er- und 1960er-Jahren passen allerdings nicht oder nur sehr bedingt zum Gegenstand des Buches. Bei den in Moskau erschossenen Opfern des SED-Regimes – wie beispielsweise Herbert Belter, der von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und 1951 in Moskau hingerichtet wurde – handelte es sich um dokumentierte Justizmorde, nicht aber um Aktionen, bei denen die Stasi unter „mysteriösen“ Umständen zwecks Verschleierung ihrer Täterschaft Menschen tötete. Das gilt auch für die ebenfalls von Klier aufgeführten über 400 Personen, die in den 1950er-Jahren in West-Berlin entführt wurden, beispielsweise Karl-Wilhelm Fricke. Sie waren zwar durch die Haft gezeichnet, kamen jedoch in der Regel mit dem Leben davon.

Auch andere erwähnte Widerständler wie die Mitglieder des Eisenberger Kreises fanden nicht den Tod. Ebenso wenig passt

der Fall des Inoffiziellen Mitarbeiters der Staatssicherheit Karl-Heinz Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg am Rande einer Demonstration gegen den Schah erschoss, zum Untersuchungsgegenstand. Das gilt auch für den Fluchthelfer Michael Gartenschläger: Dass ein Sonderkommando des MfS ihn 1976 bei dem Versuch, eine der Selbstschussanlagen an der Innerdeutschen Grenze abzumontieren, erschoss, war keinesfalls „mysteriös“, sondern konnte klar DDR-Organen zugeordnet werden und erregte weithin Aufsehen in der westdeutschen Presse. Auch die im Buch geschilderten Fälle derer, die die MfS-Untersuchungshaft und anschließende Strafhaft dauerhaft traumatisierte und die daraufhin Suizid begingen, sind in jedem Einzelfall grausame und bittere menschliche Schicksale, aber keine direkten Mordopfer des MfS im Sinne des Buchtitels.

MORDVERSUCH MIT THALLIUM

Die Fälle, die in das selbst umrissene Muster passen, stammen weitgehend aus den 1970er- und 1980er-Jahren, einige auch aus den 1990er-Jahren. Es wäre sinnvoll gewesen, die Biographie des Fluchthelfers Wolfgang Welsch ausführlicher zu beleuchten, da sein Fall als exemplarisch angesehen werden kann und die Rolle des MfS gut dokumentiert ist: Dreimal versuchte die Staatssicherheit, Welsch heimtückisch zu ermorden – einmal mit der radioaktiven Substanz Thallium, die ihm ein Inoffizieller Mitarbeiter ins Essen mischte, einmal mittels eines Sprengsatzes und einmal mit einer Schusswaffe –

dreimal war es Zufällen zu verdanken, dass Welsch überlebte. Die Details der Planung und Ausführung der Mordversuche konnte er später seinen Stasi-Akten entnehmen. Um solche und ähnlich gelagerte Fälle geht es Klier hauptsächlich: „Die Stasi sucht(e) nach Möglichkeiten, widerständigen Staatsbürgern das Leben extrem zu erschweren oder dieses gar zu beenden, ohne dass ihre Offiziere als mordende Verursacher erkennbar sind“ (Seite 243).

MYSTERIÖSE UNFÄLLE

Die Liste der Fälle, auf die dies zutreffen könnte, da ein Interesse des MfS am Tod der Betroffenen plausibel erscheint, ist lang. Dies betrifft etwa den Fußballer Lutz Eigendorf, der 1979 nach einem Freundschaftsspiel seines Clubs SC Dynamo Berlin, einer Sportvereinigung des Ministeriums des Innern und des MfS, gegen den 1. FC Kaiserslautern im Westen geblieben war, seine Fußballkarriere dort fortsetzte und 1983 durch einen Autounfall ums Leben kam. Kliers Vernehmer bestätigte ihr telefonisch, dass das MfS bei dem Autounfall nachgeholfen habe. Schwere Autounfälle, bei denen die konkreten Ursachen teils ungeklärt blieben, erteilten den Korrespondenten des *Spiegel* in der DDR, Ulrich Schwarz, sowie Pfarrer Rainer Eppelmann und zahlreiche weitere, aus MfS-Sicht unliebsame Persönlichkeiten aus dem kirchlichen und oppositionellen Spektrum in der DDR.

Um Mordversuche der Staatssicherheit könnte es sich auch bei den aus politischen Gründen inhaftierten Bodo Strehlow und André Baganz gehandelt haben, die wegen ihrer Fluchtversuche und der dramatischen

Umstände in der Sonderhaftanstalt der Staatssicherheit Bautzen II eingesperrt waren. Beide überlebten. Für den Tod des jungen Jenaers Matthias Domaschk, der in der Untersuchungshaft der Stasi starb, legte ein Gutachten eines Gerichtsmediziners der Charité ein „Erdrosseln von hinten“ (Seite 194) nahe, was die offizielle Version eines Suizids angesichts der Umstände als fraglich erscheinen lässt.

Überaus skeptisch macht die zunehmend länger werdende Liste von DDR-Oppositionellen, die nach 1990 an teils seltenen Arten von Krebs erkrankten, darunter Jürgen Fuchs, Bärbel Bohley, Rudolf Bahro und zahlreiche weitere. Es wäre durchaus erkenntnisfördernd, die Häufung dieser Krankheitstypen in dieser Personengruppe mit denen von „DDR-Normalbürgern“ zu vergleichen, um die Hypothese einer Vergiftung beziehungsweise Kontamination statistisch zu untermauern.

HANDBUCH FÜR GIFTMORDE?

Freya Klier zieht für ihre Argumentation die sogenannte „Toxdat-Studie“ des MfS heran. Generalleutnant Gerhard Neiber hatte sie Ende der 1980er-Jahre in Auftrag gegeben. „Die Giftakte“, schreibt Klier, „beschreibt exakt, wie über 200 toxische Substanzen so zu verabreichen sind, dass sie kaum mehr nachweisbar zum Tod führen“ (Seite 244). Das MfS könnte diese Studie laut Klier als eine Art Handbuch für seine Giftmorde verwendet haben. Tatsächlich trifft das auf die (allerdings mehrere Jahre zuvor durchgeführte) Thallium-Vergiftung von Wolfgang Welsch zu.

In anderer Hinsicht überzeugt die Hypothese einer gezielten Vergiftungs-

oder Verstrahlungsabsicht durch die Stasi jedoch nicht: Wenn das MfS solche Substanzen eingesetzt hätte, damit diese erst Jahre später zu (Krebs-)Erkrankung und Tod führen, nur damit das MfS nicht als direkter Verursacher in Erscheinung treten musste, widerspricht das der Handlungslogik der Geheimpolizei. Eine Vergiftung sollte einen politischen Gegner zeitnah aus dem Weg schaffen, da er aus Sicht der Staatssicherheit ein akutes Risiko für das SED-Regime darstellte oder weil er als Verräter seiner „gerechten Strafe“ zugeführt werden und sein Tod als abschreckendes Beispiel dienen sollte. Letzteres hatte Stasi-Chef Erich Mielke Verrätern wortwörtlich angedroht: „Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil.“¹

Auf Substanzen mit Langzeitwirkung zu setzen, wäre kaum zielführend gewesen. Als Motiv bleibt dann nur die reine Mordlust, „aus purer Freude“ (Seite 290). Plausibler erscheint der Erklärungsvorschlag des Rezensenten Hermann Wentker:² Das MfS markierte Oppositionelle mit radioaktiven Substanzen, um sie und ihr Umfeld besser identifizieren und unter Kontrolle halten zu können. Ein solcher Plan ist in den Stasi-Akten von Jürgen Fuchs überliefert, aus denen Klier zitiert: „Installation einer radioaktiven Quelle im Keller unter den Glasziegeln des Hauseingangs“ (Seite 268). Dass gravierende gesundheitliche Langzeitwirkungen bei Anwendung dieser Methode billigend in Kauf genommen wurden, passt ins Bild.

Die Nutzung von Giften und radioaktiven Substanzen, die binnen weniger Stunden oder Tage tödlich wirken, ließ sich in jüngerer Zeit am Beispiel der russischen Überläufer Alexander Litwinenko und Sergej Skripal sowie des Oppositionellen

Alexej Nawalny beobachten. Ihnen widmet Klier abschließend ein eigenes Kapitel, was die Aktualität des Themas und seiner historischen Perspektive unterstreicht. Auch in diesen Fällen war die klare Botschaft, dass es sich um Vergeltungsaktionen handelte und sich „Verräter“ nirgendwo sicher fühlen sollen. Wer dahintersteckte, musste jedem sofort klar sein, denn wer hat schon Zugang zu dem Nervenkampfstoff Nowitschok?

Freya Kliers lesenswertes Buch ist damit zugleich eine Warnung davor, die Entschlossenheit diktatorischer und autokratischer Systeme zum skrupellosen Einsatz tödlicher Instrumente gegen seine Gegner zu unterschätzen – einerlei, ob in der Vergangenheit oder der Gegenwart.

¹ Dies bezog sich zwar auf Überläufer aus den Reihen des MfS, kann aber für alle gelten, die das MfS als „Verräter“ am Sozialismus betrachtete.

² Hermann Wentker: „Sie schreckten vor nichts zurück“, Rezension, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. November 2021, www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/anschlaege-auf-ddr-oppositionelle-fuer-immer-zum-schweigen-gebracht-17646978-p2.html [letzter Zugriff: 24.01.2022].

PUBLIKATIONEN

Zu der russischen Aggression gegenüber der Ukraine hat die Stiftung auf ihrer Website unmittelbar nach Kriegsbeginn eine klare Position veröffentlicht. Unsere Expertinnen und Experten geben Interviews mit Medienvertretern und begleiten die Entwicklungen in der Region und der Welt mit Publikationen. Am 2. März 2022 erschien auf *Cicero Online* der Beitrag *Wladimir Putins Geschichts- und Weltbild*, der zeigt, wie Putin die Darstellung der Vergangenheit als Mittel der Auseinandersetzung einsetzt. Das Papier *Born out of war to end war* zeichnet den Versuch der Vereinten Nationen nach, die internationale Gemeinschaft zu einen und den Angriff Russlands auf die Ukraine zu verurteilen. Der Länderbericht *Chinas Dilemma* vom 28. Februar 2022 erklärt, wie Russlands Angriff in Peking betrachtet wird. Die am 25. Februar 2022 veröffentlichte Analyse *Im Schatten des Krieges: Lukaschenka greift nach lebenslanger Macht* geht auf die Entwicklungen in Belarus ein. In den nächsten Wochen erscheinen weitere Publikationen der Stiftung mit Blick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen Folgen. Diese sind auf unseren Kanälen in den Sozialen Medien und auf kas.de sowie einem eigens eingerichteten Themenportal abrufbar.

In diesem Jahr begehen wir ein Ludwig-Erhard-Jubiläum: Der erste Bundesminister für Wirtschaft und zweite Bundeskanzler hätte am 4. Februar seinen

125. Geburtstag gefeiert; am 5. Mai denken wir seines 45. Todestages. Sein großes Verdienst ist es, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in die Praxis umgesetzt und für Vertrauen in diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesorgt zu haben. Das Papier *Die Soziale Marktwirtschaft ist aktueller denn je* vom 15. Februar 2022 geht der Frage nach, wie anpassungsfähig und zeitgemäß die Soziale Marktwirtschaft heute ist. Außerdem ist am 4. Februar 2022 ein Beitrag des Stiftungsvorsitzenden Norbert Lammert und von Hildegard Müller, Vorsitzende der Jury des *Preises Soziale Marktwirtschaft* und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, im *Handelsblatt* erschienen, in dem sie dafür plädieren, das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft trotz aller Veränderungen als Kompass zu nutzen.

PERSONALIA

Ludger Gruber, stellvertretender Leiter der Politischen Bildung und Leiter des Politischen Bildungsforums in Nordrhein-Westfalen, beginnt die Vorbereitung für seinen Einsatz als Leiter des Büros in Madrid mit Zuständigkeit für Spanien und Portugal ab Mai 2022. Seine Nachfolgerin für die Leitung des Politischen Bildungsforums wird Ulrike Hospes, zusätzlich zu ihrer bisherigen Funktion als Leiterin Regionalbüro Bundesstadt Bonn.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2022 zum Thema

Für alle?

Zum Gedanken der Allgemeinheit

Mit Beiträgen unter anderen von Marion Detjen, Judith Froese, Christine Langenfeld, Friedrich Merz und Stephan Schaeede.

IMPRESSUM

Nr. 573, März/April 2022, 67. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 310-333
kas@frommrasch.de

Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





„WE ARE UKRAINE“?

Düster dräut der Himmel über dem Brandenburger Tor, Symbol des Kalten Krieges und seiner Überwindung. Aktuell leuchtet es in den ukrainischen Farben.

Die gespenstische Stimmung reflektiert die Diskrepanz zwischen den Beteuerungen „voller Solidarität“ (Olaf Scholz) und schmerzlicher Ohnmacht angesichts einer Weltkriegsdrohung. Den Panzern stehen die Ukrainerinnen und Ukrainer allein gegenüber – wie 1953, 1956 und 1968 die Menschen in der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei. Damals wie heute wurde der Freiheitswille sträflich unterschätzt.

Foto: © IMAGO / A. Friedrichs

